

(Beilage zum 57. Stücke der Anzeigen.)

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 12. Januar 1854.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Nach einer von dem Herrn Vorsitzenden bekannt gemachten Mittheilung des Stadt-Magistrats vom gestrigen Tage ist von den Wahlberechtigten der dritten Steuer-Klasse des 2. Wahlbezirks an Stelle des verstorbenen Herrn Scheller,

der hiesige Bürger, Particulier Herr Heinrich Friedrich Ludwig Risch-

bieder, zum Mitgliede dieser Versammlung gewählt worden und hat derselbe diese Wahl auch angenommen. Zu der heutigen Sitzung eingeladen, ist Herr Rischbieder in dem Sitzungs-Local erschienen, wird von dem Herrn Vorsitzenden willkommen geheißen und ersucht, seinen Platz in der Versammlung zu nehmen.

Die vorbehaltene Vorlesung des Protocolls vom 15. v. Mts. erfolgt durch den Protocollführer und wird dasselbe Seitens der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Aronheim, Fabricius, Köpcke und Bar-

rentzapp wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Ohne Entschuldigung abwesend ist Herr Löbbbecke.

1. Die vorgenommene Wahl eines Vorsitzenden dieser Versammlung für das laufende Jahr, 1854, ergiebt zum Resultate, daß der bisherige Vorsitzende, Herr Desterreich, gegen eine Stimme wieder gewählt worden. Derselbe erklärt, daß er, um das Vertrauen dieser Versammlung zu ehren, und aus Liebe zur guten Sache die auf ihn gefallene Wahl annehme, und spricht den Wunsch und die Hoffnung aus, daß das bisher bestandene gute Vernehmen in dieser Versammlung auch ferner fort-



dauern und ein jedes Mitglied nach Gelegenheit und Kräften beitragen möge, die gesetzhche Aufgabe dieser Versammlung zu erfüllen.

Zum Stellvertreter des Herrn Vorsitzenden für denselben Zeitraum wird Herr Wangelius durch Stimmenmehrheit wieder gewählt; derselbe nimmt die Wahl dankend an und verspricht, sollte er einmal in den Fall kommen, als Vertreter des Herrn Vorsitzenden fungiren zu müssen, sein Amt nach besten Kräften zu verwalten.

II. In einem Schreiben vom 5. d. Mts. beantragt der Stadt-Magistrat in Uebereinstimmung mit Herzogl. Polizei-Direction hieselbst auf Ansuchen der Provisoren der St. Andreas-Kirche allhier,

die Versammlung möge dazu ihre Zustimmung ertheilen, daß das Befahren des Andreas-Kirchhofes verboten und an der Seite am Wollmarke eine Warnungstafel angebracht werde, welche dieses Verbot unter Androhung einer namhaften Strafe enthalte; —

und bringt einen Straßatz von einem Thaler in Vorschlag.

Die Versammlung spricht durch Beschluß ihr Einverständnis mit jenem Antrage und mit dem vorgeschlagenen Straßatze aus.

III. Mittelft Schreibens vom 16. October 1852 ist der Versammlung vom Stadt-Magistrate der von Herzogl. Polizei-Direction hieselbst gefertigte Entwurf einer neuen »Feuer-Lösch-Ordnung für die hiesige Stadt« übersandt, dessen Vorprüfung unter Berücksichtigung der in dem Begleitschreiben des Stadt-Magistrats gemachten Bemerkungen durch die Statuten-Commission erfolgt ist.

Namens dieser Commission macht der Herr Vorsitzende selbst Vortrag über den Entwurf, indem er bei der Verlesung der einzelnen Abschnitte die Bemerkungen des Stadt-Magistrats hervorhebt und die Commissions-Anträge geltend macht, fordert die Versammlung auf, auch ihrerseits etwaige Bemerkungen und Anträge kund zu geben, und findet in der Versammlung keinen Widerspruch dagegen, daß nur die wesentlichen Aenderungs-Vorschläge zur Verhandlung gebracht, die redactionellen Erinnerungen aber der Verständigung der Commission mit dem Stadt-Magistrate überlassen werden.

Der Erlaß einer neuen Feuer-Lösch-Ordnung ist durch die neue Feuer-Ordnung wünschenswerth geworden; die Hauptpunkte des Entwurfs sind folgende:

Der Löschverein, gebildet aus männlichen Einwohnern der hiesigen Stadt, hat die Bestimmung, entstandene Feuersbrünste so rasch als möglich zu löschen und besteht aus drei verschiedenen Corps:

- 1) aus dem Corps der Wasserträger, (dem Corps der eigentlichen Lösch-Mannschaft);
- 2) aus dem Spritzen-Corps;
- 3) aus dem Corps der Werkleute.

Zu dem ersten Corps gehören die zur unentgeltlichen Feuerlöschhülfe verpflichteten männlichen Einwohner der hiesigen Stadt und ist dasselbe nach den sechs Thordistricten in sechs Compagnien getheilt, deren jede, aus 150 bis 200 Mann bestehend, einen Oberanführer und zwei Unteranführer haben soll. Ueber die Mitglieder jeder Com-

pagnie und der nach der Zahl der Unteranführer gebildeten Compagnie-Sectionen soll von den letztern, beziehungsweise von dem Oberanführer ein genaues Verzeichniß geführt und sollen in demselben auch die in dem Besitze jedes Mitgliedes befindlichen kleinen Löschgeräthschaften vermerkt werden.

Die Commission empfiehlt in Bezug auf die obige im §. 5 enthaltene Bestimmung eine Aenderung dahin, daß die Compagnien jede in drei Sectionen mit je einem Unteranführer abgetheilt werden, damit es in einzelnen etwaigen Behinderungs-fällen nicht an Unteranführern fehle. — Mit diesem Antrage erklärt sich die Versammlung durch Beschluß einverstanden.

Eine andere denselben Paragraphen betreffende von der Commission in Vorschlag gebrachte Modification besteht darin, daß die Aufstellung und Fortführung der Verzeichnisse der Mitglieder der Löschmannschaft, imgleichen der kleinen Löschgeräthschaften einer geeigneten Person gegen besondere Vergütung übertragen, Letztere auch zur Revision der kleinen Löschgeräthschaften und, unter der Oberaufsicht der Herzoglichen Polizei-Direction, dafür zu sorgen verpflichtet werden möge, daß die großen Löschgeräthschaften, nach stattgehabtem Gebrauche, in ordentlichem gutem Zustande wieder reparirt werden. Nach Ansicht der Commission empfiehlt und rechtfertigt sich eine derartige Einrichtung dadurch, daß einerseits den Anführern eine nicht geringe Belästigung abgenommen werde, anderentheils auf Erhaltung einer strengeren Ordnung rücksichtlich der Verzeichnisse und aller Löschgeräthschaften gerechnet werden könne. Werde insbesondere aber der letztere Zweck besser erreicht, so dürfe der ohnehin nicht erhebliche, auf die Stadt-Casse zu übernehmende Kostenaufwand nicht in Betracht kommen. — Nach Befürwortung einer solchen Einrichtung durch die Herren Kellner und Bieweg wird von der Versammlung zur Aenderung des §. 5 in obiger Weise die Zustimmung ertheilt.

In dem §. 6 sind die Erkennungszeichen näher bestimmt, welche jedes Mitglied, namentlich auch die Anführer des Corps der Wasserträger oder der Löschmannschaft tragen sollen.

Die Dienstleistungen eben dieses Corps bestehen nach §. 7 hauptsächlich in dem Zutragen von Wasser nach der Feuerstelle, wohin sich die Corps-Mitglieder beim Ausbruche eines Feuers sofort zu begeben haben. Rüksichtlich ihres Verhaltens auf der Brandstelle sind dieselben an die ihnen von den Anführern zu ertheilenden Anweisungen gebunden.

Die Commission hält es der bessern Ordnung wegen für angemessen und wünschenswerth den Sammelplatz der Löschmannschaft genauer zu bestimmen, und schlägt deshalb vor in jenen Paragraphen noch einzuschalten: daß jene Löschmänner bei den Spritzen ihres Bezirks, welche durch eine Laterne von der Farbe des Bezirks bezeichnet sein sollen, sich versammeln müssen. — Von der Versammlung wird eine derartige Ergänzung des §. 7 beschlossen.

Die besonderen Pflichten des Anführer sowohl während der Dauer, als außer der Zeit eines Feuers sind in den §§. 9 und 10 näher festgestellt. In dem letztern Paragraphen ist unter Nr. 1 den Unteranführern eine Inspection der Mannschaften ihrer Sectionen und eine Revision der den Mitgliedern übergebenen Zeichen und kleinen Feuerlöschgeräthschaften vorgeschrieben und sollen dieselben über die Resultate an ihre betreffenden Oberanführer Bericht erstatten. — Herr Oberbürgermeister Caspari hält

diese Inspectionen und Revisionen für entbehrlich, wenn nach dem Beschlusse zum §. 5 einer besondern dritten Person die Eissführung und Beaufsichtigung der Löschgeräthschaften übertragen würde; allenfalls könnte den Anführern eine Superrevision der Eisten vorbehalten werden. — Mit ihrer Commission entschließt sich auch die Versammlung für die Weglassung der Vorschriften unter *N* 1.

Unter *N* 2 des §. 10 ist vorgeschrieben, daß sämtliche Anführer bei dem Probiren der Spritzen, Zubringer und Nothbrunnen zugegen sein sollen und hält es der Stadt-Magistrat dazu für angemessen, daß jedem Anführer der Löschmannschaft ein Verzeichniß der in jedem Spritzenhause befindlichen Löschgeräthschaften, sowie ein Verzeichniß der Nothbrunnen, unter specieller Angabe der Lage derselben, mitgetheilt werde, womit die Versammlung sich einverstanden erklärt.

Endlich sollen nach *N* 3 des §. 10 die Anführer, auf Erfordern der Herzoglichen Polizei-Direction, auch den Feuer-Visitationen in den Privathäusern beiwohnen.

Der Eintritt als Mitglied in die Compagnien ist nach §. 11 jedem unbescholtenen männlichen Einwohner im Alter von mindestens 16 Jahren gestattet, jedoch von dem Beschlusse des Oberanführers, bei welchem die Meldung erfolgen muß, abhängig.

Die Amtsdauer der Anführer ist in dem §. 12 auf 12 Jahre bestimmt; sie sollen von den Mitgliedern der Compagnien unter der Leitung des betreffenden Districts-Polizei-Commissairs durch Stimmenmehrheit gewählt werden.

Mit dem Stadt-Magistrate hält es die Commission für angemessen, die Amtsdauer der Anführer auf nur sechs Jahre festzustellen; die letztere giebt außerdem noch der Versammlung anheim, um angemessene Wahlen zu sichern, die Bestimmung aufzunehmen, daß von den Wahlvorstehern den erschienenen Wählern acht Männer, aus denen vier Anführer zu wählen, benannt werden und die Gewählten unter sich den Oberanführer zu bestimmen haben.

Von der Versammlung wird ebensowohl die Herabsetzung der Amtsdauer der Anführer von 12 auf 6 Jahre als der vorgeschlagene Wahlmodus genehmigt.

Die Annahme der Wahl hängt nach §. 13 von dem freien Entschlusse des Gewählten ab.

Das Spritzencorps soll nach dem Entwurfe, §. 14 — 18, aus besoldeten Männern der hiesigen Stadt gebildet werden und aus 9 Compagnien bestehen. Jede Compagnie soll außer den beiden Rohrführern 30 Mann stark sein und noch eine Reserve-Mannschaft von 15 Mann haben. Das Corps steht unter den Befehlen der betreffenden Polizeidiener des Innern, welche auch die erforderlichen Eisten führen, wird von der Herzoglichen Polizei-Direction angenommen und ergänzt und bekommt nach den sechs Thor-Districten verschiedene farbige Abzeichen, welche insbesondere an den demselben gelieferten Feuerkitteln bemerkbar sind.

Der Stadt-Magistrat erklärt sich gegen die in dem Entwurfe enthaltene Zahlbestimmung für die Compagnie-Mannschaften, weil die Besoldung derselben der Stadt-Casse eine im Vergleich mit der frühern bedeutend größere Last aufbürden würde, und weil der bisherige Mannschafis-Bestand des Spritzen-Corps soweit ausgereicht habe, daß nur selten auf die Reserve habe gegriffen werden müssen. Bisher ist für die Spritzen-Mannschaft, für 182 Mann à 5 fl und für 118 Mann à 2½ fl , eine jährliche Summe von 1205 fl aus der Stadt-Casse verausgabt, nach dem Entwurfe (cf. §. 25 und 26) würden für 18 Rohrführer à 8 fl , für 270 Mann à 5 fl und

für 135 Mann Reserve à $2\frac{1}{2}$ fl. insgesammt 1831 $\frac{1}{2}$ fl. , also 628 $\frac{1}{2}$ fl. mehr als früher jährlich zu verausgaben sein. Insbesondere hält es der Stadt-Magistrat nicht für nothwendig, für die drei Zubringer je zwei Rohrführer anzunehmen, da bei denselben eine Rohrführung nicht vorkomme und zur Leitung der Zubringer hiesige sachverständige Einwohner bestellt seien. Vom Stadt-Magistrate wird statt der Entwurfs-Bestimmungen vorgeschlagen, den Mannschafts-Bestand für die zur Bedienung der Spritzen bestimmten sechs Compagnien außer den je 2 Rohrführern auf je 24, also insgesammt auf 144 Mann, den Bestand der drei übrigen zur Bedienung der Zubringer bestimmten Compagnien auf je 16, also insgesammt auf 48 Mann, und endlich den Bestand des Reserve-Corps auf je 8 Mann für die sechs erstgedachten und auf je 4 Mann für die drei leterwähnten Compagnien, also insgesammt auf 60 Mann festzustellen.

Im Allgemeinen empfiehlt die Commission die Vorschläge des Stadt-Magistrats zur Annahme und beantragt nur, für jeden der drei Zubringer neben der sonstigen Bedienungs-Mannschaft noch eine Person, mit gleich hohem Lohne wie die Rohrführer bei den Spritzen, welche mit der Behandlung eines Zubringers, der Construction desselben u. s. w. näher vertrauet ist, zuzulassen.

Der Antrag des Stadt-Magistrats wird, jedoch mit der Modification durch den Commissions-Antrag, durch Beschluß der Versammlung angenommen.

Nach §. 18 des Entwurfs sollen den Mitgliedern des Sprizencorps nicht blos die Feuerkittel, sondern auch Hüte auf Kosten der Stadt-Casse geliefert werden. Der Stadt-Magistrat hält dafür, daß die Ausgabe für Hüte wohl erspart werden könne, da die Sprizenleute sich mehr einer Mühe, als eines Hutes zu bedienen pflegten; dieselben auch weniger einer persönlichen Gefahr durch das Herabfallen von Gegenständen ausgesetzt seien, und der Besitz von Hüten leicht Veranlassung zum Gebrauche der Hüte auch bei anderen Gelegenheiten geben würde. Die Commission hält indessen rücksichtlich des Gebrauchs der Hüte an der Entwurfs-Bestimmung fest, empfiehlt dieselbe der Versammlung zur Annahme, beantragt daneben aber auch eine Zusatz-Bestimmung des Inhalts, daß der Gebrauch der gelieferten Bekleidungsstücke zu anderer Zeit, als bei einer Feuerlöschung, bei Strafe der Entlassung, ohne Zahlung des verdienten Lohnes untersagt werde. — Mit diesem Zusatze erhält der Entwurf die Zustimmung der Versammlung.

Die §§. 19—24 enthalten nähere Bestimmungen über die Dienstleistungen des Sprizencorps, sowohl während, als außerhalb der Zeit eines ausgebrochenen und zu löschenden Feuers; in den §§. 25 und 26 sind die Löhne bestimmt, welche die Mitglieder des Sprizencorps jährlich beziehen sollen und für die gewöhnlichen Mitglieder in je 5 fl. und für die Rohrführer in je 8 fl. neben einigen außerordentlichen Vergütungen bestehen.

Eine von dem Stadt-Magistrate vorgeschlagene Einschaltung hinter dem §. 24 über die Verpflichtungen der Reserve-Mannschaft wird von der Versammlung genehmigt.

Herr Rieß beantragt eine fernere Ergänzung dieser Bestimmung dahin: daß die Personen bezeichnet werden, welche die Schlüssel zu den Sprizenhäusern

so fern in Verwahrung haben, die Spritzenhäuser zu öffnen und die Löschgeräth-
schaften verabfolgen zu lassen, berechtigt seien;
am durch eine desfallsige Bezeichnung den Unordnungen und dem Unfuge, welche
bei Gelegenheit eines ausgebrochenen Feuers oft durch unberechtigte Personen veran-
laßt seien, thunlichst entgegen zu treten. — Die Herren Oberbürgermeister Caspari
und Bieweg äußern ihre Zweifel darüber, daß durch eine Bezeichnung der berechtig-
ten Personen, welche bei dem öftern Wechsel obnehin nicht wohl in der Vörschordnung
namhaft gemacht werden können, der beabsichtigte Zweck werde erreicht werden, und
meint Herr Lüdcke, daß es zur Vermeidung solcher Unordnungen und des Unfuges
zweckmäßiger sei, wenn durch ein am Spritzenhause angebrachtes Schild die Inhaber
der Schlüssel nachgewiesen oder auch durch die Anzeigen die Namen der letztgedachten
Personen bekannt gemacht würden. Durch Beschluß der Versammlung wird der Antrag
des Herrn Nieß abgelehnt.

Das Corps der Werkleute besteht nach §. 28 aus den hiesigen Dachdeckern, Zim-
merleuten und Schornsteinfegern und den Gehülften dieser Werkmeister, sowie aus den
Maurermeistern, und steht dieses Corps unter dem unmittelbaren Befehle des Polizei-
Directors und der Assistenten desselben. Die Werkleute sollen nach §. 29 bei einem
ausgebrochenen Feuer sofort auf der Brandstelle, mit ihrem Handwerksgeräth, sich
einfinden, haben daselbst (§. 30.) den Anordnungen des Polizei-Directors, des Stadt-
baumeisters u. s. w. Folge zu leisten und können (§. 31) nur in einzelnen Fällen eine
besondere Vergütung für ihre Arbeitsleistungen erwarten.

Gegen die Bestimmung im §. 28 äußert der Stadt-Magistrat insofern Bedenken,
als zu dem Corps der Werkleute alle Dachdecker-, Zimmer-, Maurer- und Schorn-
steinfeger-Meister und Gesellen gehören sollen und schlägt dagegen vor, zu jenem Corps
zwar die sämmtlichen hiesigen Werkmeister zu rechnen, unter deren Gesellen aber der
Herzoglichen Polizei-Direction die Auswahl einer erforderlichen Anzahl zu überlassen.
Auch werde vielleicht an den bisherigen Bestimmungen festzuhalten sein, daß die Ge-
sellten einen schwarzen Kittel und die nöthigen Werkzeuge von der Stadt geliefert be-
kommen.

Mit dem ersteren Vorschlage des Stadt-Magistrats erklärt sich die Commission
einerseits, trägt aber Bedenken, der Stadt die Lieferung des nöthigen Werkgeräths
der Gesellen aufzuerlegen, und glaubt der Versammlung nur empfehlen zu dürfen, den
Stadt-Magistrat zu ersuchen, über die Verwendung des eigenen Werkgeräths bei aus-
gebrochenem Feuer, gegen Vergütung etwaiger Beschädigungen, ein angemessenes Ab-
kommen mit den Werkmeistern oder den zuzuziehenden Gesellen zu veranlassen.

Die Versammlung billigt durch Beschluß diese Anträge ihrer Commission und
genehmigt die danach erforderlich werdenden Abänderungen des Entwurfs.

Zu den §§. 29 und 30 erklärt sich mit ihrer Commission auch die Versammlung
mit dem Vorschlage des Stadt-Magistrats durch Beschluß einverstanden, daß die Werk-
leute auch auf die Befolgung der Anordnungen der beiden Gehülften des Polizei-Di-
rectors (§. 32) und ihrer Werkmeister ausdrücklich angewiesen werden.

Die Direction aller Anstalten und Einrichtungen, welche mittelbar oder unmittel-
bar die Feuerlöschung bezwecken, steht dem Polizei-Director der hiesigen Stadt zu,

welcher sich zu seiner Assistenten zwei Personen aus dem Corps der Wasserträger oder der Löschmannschaft wählt (§. 33). Die weiteren Gehülfen des Polizei-Directors sind die Polizei-Commissaire, von denen der älteste, in Behinderungsfällen, den Polizei-Director vertritt, der Polizei-Inspector und der Stadt-Baumeister (§. 34). Die beiden Assistenten des Polizei-Directors bekommen besondere Erkennungszeichen (§. 35). Während einer Feuersbrunst bestimmt sich das Directorium einen nahegelegenen Ort, von welchem aus die besonderen Verhaltens-Maßregeln angeordnet werden (§. 35).

Nach §. 36 soll ein Ausschuss gebildet werden, welcher aus dem Polizei-Director, dessen beiden Assistenten und sechs von sämtlichen Anführern des Corps der Löschmannschaft aus ihrer eigenen Mitte zu wählenden Mitgliedern besteht. Dieser Ausschuss soll nach jedem stattgehabten bedeutenden Brande oder so oft es sonst der Polizei-Director für erforderlich erachtet, von letzterm zusammenberufen werden, um über die Wirksamkeit der hiesigen Feuerlöschungs-Anstalten oder über deren Verbesserung zu beraten.

Der Stadt-Magistrat hält es für zweckmäßig, daß an solchen Berathungen auch eins seiner Mitglieder Theil zu nehmen habe.

Die Commission billigt die geforderte Theilnahme eines Magistrats-Mitgliedes an den Berathungen des Ausschusses und giebt ferner noch der Versammlung anheim, zu beschließen, daß der Ausschuss nicht besonders gewählt, sondern neben den durch den Entwurf bestimmt bezeichneten Personen aus den Oberanführern, beziehungsweise aus den Unteranführern, welche etwa bei einem Brande als Oberanführer fungirt haben, bestehen sollen, weil auf solche Weise nicht bloß die geeignetsten Männer für den Ausschuss gefunden sein würden, sondern auch eine Versammlung der Anführer zu einer Wahl vermieden werde.

Für diese von der Commission empfohlenen und vorgeschlagenen Modificationen des Entwurfs spricht sich auch die Versammlung durch Beschluß aus.

Die §§. 37 und 38 enthalten nähere Bestimmungen über die Aufbewahrung, Herbeischaffung und Bereithaltung aller Feuerlöschungs-Geräthschaften.

Unter den in den §§. 39—42 gegebenen Strafbestimmungen wird die im §. 39 festgesetzte Strafe von 1—3 fl. , mit welcher jedes Mitglied der drei Corps des Löschvereins bedroht ist, das bei ausgebrochenem Feuer nicht sogleich auf seinem Posten erscheint, seinen Dienst nicht ordnungsmäßig verrichtet oder ohne Erlaubniß von der Brandstätte sich wegbegibt, vom Stadt-Magistrate für zu hoch erachtet und dagegen eine Strafe von 8 fl. bis 1 thl. vorgeschlagen; außerdem giebt der Stadt-Magistrat anheim, bei Vergehen gegen die Löschordnung Seitens der beforderten Corps-Mitglieder der Herzoglichen Polizei-Direction die sofortige Entlassung derselben ausdrücklich vorzubehalten.

Von der Commission werden diese Vorschläge des Stadt-Magistrats an Stelle, resp. zur Ergänzung der Entwurfs-Bestimmungen der Versammlung zur Annahme empfohlen und von letzterer durch Beschluß angenommen.

Mit dem Schreiben des Stadt-Magistrats ist auch ein Exemplar der Statuten des Rettungs-Vereins, rücksichtlich dessen die Herzogliche Polizei-Direction dahin sich ausgesprochen, daß von ihr die Entwerfung neuer Statuten für dieses Privat-Institut

nicht ausgehen könne, übersandt, um die Versammlung nach einer Prüfung jener Statuten zu veranlassen, etwa für erforderlich erachtete Abänderungen derselben zur Kenntniß des Stadt-Magistrats zu bringen. Der Herr Vorsitzende theilt der Versammlung mit, daß die Commission in den Statuten des Rettungs-Vereins keine Bestimmungen gefunden habe, welche mit den Vorschriften der Feuerlösch-Ordnung unvereinbar wären oder im Widerspruche ständen. Auch aus der Versammlung werden keine Aenderungen jener Statuten in Antrag gebracht, und läßt es dieselbe daher bei der Erklärung ihrer Commission bewenden.

Endlich bringt noch der Herr Vorsitzende ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 20. Februar 1851 zur Kenntniß der Versammlung, in welchem früher von mehreren Seiten her gemachte Vorschläge, um den Ort eines ausgebrochenen Feuers möglichst schnell den Bewohnern der Stadt bekannt werden zu lassen, insbesondere die Einrichtung von Thurmwachen besprochen werden. Der Stadt-Magistrat hat sich in jenem Schreiben gegen die Einrichtung solcher Thurmwachen erklärt, weil durch dieselben der beabsichtigte Zweck doch nicht in genügender und sicherer Weise erreicht werde und weil der mit der Einrichtung von Thurmwachen, selbst nur einer Wächtermohnung auf dem St. Andreasthurne mit Anstellung nur eines Wächters, verbundenen Kosten-Aufwand zu unverhältnißmäßig hoch erscheine. Die Commission erkennt die Bemerkungen und Bedenken des Stadt-Magistrats als richtig an und findet, zumal nachdem in die inzwischen berathene Feuer-Ordnung und auch in das Reglement für die Nachtwächter zweckdienliche Bestimmungen aufgenommen seien, bei deren Befolgung der Ausbruch eines Brandes und die Straße, in welcher derselbe erfolgt ist, möglichst schnell zur öffentlichen Kunde gelangen werden, um so weniger Veranlassung, eine in ihrem Erfolge nicht hinlänglich gesicherte und daneben so sehr kostspielige Einrichtung von Thurmwachen der Versammlung zu empfehlen. Die Letztere äußert durch Beschluß ihre Uebereinstimmung mit den Ansichten des Stadt-Magistrats und ihrer Commission.

Unter

Vorbehalt der Verlesung des Protokolls für die nächste Sitzung wird die heutige von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Sitzung am 19. Januar 1854.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung am 12. d. Mts. wird von dem Protokollführer verlesen und Seitens der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Varrentrapp und Grund wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Herr Nieß erbittert sich und erhält das Wort zu einer Aeußerung in Betreff des §. 18 der in der letzten Sitzung berathenen Feuerlösch-Ordnung: der Herr Redner erklärt, daß er nach weiterer Ueberlegung doch zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß die für Mitglieder des Spritzen-Corps in dem §. 18 bestimmte Kopfbedeckung, die Hüte, so wenig nothwendig, als praktisch seien und der angebliche Nutzen der Hüte nicht in einem entsprechenden Verhältnisse zu dem Kostenaufwande stehe, welche bei Anschaffung von Hüten unvermeidlich sei. Die Spritzenleute würden bei der Feuerlöschung weniger in Gefahr kommen, von herabfallenden Gegenständen getroffen und beschädigt zu werden, weil sie doch in der Regel einen von der Feuerstelle etwas entfernteren Standpunkt hätten. Daneben seien jene Leute weniger gewohnt Hüte als Kopfbedeckung zu tragen, und sie könnten deshalb bei einer ungewohnten Tracht leicht in ihrer Rührigkeit gehemmt und gehindert werden. Endlich sei die Ausgabe für Hüte nicht unbedeutend, da dieselben nach einem für den einzelnen Kopf genommenen Maße gefertigt, bei dem Wechsel in dem Personal an die Stelle der vorräthigen von bisherigen Mitgliedern des Corps getragenen Hüten neu angeschafft werden müßten und auf solche Weise eine Menge noch nicht abgenutzter, aber doch unverwendbarer Hüte sich ansammeln würden, welche nicht weiter verworther werden könnten. Aus diesen Gründen trete er der Ansicht des Stadt-Magistrates nachträglich bei und trage auf:

Aufhebung des früher gefassten Beschlusses und auf eine entsprechende Modification der Entwurfs-Bestimmung an.

Herr Wie weg erklärt sich für die Beibehaltung des frühern Beschlusses: die Spritzenmänner würden meistens der Brandstelle nahe genug zu stehen kommen, um einer persönlichen Gefahr durch herabfallende Gegenstände, und bei der Handhabung der Spritzen durch Wassergüsse ausgesetzt zu sein. Die Hutforn mit der widerstandsfähigen Erhöhung und mit der rings herum laufenden Kränze verleihe Schutz gegen beiderlei Gefährlichkeiten, und den Spritzenleuten einen solchen Schutz zu gewähren,

halte er für eine Pflicht der städtischen Behörden, welche sich eintretenden Falls von Vorwürfen nicht frei erachten könnten, wenn sie jene Vorsichtsmaßregel unberücksichtigt gelassen hätten.

Die Versammlung beschließt, unter Ablehnung des Antrages des Herrn Nieß: an den früher gefassten Beschlüsse festzuhalten.

Nach einem von dem Herrn Vorsitzenden verlesenen Schreiben des Stadt-Magistrats vom 14. d. M. handelt es sich um die Erneuerung der Adress tafeln an den Straßen in hiesiger Stadt. Für dieselben beantragt der Stadt-Magistrat die Aussetzung einer jährlichen Summe von 30 \mathfrak{R} und giebt der Versammlung anheim, die Bau-Deputation zu bevollmächtigen, wegen der zu wählenden Farbe der neuen Adress tafeln und der Schrift auf denselben mit einem zu deputirenden Magistrats-Mitgliede sich zu verständigen.

Herr Graß ist mit der Erneuerung der Adress tafeln für sämtliche Straßen in hiesiger Stadt einverstanden, jedoch der Meinung, daß eine Summe von 30 \mathfrak{R} jährlich zu gering sei, um die Erneuerung rechtzeitig ins Werk zu setzen.

Herr Aronheim wünscht, daß bei dieser Gelegenheit erwogen werden möge, ob es nicht angehe, die Häuser straßenweise zu numeriren und auf den Adress tafeln die Nummern jeder Straße mitvermerken zu lassen. Die die hiesige Stadt besuchenden Fremden und selbst die hiesigen Einwohner würden dadurch um so besser in Stand gesetzt ein einzelnes Haus auf einer bestimmten Straße aufzufinden. Die etwaigen Schwierigkeiten wegen der künftigen Verzeichnung der Häuser in den Hypothekenbüchern und Versicherungskatastern würden nicht so bedeutend erscheinen, da jene Nummern neben den eigentlichen Hausnummern beibehalten werden könnten.

Die letzteren Äußerungen veranlassen den Herrn Vorsitzenden, diese Angelegenheit der Statuten-Commission zum Zwecke einer umfassenden Prüfung und zur demnächstigen Berichtserstattung zu überweisen.

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Berathung über verschiedene Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt und an zweiter Stelle die weitere Berathung über die Regelung des Handels mit dem zum Verkaufe in die Stadt kommenden Brennholze und Torfe. Herr Röppke trägt, da heute der Versammlung der seltene Besuch von Zuhörern, — es waren deren zwei zugegen, — zu Theil geworden und es nicht angenehm sei, dieselben wegen der geheimen Berathung der Wohnortsrechtsgesuche wegzuweisen, darauf an, den zweiten Gegenstand der Tagesordnung an erster Stelle zu verhandeln. Dagegen macht Herr Graß vorstellig, daß die vorliegenden Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt schon ziemlich lange auf eine Erledigung harrten und letztere vielleicht auch heute nicht erfolgen könnte, wenn dieselben nicht zunächst zur Verhandlung gestellt würden. Die Versammlung beschließt, die Tagesordnung ungeändert zu lassen und trägt darauf Herr Graß Namens der betreffenden Commission darauf an, daß die bevorstehende Verhandlung für eine nicht öffentliche erklärt werde. Nach Genehmigung dieses Antrages Seitens der Versammlung ersucht der Herr Vorsitzende die beiden Zuhörer, das Sitzungslocal zu verlassen. Gegen den weiter geäußerten Wunsch des Herrn Röppke,

bei den öffentlichen Bekanntmachungen der Sitzungen der Versammlung, wenn Wohnortsrechtsgesuche zur Verhandlung ständen, zu erwähnen, daß letztere in nicht öffentlicher Sitzung werde vorgenommen werden, bemerkt der Herr Vorsitzende, daß in dieser Beziehung ein für alle Fälle gültiger Beschluß von der Versammlung noch nicht beantragt und gefaßt sei.

Die nachfolgend bezeichneten Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt, vorberathen von der betreffenden Commission, werden von den einzelnen Commissions-Mitgliedern der Versammlung zum Vortrage gebracht und zur Beschlußnahme verstellt.

Nach Erledigung einiger anderen Angelegenheiten ebenfalls in der nicht öffentlichen Sitzung wird unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung die heutige von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

N^o 3.

(Die ersten beiden diesjährigen Protokolle vom
12. u. 19. Januar enthält die Beilage zu N^o 57
der Braunschweigischen Anzeigen.)

1854.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 17. Februar 1854.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 19. v. Mts. wird durch den Protokollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Röpcke, Wankelius und Kronheim wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

In übernommenem Auftrage theilt Herr Graß der Versammlung mit, daß Herr Röpcke durch dringende Geschäfte behindert sei, zum Anfange der Sitzung zu erscheinen, jedoch sein späteres Erscheinen in Aussicht gestellt habe.

Vor dem Uebergange zur Tagesordnung verliest der Herr Vorsitzende folgende Mittheilungen des Stadt-Magistrats:

1) Ein Schreiben vom 3. d. Mts., in welchem der Stadt-Magistrat die Versammlung ersucht, aus ihrer Mitte drei Mitglieder zu einer von dem Commando der Bürgerwehr auf Grund des §. 16 des Gesetzes vom 19. März 1850 über den Waffendienst behuf des Gemeindschutzes beantragten gemeinschaftlichen Commission zur Verhandlung über die innere Organisation der Bürgerwehr zu wählen.

Der Herr Vorsitzende behält sich vor, auf diese Angelegenheit später zurückzukommen.

2) Ein Schreiben vom 12. d. Mts., in welchem der Stadt-Magistrat die Versammlung um baldige Feststellung der Veranlagungen der Steuerpflichtigen zur Gemeinde- und Armensteuer ersucht.

Der Herr Vorsitzende fordert die betreffenden Deputationen zur baldmöglichsten Erledigung dieser Angelegenheit auf.

3) Ein Schreiben vom 10. d. Mts., die Feuerlöschordnung betreffend.

In diesem Schreiben äußert sich der Stadt-Magistrat über den Beschluß der Versammlung in der Sitzung am 12. v. Mts. zu den §. 18. der Feuerlöschordnung, nach welchem den Mitgliedern des Sprizen-Corps nicht bloß Kittel, sondern auch Hüte auf Kosten der Stadt-Casse geliefert werden sollen. Nach den vom Stadt-Magistrate eingezogenen Erkundigungen würde die Anschaffung von Hüten einen Kostenaufwand von etwa 250 fl verursachen, da der einzelne Hut auf 20 gr bis 1 fl zu stehen kommen würde. Die Aufwendung jenes Betrages erachtet der Stadt-Magistrat für nicht nothwendig und daher für nicht gerechtfertigt, da nicht ein Fall habe ausgemittelt werden können, in welchem von den Sprizenleuten bei einer Feuerlöschung Jemand zu Schaden gekommen wäre, und daraus sich ergebe, daß die Sprizenleute bei ihren Dienstverrichtungen einer Gefahr nicht leicht ausgesetzt seien. Ein fernerer Einwand des Stadt-Magistrats gegen die Anschaffung von Hüten für die Sprizenleute geht dahin, daß dieselben, nach Aeußerungen vieler unter ihnen, kaum der gelieferten Hüte sich bedienen würden, weil sie gewohnt seien, Mützen zu tragen, und in Hüten nicht so frei und ungezwungen sich würden bewegen können. — Um indessen die Entscheidung über die endgültige Annahme der einen oder der andern der beiden entgegengesetzten Ansichten offen zu erhalten, giebt der Stadt-Magistrat anheim, den §. 18 der Löschordnung folgendermaßen zu fassen:

„Die Mitglieder des Sprizen-Corps erhalten eine, ihren Dienstleistungen entsprechende Bekleidung.“

Zur Unterscheidung der Compagnien sollen die denselben zu liefernden Feuerkittel mit einem kleinen stehenden Kragen von verschiedener Farbe versehen werden und es soll diese Farbe u. s. w. — und durch die Anschaffung von Hüten zunächst für die Mannschaft einer Spritze den Versuch zu machen, ob und welchen Nutzen die Hüte gewähren würden.

Ein hier bereits angefertigter Probehut wird der Versammlung vorgelegt.

Bei der weitem Verhandlung, zu welcher diese Mittheilung des Stadt-Magistrats Veranlassung giebt, äußert sich Herr Warrentzapp dahin, daß der vorgelegte Probehut nicht praktisch sei, weil derselbe namentlich keinen ausreichenden Schutz gegen Wassergüsse verschaffe; es sei rathsam und leicht thunlich, von anderen Städten, z. B. von Stuttgart her, wo sehr zweckmäßige Kopfbedeckungen der Feuerlöschmannschaften im Gebrauche seien, Modelle zu solchen Hüten kommen zu lassen.

Herr Wiegand ist derselben Ansicht und sucht darzuthun, daß die Sprizenleute bei einer Feuerlöschung in gleichem Maße persönlich gefährdet seien, wie die übrige löschende Mannschaft, weshalb der ohnehin nicht erhebliche Kostenaufwand für Anschaffung von praktischen Hüten nicht geschauet werden dürfe.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari giebt zwar zu, daß der nöthige Kosten-
aufwand, wenn die Gefahr für die Spritzenleute bei einer Feuerlöschung so drohend
und so groß, wie geschildert worden, wäre, kaum in Frage kommen könne, bestrittet
aber wiederholt die Richtigkeit jener Voraussetzung und führt insbesondere noch an,
daß von den städtischen Behörden seither eine solche Gefahr nicht erkannt sei, weil sonst
schon früher Vorkehrung dagegen getroffen sein würde. Wenn außerdem die Spritzenleute
selbst nicht einmal dergleichen unbequeme Kopfbedeckungen zu tragen wünschen, so habe
der Stadt-Magistrat genügende Veranlassung gehabt, der Stadt-Casse eine nicht ge-
rechtfertigte Ausgabe zu ersparen. Wie übrigens der endgiltige Beschluß in Betreff
dieses Punktes demnächst ausfallen möge, so sei es doch wünschenswerth die Feuer-
löschordnung baldigst zum Abschlusse zu bringen, und deshalb sei die anderweite Fas-
sung des §. 18 in Vorschlag gebracht, welche um so eher Annahme finden könne, als
eine Vorschrift für die Bekleidung der Spritzenleute in der Löschordnung nicht so noth-
wendig sei.

Herr Barrentrapp will bei mehreren Gelegenheiten die Erfahrung gemacht ha-
ben, daß die Spritzenleute einer wirklichen Gefahr ausgesetzt gewesen und erklärt sich
daher entschieden für Anschaffung von Hüten, auch gegen die Wünsche jener Leute
selbst, welche im eigenen und im Interesse der Gemeinde gezwungen werden müßten,
sich vor Gefahren bei ihren Dienstverrichtungen zu schützen. Gegen die vorgeschlagene
neue Fassung des §. 18 sei immerhin nichts einzuwenden, auch möge ein Versuch zu-
nächst mit einer Compagnie des Spritzencorps gemacht, aber jedenfalls recht bald
ins Werk gesetzt werden.

Die Herren Lissebon und Häusler erklären sich im Allgemeinen mit den An-
sichten der Herren Barrentrapp und Bieweg einverstanden, sprechen sich aber
selbst dagegen aus, daß vorläufig nur für einen Theil der Spritzenmannschaft Hüte
angeschafft werden, weil daraus nur ein größerer Widerwillen gegen das Tragen der-
selben entstehen könnte, und fordern daher die Ausrüstung mit zweckmäßig erachteten
Hüten sofort für alle Spritzenleute; auch Herr Bieweg schließt sich dieser Forde-
rung an.

Nach der Fragestellung durch den Herrn Vorsitzenden wird hiernächst von der Ver-
sammlung beschlossen:

die von dem Stadt-Magistrate vorgeschlagene anderweite Fassung des §. 18 der
Feuerlöschordnung anzunehmen; im Uebrigen jedoch an den frühern Be-
schlüssen, nach welchem ein Schutzmittel vor möglichen Gefahren durch prak-
tische Kopfbedeckungen für die Spritzenleute als nothwendig erkannt ist,
festzuhalten, und demgemäß den Stadt-Magistrat zu ersuchen, Modelle zu
solchen Kopfbedeckungen von andern Orten her zu verschreiben und der
Versammlung zu weiterer Meinungsäußerung und Beschlußnahme vor-
zulegen.

Auf Veranlassung eines Antrages des Herrn Kellner auf Vervollständigung der
zur Zeit nur aus 2 Mitgliedern bestehenden Schätzungs-Deputation für die Veranla-
ssungen zur Gemeinde- und Armensteuer im Augustthor-Districte werden die einzelnen
Deputationen folgendergestalt von der Versammlung zusammengefaßt:

- A. der Wendenthor-District aus den Herren: Wangelius, Nieß, G. Kloss und Lissehon;
- B. der Steinhof-District aus den Herren: Helfft, Denecke, Rischbieter und Leo;
- C. der Augusthof-District aus den Herren: Uhde, Aronheim, Grund und Kellner;
- D. der Wilhelmthor-District aus den Herren: Bieweg, Steinmeyer, Barrentrapp, W. Kloss und Fudel;
- E. der Hofethor-District aus den Herren: Rade, Fabricius, Graß und Voigt;
- F. der Petrihof-District aus den Herren: Grotian, Lüdecke, Häusler und Röppke.

Eine Aenderung der Tagesordnung wird auf Antrag des Herrn Graß von der Versammlung dahin genehmigt, daß an erster Stelle die Berathung über die vorliegenden Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt zugelassen wird.

Hiernächst kommt nach der Tagesordnung:
 »die Regelung des Handels mit Brennholz und Torf in hiesiger Stadt«
 zur Berathung.

Ueber den in der Sitzung am 10. November v. J. gefassten Beschluß der Versammlung, daß es wünschenswerth und nothwendig sei, den Handel mit Holz nur nach gemessenen Quantitäten, nach Kloster- oder Malter-Maße, in hiesiger Stadt zuzulassen, ist mittelst Schreibens vom 27. December v. J. eine Rückäußerung des Stadt-Magistrats erfolgt. Es ist in derselben gegen den Beschluß der Versammlung geltend gemacht, daß in hiesiger Stadt von jeher das Brennholz meistens nur in ungemessenen Quantitäten zu Märkte gebracht worden und es sehr bedenklich sei, dieser Gewohnheit mit der durchgreifendsten Strenge mit einem Male entgegen zu treten. Die Landleute, welche das Holz in so geringen Quantitäten, wie es die unbemittelten hiesigen Einwohner nur kaufen könnten, der hiesigen Stadt zuführten, hätten dasselbe selbst erst in ungemessenen Quantitäten angekauft, oder etwa von ihren eigenen Grundstücken gewonnen oder aus den Gemeindeforsten zugewiesen erhalten. In allen diesen Fällen seien solche Verkäufer nicht wohl in der Lage, das Holz nach einem bestimmten Maße abzutheilen und nach den verschiedenen Gattungen zu sondern. Durch eine desfallige Forderung könnten dieselben leicht veranlaßt werden, von einem Verkaufe ihres Holzes in hiesiger Stadt ganz abzusehen, zumal sie in den eigentlichen Händlern immerhin Abnehmer an Ort und Stelle finden würden. Die Letzteren würden aber die auf solche Weise zusammengekauften geringern Quantitäten zu größern Massen vereinigen und für diese die geeigneten Märkte aufsuchen. Bei den gegründeten Zweifeln an einem guten Erfolge der Vorschrift, daß nur gemessenes Holz zu Märkte gebracht werden solle, erscheine es gewiß gerathener, es bei dem bisherigen freien Verkehre unter Anwendung der früher vorgeschlagenen Maßregeln zur Verhütung von Betrügereien zu lassen.

Zufolge der Berichtserstattung des Herrn Lissebon ist diese Angelegenheit von der betreffenden Commission, an deren Verhandlungen, auf Ersuchen, auch Herr Viweg, welcher in der Sitzung am 10. November v. J., den damals angenommenen Grundsatz auf Zulassung des Feilgebots von Holz nur nach gemessenen Quantitäten gestellt hat, Theil genommen, in fernere Berathung gezogen und sieht sich die Commission selbst nunmehr veranlaßt, der Versammlung zu empfehlen:

sich für die Zulassung des Feilgebots von Holz in hiesiger Stadt, mit alleiniger Ausnahme des Washolzes, nur nach der gesetzlichen Maltermaße zu entscheiden.

Zur Unterstützung dieses Antrages ergreift zunächst Herr Viweg das Wort und erkennt zwar an, daß Holzwasen nicht nach cubischem Maße, sondern nur nach der Stückzahl feilgeboten werden könnten, daß dagegen bei dem sonstigen Brennholze die Anwendung des cubischen Maßes um so wünschenswerther und nothwendiger sei, als die Angabe der Stückzahl und der Gattung des Holzes im Thore bei der Einführung in die Stadt rücksichtlich der Werthsbestimmung sehr unzuverlässig sei. Außerdem hält Herr Viweg durch die Maß- und Gewichts-Ordnung vom 30. März 1837 es für geboten, daß in dem, wegen des Holzverkaufs in hiesiger Stadt zu erlassenden Statute die Vorschrift jenes Gesetzes zur Anwendung gebracht werde, weil die statutarischen Bestimmungen nichts enthalten dürfen, was den bestehenden Gesetzen zuwiderlaufe. Für den Verkauf so kleiner Quantitäten von Holz, daß dieselben nicht nach der gesetzlichen Maltermaße bestimmt werden könnten, findet Herr Viweg nur in der Anlegung von Magazinen eine geeignete Aushülfe.

Herr Graß erklärt sich ebenfalls für den Commissions-Antrag, indem er die Besorgniß des Stadt-Magistrats, daß in Folge der beantragten Vorschrift dem hiesigen Markte der Verkehr mit Holz entfremdet würde, nicht theilt, vielmehr sich überzeugt hält, daß die Verkäufer kleinerer Quantitäten immer nach dem hiesigen Markt zum Absatze ihres Holzes aufsuchen müßten, und insbesondere hervorhebt, daß gerade die kleineren Leute durch jene Maßregel wesentlich vor Betrügereien bewahrt würden, weil größere Holzquantitäten schon jetzt nur nach bestimmter Maße verkauft würden.

Auch Herr Nieß schließt sich dem Commissions-Antrage an, da die Vorschläge des Stadt-Magistrats nicht geeignet sein würden, die bisher vielfach vorgekommenen Betrügereien zu verhindern.

Auf eine Anfrage des Herrn Helfft, wie weit eine Theilbarkeit der Maltermaße bei dem Marktverkehr möglich und zulässig sein würde, meint Herr Viweg, daß bis zu einem Viertel der Maltermaße herab gegangen werden könne.

Herr Lissebon verkennt nicht, daß selbst bei der Anwendung der Maltermaße insbesondere für kleinere Holzquantitäten Betrügereien vorkommen könnten, weil die Aufmalterung und Messung des Holzes möglich mache, dem Verkäufer Vortheile zuzuwenden, glaubt aber dennoch an dem Antrage der Commission festhalten zu dürfen, da nach den weiter eingezogenen Erkundigungen den Landleuten selbst es ganz geziemend sei, wenn der Holzverkauf durch die Vorschrift der bestimmten Maße geregelt werde.

Herr Wieg findet darin, daß, wie in dem Schreiben des Stadt-Magistrats hervorgehoben worden, bisher nicht üblich gewesen sei, das Brennholz in gemessenen Quantitäten hier zu Markte zu bringen, keinen Grund, es bei solchem Gebrauche zu lassen, da es so dringend gerathen erscheine, dem seither vielfach vorgekommenen Unfuge bei dem Holzverfaufe endlich mit Energie zu steuern, und auch die besondern Verhältnisse in hiesiger Stadt nicht abhalten könnten, die vorgeschlagene Maßregel zur Ausführung zu bringen. Ihren Holzbedarf erhalte die hiesige Stadt aus Herrschaftlichen und aus Privat-Försten, in welchen, da auch die letztern zumeist unter Herrschaftlicher Aufsicht und Verwaltung ständen, das Holz behuf der Ueberweisung gemessen würde; sonstige Bezugsquellen fehlten fast ganz und um so eher könne daher vorgeschrieben werden, daß Holz nur nach bestimmter Maltermaße hierher zu Markte gebracht werde. Wenn auch bei der Anwendung der Maltermaße Uebervortheilungen der Käufer möglich, so seien dieselben doch nicht erheblich und nicht in Vergleich zu stellen mit den bisher stattgefundenen argen Betrügereien.

Gegen die vorstehende Annahme, rücksichtlich der Messung des Holzes, wendet Herr Oberbürgermeister Caspari ein, daß namentlich in den Gemeindeförsten nicht überall das Holz gemästert würde. Manche Gemeinden hätten den Selbsthieb, vertheilten das Holz nach Stämmen unter die Betheiligten und überließen es jedem Einzelnen, wie er die Bäume zur weitem Verwerthung verarbeiten werde. Da nun die Zurichtung des Holzes nach Maltermaße umständlicher und kostspieliger sein und die Landleute das ihnen zugewiesene Holz auch in ungemessenen Quantitäten bei Wiederverkäufern anbringen könnten, so seien die Bedenken des Stadt-Magistrats gegen die Verminderung der Zufuhr von Brennholz nach hiesiger Stadt in Folge der beabsichtigten Vorschrift in der That wohl gegründet, insofern jene Aufkäufer das zusammengekaufte Holz an anderen Orten zu verwerthen sich veranlaßt sehen möchten. Jedfalls erscheine es zweckmäßiger, zunächst mit der Ausführung der Vorschläge des Stadt-Magistrats den Versuch zu machen, als sogleich mit der beantragten strengern Maßregel vorzugehen.

Herr Fudel spricht sich für die Vorschläge des Stadt-Magistrats aus, während Herr Fabricius der Meinung ist, daß die Landleute der Vorschrift wegen der Maltermaße genügen könnten und für ihre kleinern Holzvorräthe nicht wohl anderswo Absatz finden würden, solche vielmehr hierher zu Markte bringen müßten, und deshalb auch für diesen Holzverkauf die betreffende Bestimmung der Maß- und Gewichts-Ordnung füglich zur Anwendung gebracht werden könne. In ähnlicher Weise äußert sich auch noch Herr Lissebon, indem er darauf hinweist, daß die Landleute bei andern gelegentlichen Verrichtungen in hiesiger Stadt ihren Holzvorrath mit hierher brächten und sich schon in die Nothwendigkeit, dem Holze eine bestimmte Maße zu geben, fügen würden.

Nachdem noch Herr Lüdecke für den Antrag der Commission sich erklärt, weil derselbe nicht bloß mit seiner eignen Ansicht übereinstimme, sondern auch den Wünschen fast aller derer entspreche, deren Meinung er über diese Frage zu vernehmen Gelegenheit gehabt habe, werden noch von den Herren Wieg, Oberbürgermeister Caspari, Häusler und Grotrian abweichende Ansichten geäußert, in wie weit

die Bestimmung der Maß- und Gewichts-Ordnung vom Jahre 1837 Geltung haben; die Herren Bieweg und Grotzian sind der Meinung, daß durch das zu erlassende Statut der Verkauf von Holz nur nach der gesetzlichen Maltermaße zugelassen werden dürfe, während die Herren Oberbürgermeister Caspari und Häusler jenes Gesetz nur in dem Falle zur Anwendung gebracht wissen wollen, wenn ein Handel nach bestimmter Maße abgeschlossen sei, indem das Gesetz nicht verbiete, ungemessene Quantitäten zu verkaufen und zu kaufen, sofern Verkäufer und Käufer in dieser Beziehung einverstanden seien.

Nach geschlossener Debatte wird bei der Abstimmung der Antrag der Commission mit großer Stimmenmehrheit von der Versammlung angenommen, somit wiederholt die Anwendung der gesetzlichen Maltermaße für den Holzverkauf am hiesigen Plage ausgesprochen.

Auch rücksichtlich des Torfverkaufs erklärt sich die Commission nach der weiteren Berichtserstattung des Herrn Lissebon für eine Vorschrift des Inhalts:
daß der Verkäufer gehalten sein solle, den Torf nach cubischer Maße abzugeben.

Nach der Ansicht des Herrn Bieweg würde eine solche Vorschrift auf die Weise auszuführen sein, daß die Wagen und Karren, auf welchen Torf geladen, die Größe der Ladung nach Zahl der Cubikfüße ausweisen müßten, wodurch insbesondere Uebervortheilungen durch Verkleinerung der Torfstücke beseitigt werden würden.

Außer von dem Herrn Bieweg wird der Commissionsvorschlag noch von den Herren Häusler, Warrentropp, Lissebon und Graß im Allgemeinen befürwortet, jedoch zunächst für nothwendig gehalten, die speciellern Bestimmungen für die Ausführung obiger Vorschrift festzustellen, während Herr Lüdecke den Torfverkauf nach dem Gewichte empfiehlt und Herr Nieß zu bedenkliche und zu große Schwierigkeiten in der Ausführung jener Vorschrift findet.

Auf Veranlassung eines Antrags des Herrn Häusler wird die allgemeine Debatte geschlossen und die Commission von der Versammlung beauftragt:

in der nächsten Sitzung specielle Vorschläge zur Regelung des Torfverkaufs nach cubischer Maße zur weiteren Verhandlung und Feststellung mitzutheilen;

bis dahin soll auch nach dem fernern Beschlusse der Versammlung die Benachrichtigung des Stadt-Magistrats von dem erneuerten Beschlusse wegen des Holzverkaufs ausgesetzt bleiben.

Endlich erstattet noch Herr Graß Namens der Bau-Deputation, Bericht über den Inhalt eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 21. Januar dieses Jahres. Nach diesem Schreiben handelt es sich um die unentgeltliche Ueberlassung des der hiesigen Stadt zugehörigen, vom Bohlwege ab zwischen den daselbst belegenen beiden Häusern N^o 2040 und 2041 sich hinziehenden und bis an den Okerarm hinter diesen Häusern reichenden Terrains an die angrenzenden Grundbesitzer, die Eigentümer der Häuser N^o 2040 und 2041 und an den Kaufmann Ludwig Helst, unter den in

einem bereits unterm 30. Mai 1843 abgeschlossenen Contracte enthaltenen Bedingungen. Die Commission findet gegen die durch den Contract verheißene und von dem Stadt-Magistrate befürwortete Ueberlassung des bezeichneten Terrains an die vorgenannten Personen nichts zu erinnern und wird danach auch durch Beschluß der Versammlung, die Zustimmung zu der in Rede stehenden Abtretung von Grund und Boden der hiesigen Stadt, erteilt.

Hierauf wird unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung, die heutige von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

N^o. 4.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o 197. der Braunschweigischen Anzeigen.)

1854.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 6. April 1854.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Uhde und Steinmeyer, Grotrian und Räcké wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protocoll über die letzte Sitzung am 17. Februar d. J. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Herr Aronheim richtet an die Statuten-Commission die Anfrage, ob dieselbe schon mit seinem vor geraumer Zeit gestellten Antrage auf Revision des Droschken-Reglements sich beschäftigt habe und erhält von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich die Antwort, daß die Commission jenen Antrag mit Nächstem in weitere Erwägung nehmen werde.

Der Herr Vorsitzende fordert die Schätzungs-Deputation auf, die Veranlagungen zur Communal- und Armensteuer zu beschleunigen und die noch in ihren Händen befindlichen Steuerrollen thunlichst bald an den Stadt-Magistrat zurückzusenden.

T a g e s o r d n u n g :

I. Nach einer von dem Herrn Vorsitzenden verlesenen Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 25. v. M., hat der in hiesiger Stadt in Wirksamkeit getretene Verein für gemeinnützige Bauten, welcher die am Altstadtmarkte unter *N* 1 und 2. belegenen Häuser gekauft hat, dieselben abbrechen und statt beider ein Haus neu aufzuführen lassen will, gebeten, zu solchem Neubau von dem Markttterrain soviel benutzen zu dürfen, daß das neu zu erbauende Haus in die gerade Fluchtlinie des Ernstschen Hauses vorgerückt würde. Der Stadt-Magistrat hat über dieses Gesuch zunächst das Gutachten des Stadtbaumeisters eingefordert und den Letztern zugleich beauftragt, bei dem anzufertigenden Situationsplane auf die weitere Fortsetzung jener Fluchtlinie der ganzen Südseite des Altstadtmarktes entlang bis in die Gördelingerstraße hinein Rücksicht zu nehmen, damit für einen etwaigen Neubau auch der Häuser *N* 3, 4 u. ff. schon jetzt übersehen werden könne, welche Frontlinie jener ganzen Häuserreihe zu geben zulässig und angemessen sein werde, weil daraus um so besser und vollständiger beabsichtigten Neubau der Häuser *N* 1 und 2 von dem Markttterrain ein Theil abgetreten werde. In dem Gutachten, welchem ein Situationsplan, nach Maßgabe der Anforderung, beigelegt ist, hält es der Stadtbaumeister, soweit das öffentliche Interesse in Frage kommt, für statthaft, daß die Häuser *N* 1—5 am Altstadtmarkte bis zu einer auf dem Situationsplane angegebenen mit der Fluchtlinie des Ernstschen Hauses in gerader Richtung fortlaufenden Linie bei einem etwaigen Neubau vorge- rückt, erachtet es dagegen für wünschenswerth, daß behuf Verbreiterung des Eingangs in die Gördelingerstraße vom Altstadtmarkte ab die Häuser *N* 6, 7 und 8 bei einem demnächstigen Neubau um eine Kleinigkeit eingerückt, und hält es endlich für bedenklich, daß schon zur Zeit die beiden neu zu bauenden Häuser *N* 1 und 2 bis zu der oben angedeuteten Linie vorgeschoben werden, wenn nicht etwa der Eigenthümer des Hauses *N* 3 am Altstadtmarkte Protest dagegen erheben würde. Der Stadt-Magistrat ist der Ansicht, daß der hinter der fortgesetzten Frontlinie des Ernstschen Hauses vor den Häusern *N* 1—5 liegende bleibende Marktraum entbehrlich sei und das Vorrücken jener Häuser bis zu solcher Grenzlinie nicht unbedeutend zur Verschönerung des Altstadtmarktes beitragen werde. Mit Rücksicht hierauf giebt der Stadt-Magistrat der Versammlung anheim:

die Zustimmung zur unentgeltlichen Abtretung des in obiger Weise be-
gränzten Marktraums für den Fall eines Neubaus der Häuser *N* 1—5
zu ertheilen;

knüpft daran aber die Bedingung, daß in Betreff der Einrichtung der Vorderfronte der Gebäude zuvörderst der Bauplan dem Stadt-Magistrate zur Genehmigung vorge-
legt werde. Obwohl ein Protest des Eigenthümers des Hauses *N* 3 gegen das Vor-
rücken der Häuser *N* 1 und 2, nach der Meinung des Stadt-Magistrats, nicht be-
gründet sei, so wird es von Demselben doch auf allen Fall für angemessen gehalten,
daß den Bauunternehmern die fernere Bedingung gestellt werde, mit dem Eigen-
thümer des Hauses *N* 3, eines etwaigen Protestes wegen, sich abzufinden.

Nach Befürwortung des in obiger Weise bedingten Antrages des Stadt-Magistrats, durch den Herrn Vorsitzenden, sprechen sich gegen denselben die Herren Warrentropp und Bieweg aus, indem sie meinen, daßfüglich nur soviel von dem Marktraum abgetreten zu werden brauche, um den beabsichtigten Neubau an die Linie rücken zu lassen, welche von der vorspringenden östlichen Ecke des Ernstischen Hauses auf die westliche Ecke des Hauses N 3 zu ziehen sei, da mit einem Neubau der Häuser N 3, 4 und 5 nicht so leicht werde vorgegangen werden.

Der Herr Vorsitzende und die Herren Kronheim, Häußler, Voigt und Helfft geben zu bedenken, daß ein Uebelstand nicht herbeigeführt werde, wenn die vorspringende Ecke des Ernstischen Hauses an das Haus N 3 weiter gerückt und verlegt werde, daß die von den Herren Warrentropp und Bieweg angedeutete Frontlinie schiefe Winkel und Wände in dem neuen Gebäude verursachen und daß der beabsichtigte Neubau bei Bestimmung jener Linie vielleicht überall nicht zur Ausführung kommen werde.

An der Bedingung wegen der Vorlegung des Bauplans, wird von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari und von Herrn Bieweg, welcher Letzterer allerdings von seiner Meinung wegen jener schiefen Frontlinie abgeht, festgehalten, obwohl die Herren Voigt und Kronheim vorschlagen, für dieses Mal, bei dem Neubau der Häuser N 1 und 2, jene Bedingung fallen zu lassen, um nicht eine Verzögerung des Neubaus zu veranlassen.

Hiernächst beschließt die Versammlung:

die beantragte Zustimmung rücksichtlich des Neubaus der Häuser N 1 und 2 unter den vom Stadt-Magistrate gestellten Bedingungen zu ertheilen.

II. Herr Graß hat den Antrag eingebracht:

die Versammlung möge beschließen, daß der Stadt-Magistrat ersucht werde, dafür Sorge zu tragen, daß die von der Gaserleuchtungs-Gesellschaft auf dem Altstadmarkte aufgestellten Candelaber sofort wieder weggenommen und die dort nöthige Gaserleuchtung nur so angelegt werde, wie es mit Berücksichtigung des ganzen Platzes für zweckmäßig gefunden werden könne;

und glaubt zur Motivirung dieses Antrages nur anführen zu dürfen, daß die Form der aufgestellten Candelaber, da dieselben mit den schönen Verhältnissen des Brunnens gar nicht harmonirten, und die für die Candelaber gewählten Stellungen, welche den Marktplatz selbst beeengten, bei Niemandem im Publikum Beifall gefunden hätten, wohl aber vielseitig der Wunsch zu erkennen gegeben sei, daß die Candelaber vom Markte ganz entfernt würden.

Der Antrag wird von dem Herrn Kronheim unterstützt.

Herr Oberbürgermeister Caspari theilt der Versammlung mit, daß die Aufstellung der Candelaber auf dem Marktplatze zweckmäßig erschienen sei, um bei den

jezt öfter vorkommenden Gelegenheiten der Benützung der Räumlichkeiten des Altstadtrathshauses zu öffentlichen Zwecken eine bessere Beleuchtung des Marktes möglich zu machen. Sollten die Candelaber jezt wieder hinweggenommen werden, so würde solches auf Kosten der Stadt-Casse geschehen müssen, da die Gaserleuchtungs-Gesellschaft nicht auf ihre eigene Anordnung die Aufstellung der Candelaber beschafft habe.

Herr Häusler beantragt, sofern zu Aufstellung der Candelaber auf dem Altstadtmärkte die Genehmigung des Stadt-Magistrats erfolgt sei:

daß die zur Wegnahme der Candelaber nöthigen Kosten aus der Stadt-Casse bewilligt werden.

Abgesehen von ästhetischen Rücksichten hält der Herr Vorsitzende auch deshalb den Platz der Candelaber auf dem Altstadtmärkte für schlecht gewählt, weil die Passage insbesondere zur Winterszeit, wenn das Eis um den Brunnen herum sich ansammle, zu sehr gehemmt und beeinträchtigt werde.

Herr Fabricius schließt sich den Anträgen der Herren Graß und Häusler an, weil die Form der Candelaber nicht gefällig, auch die Stellung derselben zur Messzeit zwischen den Buden nicht vortheilhaft sei, und stellt den fernern Antrag:

über die erforderlich werdende anderweite Art und Weise der Beleuchtung des Altstadtmarktes das Gutachten der städtischen Bau-Deputation zu hören.

Herr Barrentrapp erkennt an, daß die Gasandalaber auf dem Altstadtmärkte, welche aus verschiedenen vorgelegenen Zeichnungen von Sach- und Kunstverständigen als die geschmackvollsten ausgesucht seien, nach der erfolgten Aufstellung nicht den erwarteten Effect machten, will daher auch deren Beibehaltung nicht befürworten, und meint, daß vielleicht an dem Brunnen selbst zur Benützung für besondere Gelegenheiten Gasflammen angebracht werden könnten.

Bei der Abstimmung werden die von den Herren Graß, Häusler und Fabricius gestellten Anträge durch Beschluß der Versammlung angenommen.

III. Durch ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 21. Januar d. J. wird die Versammlung benachrichtigt, daß der mit dem Fischmeister Thies hieselbst, wegen der städtischen Fischereien und Fischhälter bis Michaelis d. J. abgeschlossene Pachtcontract spätestens am 29. März d. J. von dem einen oder dem andern Theile schriftlich gekündigt werden müsse, wenn derselbe nicht als stillschweigend auf ein Jahr verlängert angesehen werden solle. Da der genannte Pächter sich schon bereit erklärt hat, den abgeschlossenen Contract noch auf längere Zeit und zwar auf fernere drei oder sechs Jahre zu halten, so empfiehlt der Stadt-Magistrat:

die Verlängerung des jezt bestehenden Pachtcontracts auf drei oder sechs Jahre.

Inzwischen ist am 15. Februar d. J. von dem Hof-Maurermeister Götter und dem Zimmermeister Hermann, den Eigenthümern des vor dem Eingange in die Stadt am Bruchthore neugebauten Hauses, bei dem Stadt-Magistrate ein Gesuch eingegangen, in welchem dieselben um käufliche Abtretung eines Theils des Terrains bitten auf welchem sich die städtischen Fischhälter befinden; die Abtretung würde sich insbesondere über den der Straße am Bruchthore nächstgelegenen Fischhälter erstrecken. Mittelfst fernerer Schreibens vom 17. v. Mts. ist jenes Gesuch den Stadtverordneten ebenfalls mitgetheilt und sind zwei Situationspläne beigelegt. Aus den letztern ergibt sich, daß der Raum zwischen dem Hilzheimerschen Grundstücke und dem Götter-Hermannschen Hause durch ein hölzernes Stacket und durch eine Mauer von der Straße am Bruchthore getrennt wird. Die gerade Linie, die von dem Punkte, in welchem Stackett und Mauer zusammentreffen, auf die westliche Ecke des Götter-Hermannschen Hauses gezogen würde, würde etwa die Grenze zwischen dem städtischen Terrain, auf welchem die Fischhälter sich befinden, und dem Götter-Hermannschen Grundstücke bilden, so daß das erstere Terrain nach Innen zu breiter wird, als dasselbe an der Straße ist, und um so viel, als dem Götter und Hermann von dem städtischen Terrain abgetreten würde, würde dasselbe nach innen zu schmaler werden. Hierauf gründet sich das Bedenken des Stadt-Magistrats gegen die nachgesuchte Abtretung, weil, wenn die vorhandenen Fischhälter in Zukunft sich nicht mehr so wie jetzt benutzen lassen sollten, das durch die Abtretung verkleinerte städtische Terrain alsdann fast gar nicht mehr nutzbar sein würde, während dasselbe in seiner gegenwärtigen Ausdehnung z. B. die Ausführung eines zurücktretenden Gebäudes mit vorliegendem Gartenraume gestatten würde. Im Interesse der Stadt hält es der Stadt-Magistrat für durchaus nothwendig, die Möglichkeit einer etwaigen anderweiten Benutzung und Verwerthung des städtischen Terrains durch unverkleinerte Conservirung desselben offen zu erhalten.

Nach Mittheilung der vorgeordneten Schreiben des Stadt-Magistrats äußert sich Namens der Finanz-Commission Herr Helfft über diese Angelegenheit. Einverstanden mit dem Stadt-Magistrate ist die Commission darüber, daß es nicht angemessen und zulässig sei, dem Götter und Hermann von dem städtischen Terrain einen Theil käuflich abzutreten. Dieselbe hat sich aber mit den genannten Bittstellern in eine weitere Verhandlung eingelassen und giebt nach Maßgabe derselben der Versammlung anheim:

an den Stadt-Magistrat das Ersuchen zu richten, mit Götter und Hermann auf der einen Seite, und mit dem Pächter der Fischhälter auf der andern Seite, eine Unterhandlung darüber einzuleiten, ob nicht zwischen Beiden ein entsprechendes Abkommen wegen zeitweiliger, pachtweiser Ueberlassung eines Theils des städtischen Terrains erzielt werden könne.

Die käufliche Abtretung wird von keiner Seite aus der Versammlung befürwortet; dagegen sprechen sich die Herren Häusler, Aronheim, Voigt und Fudel für den Commissions-Antrag aus, indem dieselben davon ausgehen, daß Götter und Hermann, welche im öffentlichen Interesse zu dem Baue des Hauses wenigstens aufgemuntert seien, thunlichste Berücksichtigung mit ihren Wünschen verdienten und der

hiesigen Stadt ihr Eigenthum unverloren bleibe, wenn dasselbe nur zeitweilig dem Götter und Hermann überlassen würde; vielleicht würden die Letztern sich dazu verstehen, der Stadt gegenüber an die Stelle des Pächters Thies zu treten und diesem die Fischhälter zu verasterpachten, oder es würden dieselben dem Thies die Vergütung gewähren, welche diesem wegen zeitweiliger Entziehung des einen Fischhälters werden müßte; jedenfalls würden Götter und Hermann nach Ablauf der verabredeten Zeit den denselben überlassenen Grund und Boden der Stadt zur etwaigen anderweiten Verfügung zu räumen haben.

Herr Overbürgermeister Caspari erklärt sich gegen das von der Commission vorgeschlagene Auskunftsmittel: Von dem Stadt-Magistrate sei, in Berücksichtigung der Verhältnisse, unter welchen der Bau von Götter und Hermann unternommen sei, reiflich erwogen, ob deren Wünschen entsprochen werden könne. Halte die Verleumdung mit dem Stadt-Magistrate die käufliche Abtretung von dem städtischen Terrain an Götter und Hermann für unzulässig, so werde dadurch auch eine nur zeitweise Ueberlassung ausgeschlossen. Eine solche könne den genannten Personen nicht genügen, weil dieselben für den Fall einer spätern Räumung in eine ungünstigere Lage gebracht werden würden, als in welcher sie sich jetzt befinden, wenn ihnen die Benutzung des bezeichneten Terrains versagt würde. Nur in der Voraussetzung und in der sichern Erwartung, daß ihnen das einmal zeitweise überlassene städtische Terrain nicht wieder abgenommen werde, könnten Götter und Hermann auf eine Erpachtung sich einlassen. Selbst der klarste und bestimmteste Rechtsvorbehalt, die Räumung dermaleinst verlangen zu können, würde nicht geeignet sein, ein solches wirklich gestelltes und zur Ausfuhrung zu bringendes Verlangen billig erscheinen zu lassen. In solchen und ähnlichen Fällen sei es weit angemessener, etwas Gewünschtes von vorn herein zu versagen, als gemachte Zugeständnisse später zurückzunehmen. Der Stadt-Magistrat könne unmdglich in eine pachtweise Ueberlassung von dem städtischen Terrain an Götter und Hermann willigen, würden dieselben das ganze Terrain käuflich zu einem angemessenen Preise zu erwerben wünschen, so lasse sich darüber weiter verhandeln; für eine weitere Unterhandlung mit Götter und Hermann auf der einen und dem Pächter Thies auf der andern Seite in dem Sinne des Commissions-Antrages seien zur Zeit die nöthigen Anhaltspunkte nicht gegeben, zumal auch nach Inhalt des Schreibens vom 21. Januar d. J. der Pachtcontract mit Thies, weil derselbe vor dem 29. März nicht gekündigt worden, anderweit bis Michaelis k. J. in Kraft und Wirksamkeit getreten sei.

Die Herren Graß und Wieg sprechen sich ebenfalls gegen den Commissions-Antrag aus.

Herr Häusler ist nach dem letzten Theile der Aeußerung des Herrn Overbürgermeisters Caspari der Meinung, daß es für jetzt nur nöthig sein werde, über das Gesuch des Götter und Hermann abzustimmen und daß es den Letztern je nach dem Ausfalle der Abstimmung überlassen bleiben könne, mit ihren weiteren Wünschen an den Stadt-Magistrat sich zu wenden, und damit erklärt sich auch Herr Helfft im Allgemeinen einverstanden.

Der Herr Vorsitzende hält nach den stattgehabten Verhandlungen und da der Pachtcontract mit Thies noch bis Michaelis k. J. gültig und unabänderlich sei, nicht

für zweckmäßig, schon jetzt eine weitere Pachtverlängerung zu beschließen, weshalb er die Frage zur Abstimmung bringen werde, ob die Verhandlung wegen Verlängerung des Pachtcontractes mit Thies für jetzt ruhen bleiben, die Dauer desselben also vorläufig auf die Zeit bis Michaelis 1855 beschränkt sein solle.

Durch die hierauf erfolgende Abstimmung wird das Gesuch von Götter und Hermann im Einverständnisse mit dem Stadt-Magistrate von der Versammlung abgelehnt und ferner beschlossen, dem Stadt-Magistrate auf das Schreiben vom 21. Januar d. J. zu erwidern, daß den jetzt bestehenden Thies'schen Pachtcontract über Michaelis k. J. hinaus zu verlängern nicht für angemessen gehalten werde.

IV. Namens der Finanz-Commission verliest in Abwesenheit des Herrn Grotian der Herr Vorsitzende ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 18. v. Mts., in welchem beantragt wird, die von dem Weinhändler Pappée hieselbst gewünschte Verlängerung des mit Michaelis d. J. ablaufenden Pachtcontractes, wegen des hieselbst am Hagenmarkte belegenen, der »Engel« benannten, städtischen Wein- und Bier-Kellers auf fernere drei Jahre unter den frühern Bedingungen zu genehmigen und knüpft daran die Mittheilung, daß die Commission die Abgabe einer zustimmenden Erklärung empfehle. Die Versammlung erklärt sich darauf mit der proponirten Pachtverlängerung durch Beschluß einverstanden.

V. Ueber ein die in Eisenbüttel belegenen Lohmühlen betreffendes Schreiben des Stadt-Magistrats vom 12. December v. J. erstattet Namens der früher gewählten Commission Herr Häusler der Versammlung Bericht. Nach kurzer Wiederholung der einschlagenden Verhältnisse und der bisherigen Verhandlungen, wie solche insbesondere in der Sitzung am 11. August v. J. schon vorgekommen sind, theilt der Herr Berichterstatter der Versammlung mit, daß die Lohgerbergilde die früher gebotene Vergleichssumme von 1500 fl auf 2000 fl erhöht, auch sich bereit erklärt habe, den Wasserzins mit 180 fl 13 gr 4 d abzulösen, und daß der Stadt-Magistrat dieses Anerbieten zur Annahme empfehle. Die Commission giebt, nach abermaliger Prüfung der Sache, der Versammlung anheim:

im Einverständnisse mit dem Stadt-Magistrate der Lohgerbergilde das Eigenthum an den zu Eisenbüttel belegenen Lohmühlen gegen Zahlung der angebotenen Vergleichssumme von 2000 fl und gegen Ablösung des Wasserzinses zu 7 fl 5 gr 4 d mit 180 fl 13 gr 4 d unter der Bedingung zu überlassen und abzutreten, daß das Vormahlrecht der Mehlmahlmühle zu Eisenbüttel, wie solches gegenwärtig ausgeübt wird, von der Lohgerbergilde ausdrücklich und förmlich anerkannt werde.

Dieser Commissions-Antrag wird von der Versammlung durch Beschluß angenommen.

VI. Die Wahl einer Commission zur Verhandlung über die innere Organisation der Bürgerwehr bleibt bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt, da die heutige Versammlung nicht mehr so vollzählig ist, wie es für jene Zwecke gewünscht wird.

VII. Für die Berathung über die vorliegenden Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt geht die Versammlung zu einer vertraulichen Sitzung über.

Nach Beendigung der vorstehenden Verhandlungen wird, unter Vorbehalt der Vorlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung, die heutige von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Nr. 5.

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 198. der Braunschweigischen Anzeigen.)

1854.

Verhandlungen

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 27. April 1854.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Voigt, Aronheim, Grottrian, Grund, Kellner, Barrentrapp und G. Klotz wird von der Versammlung als entschuldigend angenommen.

Der lezthm eingetretene Tod des Herr Stadt-Directors Bode giebt dem Herrn Viemeg, welcher sich als ältestes Mitglied der Versammlung dazu berufen und gedrungen fühlt, Veranlassung, den hohen Verdiensten des Entschlafenen um das gedeihliche Emporblühen des städtischen Gemeinewesens und um die Förderung der städtischen Interessen, sowie der Bravheit und Tüchtigkeit desselben öffentliche Anerkennung zu zollen.

Zur äußern Darlegung ihrer das Andenken an den Verstorbenen ehrenden Gesinnungen erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

Tagesordnung:

1. Auf Veranlassung eines früher eröffneten Schreibens des Stadt-Magistrats vom 3. Februar d. J. fordert der Herr Vorsitzende die Versammlung auf, drei Mit-

glieder in die Commission zu wählen, welche nach §. 16. des Gesetzes vom 19. März 1850 über den Waffendienst behuf des Gemeindefchutzes die innere Organisation der Bürgerwehr zu bestimmen haben würde.

Die Wahl fällt auf die Herren Bieweg, Graß und Aronheim beziehungsweise mit 17, 16 und 11 Stimmen.

II. Rückfichtlich

der Regelung des Handels mit Brennholz und Torf in hiesiger Stadt, ist die betreffende Commission, welche zu ihren Berathungen die Herren Bieweg, Nieß, Uhde und Rischbieter hinzugezogen hat, nach dem fernern Berichte des Herrn Lissebon zunächst bezüglich des Holzhandels zu folgenden bestimmten Vorschlägen gelangt:

Bei dem feilen Verkaufe von Brennholz in hiesiger Stadt ist, abgesehen von den Wasen, welche wie bisher nach der Stückzahl und nach der augenscheinlichen Beschaffenheit feilgeboten werden dürfen, nur die Anwendung der gesetzlichen Maltermaße zulässig. An den Stadthoren muß ein Jeder, welcher Brennholz in die Stadt einführt, den cubischen Inhalt der Holzmenge, sowie die Gattung des Holzes genau angeben, worauf ein diese Angaben enthaltener Schein, welcher den Beamten und Dienern der Aufsichtspolizei, sowie den Käufern auf Erfordern vorzuzeigen ist, von dem Thor-Controlebeamten ertheilt wird. Verlangt ein Käufer eine Nachmessung des Holzes, so geschieht solche durch beeidigte Messer, welche dafür bei einer Quantität von zwei Maltern und darunter 4 gge, bei einer größern Quantität für jedes weitere Maltern 2 gge mehr als Lohn fordern dürfen. Stimmt die Nachmessung mit den Angaben des Verkäufers nicht überein, so hat der Letztere neben einem entsprechenden Abzuge am Kaufpreise die Lohnbeträge und außerdem noch eine Strafe von 12 gge, beziehungsweise von 1 \mathscr{R} zu zahlen; wenn an einem Malter 5% der Maße und mehr oder 4 Cubikfuß, beziehungsweise 10% und mehr oder 8 Cubikfuß fehlen.

Die Commission empfiehlt diese Vorschläge zur Annahme und verstellt zu weiterer Entscheidung, welcher Casse die Geldstrafen zu überweisen sein würden.

Die Vorschläge wegen der Lösung von Thorzetteln kommen zunächst und getrennt von den weiter folgenden zur Verhandlung.

Herr Graß ist der Meinung, daß die gemachten Vorschläge, soviel die Angabe der Holzquantität und die Lösung eines darüber am Thore auszufertigenden Zettels betreffe, nicht anwendbar seien gegen diejenigen Personen, welche insbesondere den hiesigen Fabriken deren Bedarf an Brennholz zuführten, weil letzteres nicht zum feilen Verkaufe in die hiesige Stadt gebracht würde, vielmehr auf Bestellung geliefertes und schon in den Forsten gemessenes Holz sei und außerdem von den Fabrikhabern nachgemessen und nach dem Resultate dieser Nachmessung angenommen und bezahlt zu werden pflege. Für die Fabrikhaber sei daher die Vorzeigung eines solchen Zettels gleichgiltig und überflüssig und die Vorschrift der Lösung eines solchen auf Seiten der Verkäufer oder deren Fuhrleute ohne Zweck. Jeder andere Käufer oder

Empfänger von Brennholz könne sich dadurch vor Uebervortheilungen und Schaden sichern, daß derselbe von dem Verkäufer die Vorzeigung des empfangenen Zettels verlange, und nur für Fälle dieser Art sei die vorgeschlagene Maßregel von Bedeutung und von Nutzen.

Herr Häusler hält ebenfalls die Declaration der Holzquantität am Thore und die Entgegennahme einer Bescheinigung darüber nicht für angemessen und nothwendig, wenn bestelltes Holz in die hiesige Stadt eingeführt wird. Eine Prüfung in der Beziehung, ob die Angaben der einzuführenden Holzquantität entsprechen, solle am Thore nicht vorgenommen, sondern es solle durch die vorgeschlagene Maßregel nur bezweckt werden, daß die Verkäufer bei dem Feilbieten des Holzes ihren am Thore gemachten Angaben treu bleiben. Dies treffe bei bestelltem Holze nicht zu, wohl aber bei dem zum feilen Verkaufe in die Stadt zu bringenden Holze. Um die Vorschläge der Commission wirksam werden zu lassen, sei aber eine Vervollständigung dahin erforderlich, daß eine angemessene Strafe gegen den Verkäufer angedroht würde, welcher einen solchen Zettel auf Verlangen nicht vorzeigen könnte. Eine derartige Vorschrift würde es überflüssig machen, einem jeden Verkäufer von Holz einen Zettel am Thore aufzudrängen.

Mit dieser von dem Herrn Häusler ausgesprochenen Ansicht übereinstimmend bemerkt noch Herr Oberbürgermeister Caspari, daß wegen der Ausstellung solcher Zettel am Thore mit der Herzoglichen Zoll- und Steuer-Direction werde verhandelt werden müssen. Diese werde gewiß gern bereit sein, zur Ausführung einer Maßregel die Hand zu bieten, welche für eine zweckentsprechende und nothwendige anzuerkennen sei. In dem Umfange aber, in welchem die Commission die Lösung eines Zettels am Thore fordere, erscheine der Vorschlag nicht ganz angemessen. So sei insbesondere in den sehr zahlreichen Fällen, in welchen Holz aus den herrschaftlichen Forsten in die hiesige Stadt eingeführt werde, die Lösung eines solchen Zettels überflüssig, weil der betreffende Fuhrmann einen von dem Forstbeamten über die Quantität und Qualität des Holzes ausgestellten Zettel bekomme. Nur denjenigen Personen sei die Lösung eines Zettels am Thore zur Pflicht zu machen, welche ihr Holz in hiesiger Stadt zum feilen Verkaufe stellen wollten, und damit dieselben dieser Vorschrift nachkommen, müsse eine Strafe für den Fall angedroht sein, daß der Verkäufer einen am Thore gelösten Zettel über Quantität und Qualität seines Holzes nicht vorzeigen könnte.

Die Herren Lissehon, Bieweg und Nieß befürworten wiederholt den Commissions-Antrag, um überhaupt die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßregel durch Gestattung von mehrfachen Ausnahmen nicht illusorisch zu machen. Die Zoll- und Steuer-Direction werde es gewiß nicht ablehnen, die Ausstellung solcher Zettel am Thore anzuordnen, zumal die desfallsige Bemühung der Aussteller nicht erheblich sei. Allenfalls möchte bei den Personen die Ausstellung der Zettel überflüssig sein, welche Holz aus herrschaftlichen Forsten in die Stadt einführen und schon mit gleichen von den Forstbeamten ausgestellten Zetteln versehen seien; sonstige Ausnahmen würden zu Umgehungen der ganzen Vorschrift Veranlassung geben, da es dem Fuhrwerk nicht anzu sehen sei, ob das Holz auf Bestellung oder zum feilen Verkaufe in die hiesige Stadt gebracht werde.

Herr Helfft erklärt sich im Allgemeinen mit der Ansicht des Herrn Graß einverstanden, erblickt übrigens in der Ansicht des Herrn Häusler keine eigentliche Abweichung von dem Vorschlage der Commission; vielmehr werde die Ausführung des letztern durch die von dem Herrn Häusler angegebene Strafbestimmung nur um so besser gesichert, oder vielleicht auch dadurch erreicht, daß dem Verkäufer die Auslieferung des empfangenen Zettels an den Käufer bei einer Geldstrafe von 12 ggr. vorgeschrieben werde.

Herr Denecke macht auf die Verschiedenheit der Holzmaßen aufmerksam, welche hier und in den angrenzenden Hannöverschen Gebietstheilen herrsche, und hält es mit Rücksicht hierauf für angemessener, wenn die Angabe über die Holzquantität nur nach der Zahl der Cubikfüße, und nicht gerade nach der bestimmten Maltermaße gemacht werde, vielleicht dürfte wenigstens neben der Maltermaße noch die Klaftermaße zugelassen werden.

Die Herren Lissebon und Bieweg sind mit dem Herrn Borredner nicht ganz einverstanden, theils weil wohl ein jeder Holzverkäufer wisse, daß ein Malter 80 Cubikfuß enthalte, und das Malter die gesetzliche Landesmaße sei, theils weil die Angabe nur nach Cubikfüßen zu unbestimmt und zu allgemein sei, während Herr Helfft insofern mit Herrn Denecke übereinstimmt, als insbesondere kleinere Holzquantitäten sich nicht leicht auf die Maltermaße zurückführen lassen.

Herr Graß stellt unter Bezugnahme auf seine obigen Äußerungen den förmlichen Antrag:

»diejenigen Personen, welche den hiesigen Fabrikbesitzern Holz liefern, von der Verpflichtung zur Lösung eines Thorzettels auszunehmen.«

Gegen eine solche Ausnahms-Stellung wendet Herr Nieß ein, daß ein gleiches Vorrecht alsdann auch die Brauer in Anspruch nehmen könnten, während Herr Lüdecke jenes Erforderniß der Lösung eines Thorzettels überhaupt nur auf den Marktverkehr beschränkt und z. B. auch die Bäcker demselben nicht unterworfen wissen will.

Nachdem noch Herr Lissebon als Referent den Commissionsvorschlag vertheidigt hat, bemerkt der Herr Vorsitzende, behuf der Abstimmung daß folgende zwei Vorschläge vorliegen, von denen er den ersten zunächst zur Abstimmung bringen werde:

1. Ein Jeder, der Holz in die hiesige Stadt (mit Einschluß des Stadtgebiets) einführt, ist verpflichtet, an den Stadthoren die Quantität und die Qualität des Holzes, die erstere nach der gesetzlichen Maltermaße, genau anzugeben und über seine desfallsigen Angaben eine Bescheinigung sich ertheilen zu lassen, welche dem Käufer oder Empfänger des Holzes, ingleichen den Marktmeistern und sonstigen Controlebeamten auf Verlangen vorzuzeigen ist, es sei denn, daß der Transportirer schon mit einem von dem zuständigen herrschaftlichen Forstbeamten ausgestellten Ladungs-Zettel versehen wäre;

2. die in diesem Vorschlage ausgesprochene Verpflichtung bezieht sich nur auf

Personen, welche Holz zum feilen Verkaufe in die hiesige Stadt einführen.

Von der Versammlung wird der Vorschlag unter *M* 1 mit 10 gegen 9 Stimmen angenommen.

Zum Zwecke vollständigerer Wirksamkeit des angenommenen Vorschlages beantragt Herr Häusler:

„Derjenige, welcher einen der obigen Vorschrift entsprechenden Thorzettel nicht vorzuzeigen im Stande ist, verfällt in eine Geldstrafe von 12 ggr.,“ welcher Antrag mit großer Stimmenmehrheit von der Versammlung ebenfalls angenommen wird.

Die weitem Vorschläge der Commission über die eventuelle Nachmessung durch beeidigte Messer, den für Letztere zu bestimmenden Lohn und die Strafvorschriften in den Fällen, in welchen das Resultat der Nachmessung nicht mit den Angaben des Verkäufers übereinstimmt, geben zu folgenden Verhandlungen Veranlassung:

Herr Grass erblickt eine zu große Strenge darin, daß von dem Verkäufer eine Strafe schon solle gezahlt werden müssen, wenn an einem Malter nur 5 % oder 4 Cubikfuß fehlen würden, und zwar deshalb, weil je nach der Beschaffenheit des Holzes und nach der Art und Weise der Aufmalterung leicht eine so geringe Abweichung von den Angaben des Verkäufers sich ergeben könnte, wegen welcher der Letztere nicht unter allen Umständen für strafbar zu erachten sei. Der Herr Redner beantragt:

eine Strafe erst alsdann eintreten zu lassen, wenn die Differenz 8 % und darüber betrage.

Herr Bieweg theilt mit, daß über diesen Punkt in der Commission verschiedene Ansichten sich geltend gemacht hätten. Im Wesentlichen sei es für die vorgeschlagenen Strafbestimmungen darauf angekommen, die Verkäufer zur genauen, wahrheitsgemäßen Angabe über die Quantität ihres Holzes zu zwingen und schon durch die Strafandrohung die Verkäufer von unrichtigen Angaben abzuhalten und im Publikum größeres Vertrauen und größere Sicherheit zu erlangen, zumal die Nachmessung des Holzes späterhin doch meistens unterbleiben werde. Die Commission sei damit einverstanden, daß die Strafvorschrift wegen einer Differenz von 5 % oder 4 Cubikfuß aufgegeben und nur der Mangel von 10 % oder 8 Cubikfuß mit der vorgeschlagenen Strafe von 1 fl belegt werde.

Durch die Abstimmung wird von der Versammlung dieser zweite Theil der Vorschläge der Commission mit der Modification:

daß nur in dem Falle, wenn an der Maltermasse 10 % oder 8 Cubikfuß und darüber fehlen würden, eine Strafe von einem Thaler angedroht sein soll,

angenommen.

Ueber die Regelung des Torfhandels äußert sich Herr Lissebon Namens der Commission in folgender Weise:

Den gegründeten Beschwerden, zu welchen der Torfhandel in hiesiger Stadt oft Veranlassung gegeben habe, lasse sich nur dadurch abhelfen, daß, wie schon in der Sitzung am 17. Februar d. J. vorgeschlagen worden, bestimmt würde, Torf solle nur nach cubischer Maße verkauft werden dürfen. Es habe sich nach den verschiedenen

Messungen herausgestellt, daß die Torfladungen, welche der hiesigen Stadt zugeführt würden,

- 1) bei schwerem Bactorse etwa 100 Cubikfuß,
 - 2) bei mittelschwerem Stechtorse etwa 175 Cubikfuß, und
 - 3) bei leichtem Stechtorse etwa 240 bis 300 Cubikfuß
- enthielten; zugleich sei ermittelt worden, daß von dem schweren Torse der Cubikfuß etwa 20 Pfund, und von leichtem Torse der Cubikfuß etwa 13 Pfund wiege. In Erwägung dieser Ergebnisse halte die Commission eine Vorschrift des Inhalts für angemessen:

daß die Torverkäufer verpflichtet sein sollen, nur solche Wagen zu führen, die Torladungen von 100, 200 oder 300 Cubikfüßen enthalten.

Zur Ausführung dieser Bestimmung werde es erforderlich sein, daß die Wagen in der Länge und Höhe der Torladung und in der Breite derselben vorn und hinten und oben und unten ein bestimmtes Maß hätten und dieses durch eine Nüchung kenntlich machten. Der cubische Inhalt der Ladung sei am Thore anzugeben und, wie bei dem Holze, zu bescheinigen; eine Nachmessung der Ladung sei am Thore oder durch die Käufer vermittelt Maßstäbe zu ermöglichen, auf welchen die entsprechenden Massen abgetheilt seien. — Für den Kleinverkauf von Torf schlage die Commission vor: den Gebrauch von geachteten Kiepen oder Körben nach dem Inhalte von $2\frac{1}{2}$ und von 5 Cubikfüßen vorzuschreiben. —

Das Abladen des Torfes dürfe nur denjenigen Personen gestattet sein, welche von der Herzogl. Polizei-Direction dazu für geeignet erachtet werden, und sei denselben ganz besonders zur Pflicht zu machen, sich des Zwischenhandels ganz zu enthalten.

Herr B i e w e g bemerkt zu diesen Vorschlägen, daß in dem Publikum von vielen Seiten die beabsichtigte Regelung des Torfverkaufs nach Cubikmaße sehr günstig aufgenommen sei. Was die Preisbestimmung, in Bezug auf welche Herr L ü d ecke eine Anfrage stellt, betreffe, so habe sich nach einer ungefähren Berechnung ergeben, daß 100 Cubikfuß etwa 3000 Stück Torf von der jetzt üblichen gegen früher bedeutend reducirten Größe enthielten. Wenn es nun auch angemessen sei, dieses Verhältniß zwischen dem cubischen Inhalte und der Stückzahl, wie der Herr Vorsitzende anheim gegeben hat, dem Publikum bekannt zu machen, so sei es doch nicht gerathen, darüber in die zu erlassenden statutarischen Bestimmungen eine Andeutung aufzunehmen, um jede Veranlassung zu vermeiden, welche wiederum auf einen Verkauf nach der Stückzahl hinführen könnte.

Hieran anknüpfend, glaubt Herr L i s s e b o n um so mehr die Vorschläge der Commission empfehlen zu dürfen, als die Größe der Torfstücke in den letzten beiden Jahren um etwa 25 % sich verkleinert hat.

Nach einer Mittheilung des Herrn F a b r i c i u s ist bereits in hiesiger Stadt von wenigstens einem Torverkäufer der Versuch gemacht, den Torf nach cubischer Maße zu verkaufen, und würde sich daher der Preis nach solcher Verkaufsweise um so leichter und rascher ganz von selbst feststellen.

Die Versammlung erklärt sich nach dem Resultate der Abstimmung, soviel insbesondere den Verkauf nach gemessenen Kiepen betrifft, unter dem Zusage, daß der Käufer über die Anwendung der $2\frac{1}{2}$ beziehungsweise 5 Cubikfüße enthaltenden Körbe zu bestimmen habe, mit den Vorschlägen der Commission einverstanden.

Diese Beschlüsse sollen nun dem Stadt-Magistrate mitgetheilt und derselbe ersucht werden, der Stadtverordneten-Versammlung den Entwurf zu einem entsprechenden Statute vorzulegen.

Herr Nieß wünscht, daß auch der Handel mit Steinkohlen in hiesiger Stadt auf die Bestimmung eines cubischen Maßes für denselben geregelt werde.

Nach Mittheilung des Herrn Bieweg ist die Frage, ob wegen des Kohlenhandels ebenfalls statistarische Bestimmungen zu erlassen sein möchten, von der Commission in Erwägung gezogen. Von den Steinkohlen, welche hier verkauft wurden, werde der größte Theil aus dem Hannoverschen, ein nicht so großer Theil insbesondere aus dem Bückeburgischen bezogen. In beiden Staaten sei ein sogenannter Balgen das Gemäß für Steinkohlen, jedoch mit dem Unterschiede, daß der Hannoversche Balgen $2\frac{1}{2}$ Cubikfuß, also nahezu 2 hiesige Hinten, der Bückeburgische Balgen aber nur 2 Cubikfuß enthalte. Dieser Unterschied sei hier vielleicht nicht genügend bekannt und die Folge werde davon sein, daß das Publikum die Hannoverschen Steinkohlen über die Gebühr hoch bezahle, da auch diese hier nach dem cubischen Inhalte des Bückeburgischen Balgen verkauft würden. Der letztere entspreche übrigens dem hiesigen landesgesetzlichen Gemäße, welches nach der Maß- und Gewichts-Ordnung vom Jahre 1837 ebenfalls 2 Cubikfuß enthalte. Die Ueblichkeit des Verkaufs von Steinkohlen nach einem Gemäße, welches dem eben erwähnten Gesetze entspreche, habe der Commission keine Veranlassung gegeben, wegen des Kohlenhandels besondere Vorschläge zu machen.

Der Herr Vorsitzende hält es für angemessen, daß das Publikum bei Einführung der neuen Bestimmungen über den Vorhandel auch von der durch den Herrn Vortredner angeedeuteten Art und Weise, in welcher der Handel mit Steinkohlen hier betrieben werde, in geeignetem Wege unterrichtet und auf das gesetzliche Kohलगемäß aufmerksam gemacht werde.

Herr Lissebon will statt des f. g. Balgens lieber den landesgesetzlichen Hinten für den Kohlenhandel hier zur Anwendung gebracht sehen, wünscht aber jedenfalls, daß der Stadt-Magistrat ersucht werde, die Herzogl. Polizei-Direction auch zu einer Revision des Kohलगемäßes bei den Kohlenhändlern zu veranlassen.

III Die vorliegenden Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt, vorberathen von der betreffenden Commission, werden in nicht öffentlicher Sitzung von den einzelnen Commissions-Mitgliedern zum Vortrage gebracht.

Hiernächst wird das Protokoll über die Sitzung vom 6. d. Mts. von dem Protokollführer verlesen und von der Versammlung, abgesehen von einigen Bemerkungen der Herren Häusler und Helfft, nach welchen jenes Protokoll noch modificirt werden soll, genehmigt.

Endlich macht der Herr Vorsitzende der Versammlung einige Mittheilungen des Stadt-Magistrats bekannt:

1. Ein Schreiben vom 12. d. Mts., betreffend die Wahl zweier Stadtverordneten zu dem um die Mitte des Monats August d. J. stattfindenden Militär-Aushebungs-Geschäfte;
der Herr Vorsitzende wird in einer der nächsten Sitzungen die Wahl vornehmen lassen.

2. Ein Schreiben vom 17. d. Mts., betreffend die Anschaffung von zweckmäßigen Kopfbedeckungen für die Sprizenleute, unter Vorlegung zweier Exemplare, wie solche in Hannover und Berlin im Gebrauche sich befinden; der Herr Vorsitzende verweist diese Angelegenheit an die Statuten-Commission.

3. Ein Schreiben vom 22. d. Mts., betreffend die Feuerpolizei-Ordnung, insbesondere die in derselben enthaltenen Bestimmungen über Einrichtung und Anlage der Defen und Schornsteine;

der Herr Vorsitzende verweist auch diese Angelegenheit zur weiteren Berichterstattung an die Statuten-Commission.

Nach Erledigung dieser Vorlagen wird unter Vorbehalt der Vorlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung, die heutige von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

N. 6.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 200. der Braun-
schweigischen Anzeigen.)

1854.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig

am 11. Mai 1854.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protocoll über die Sitzung am 27. v. Mts. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung, abgesehen von einer Erinnerung des Herrn Helfft, in Berücksichtigung welcher jenes Protocoll geändert werden soll, genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Voigt, Vieweg, W. Kloss, Kellner, Ebbbecke, Räche und Röppe wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Vor dem Uebergange zur Tagesordnung trägt der Herr Vorsitzende zwei Schreiben des Stadt-Magistrats vom gestrigen Tage vor.

Mit dem einen ist ein Rescript des Herzogl. Staats-Ministeriums vom 23. v. M. übersandt, inhalts dessen ein Ersatz von 332 fl 15 gg 6 d aus städtischen Mitteln gefordert wird für Gewehre und andere Armaturstücke, welche seit dem Jahre 1848 der Bürgerwehr aus dem Herzogl. Zeughause geliefert sind und auf Anfordern bisher nicht haben zurückgeliefert werden können, — und durch welches zugleich die Zurücklieferung der zur Zeit noch in den Händen der Bürgerwehr befindlichen aus dem Herzoglichen Zeughause empfangenen Gewehre und Armaturstücke binnen 4 Wochen

verfügt ist. Der Stadt-Magistrat glaubt gegründete Einwendungen gegen die obige Ersatzforderung nicht erheben zu können und giebt daher anheim, zur Auszahlung der berechneten Summe aus der Stadt-Casse die Zustimmung zu ertheilen.

Das zweite Schreiben bezieht sich auf die von Herzogl. Staats-Ministerium ver-
fügte Zurücklieferung der jetzt noch in den Händen der Bürgerwehr befindlichen Ge-
wehre und Armaturstücke und enthält das an die Versammlung gerichtete Ersuchen,
in Betreff einer anderweiten Bewaffnung der Bürgerwehr Beschluß zu fassen.

Die erstere Angelegenheit wegen des Ersatzes aus städtischen Mitteln verweist der
Herr Vorsitzende zur Vorprüfung und Berichtserstattung an die Finanz-Commission,
in welche an Stelle des früher schon zeitweilig von den Commissions-Geschäften ent-
bundenen und jetzt auf seinen Wunsch vollständig befreiten Herrn Fabricius durch
Stimmenmehrheit Herr Wankelius von der Versammlung gewählt wird.

In Bezug auf die zweite Angelegenheit, die anderweite Bewaffnung der Bür-
gerwehr betreffend, schlägt der Herr Vorsitzende vor, dieselbe der noch durch zwei zu
wählende Mitglieder zu vergrößernden Commission für die Organisation der Bürger-
wehr zu überweisen, und werden von der Versammlung, nach Genehmigung dieses
Vorschlages, die Herren Rischbieter und Häusler durch Stimmenmehrheit zur
Theilnahme an jenen Verhandlungen bestimmt.

Von den Gegenständen der Tagesordnung kommen folgende zur Verhandlung:

I. Der Antrag auf Erweiterung und Reorganisation der Realschule ist von dem
Herrn Wankelius schriftlich eingebracht.

Der Herr Antragsteller geht bei der Motivirung dieses Antrages insbesondere da-
von aus, daß es eine Pflicht der städtischen Behörden sei, in hiesiger Stadt solche Un-
terrichtsanstalten zu begründen, in welchen die Angehörigen der hiesigen Stadt aus-
reichende Gelegenheit zur Vorbereitung und Ausbildung für ihren demnächstigen bür-
gerlichen Beruf finden könnten. Den Unterrichtszwecken, welchen das hiesige Real-
gymnasium diene und dienen solle, entspreche diese Schulanstalt nicht in genügender
Weise, wie schon daraus hervorgehe, daß lehtthin von dem Director der Anstalt be-
kannt gemacht sei, es könnten nicht alle die Anmeldungen zum Besuche des Realgym-
nasiums berücksichtigt werden. Das Resultat sei nun auch gewesen, daß 23 Schüler,
darunter 8 auswärtige, nicht zum Besuche des Realgymnasiums hätten zugelassen wer-
den können, weil die Anstalt bereits überfüllt gewesen. Hiernach müsse es wünschens-
werth, ja nothwendig erscheinen, zu erwägen, auf welche Weise einer solchen Unvoll-
kommenheit und Mangelhaftigkeit abgeholfen werden könne, zumal die ausgebreitetste
und vollständigste Real-Schulbildung eine bringende und gerechte Forderung der jetzi-
gen Zeit sei.

Der Antrag wird von dem Herrn Vorsitzenden der Commission für Schulsachen
zur Vorprüfung und Berichtserstattung überwiesen.

II. Nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 20. v. Mts. hat der hie-
sige Schul-Vorstand auf verschiedene in der gegenwärtigen Einrichtung der hiesigen
Freischulen nothwendig gewordene Veränderungen aufmerksam gemacht und auf Ver-

willigung der dazu erforderlichen Geldmittel angetragen. Die Vorschläge des Schulvorstandes sind von dem Herzogl. Consistorium genehmigt und von der Armenschul-Deputation ebenfalls befürwortet. Der Stadt-Magistrat erklärt sich mit jenen Vorschlägen einverstanden und stellt dabei nach dem Vortrage des Herrn Uhde, als Referenten der Commission für Schulsachen, die nachfolgenden motivirten Anträge:

1) Die Leitung und Beaufsichtigung auch der Freischulen werde zwar unter den für die sämmtlichen städtischen Schulen zu ernennenden Schuldirektor gestellt werden, indessen sei es doch wünschenswerth, mit der Besorgung einzelner derartiger Geschäfte unter der Oberaufsicht des Schuldirectors je einen der Lehrer an den beiden Freischulen besonders zu beauftragen. Statt einer förmlichen Gehaltszulage werde einem solchen »ersten« oder »dirigirenden« Lehrer für seine desfallsigen Bemühungen eine Remuneration von je 50 fl jährlich zu bewilligen sein.

2) Der Unterricht im Zeichnen sei bisher für beide Freischulen überhaupt nur auf drei Stunden wöchentlich beschränkt gewesen und für denselben ein Honorar von jährlich 30 fl gezahlt. Das Bedürfnis, diesem Unterrichtszweige eine größere Aufmerksamkeit zu schenken, lasse es angemessen erscheinen, für jede der beiden Freischulen wöchentlich zwei Stunden zum Unterrichte im Zeichnen zu bestimmen. Für diesen Fall sei es billig, das Honorar für den Zeichnenlehrer auf jährlich 50 fl zu erhöhen; auch sei es nothwendig, zur Anschaffung von Vorlegeblättern für die Freischule auf der Reichenstraße, zur Ergänzung des Vorraths derselben in der Freischule auf der Leopoldstraße und zur Anschaffung von Modellen für beide Schulen in diesem Jahre 50 fl und künftig für jede Schule jährlich 5 fl aufzuwenden.

3) Für die Schülerinnen der dritten Töchterklasse der beiden Freischulen sei bisher eine Unterbringung in weiblichen Handarbeiten nicht bestimmt, obwohl diese Kinder meistens schon 8 bis 9 Jahre und selbst darüber alt wären. Unter Aufhebung des bisher wenig besuchten Spinnunterrichts, für welchen 24 fl jährlich ausgesetzt seien, werde für zweckmäßig und erforderlich gehalten, auch den Kindern jener dritten Classe Industrie-Unterricht ertheilen zu lassen und die Remuneration der Lehrerin bei 4 Stunden wöchentlich auf 30 fl jährlich für jede Schule festzusetzen.

4) Um eine Trennung der Knaben und Mädchen in den Unterrichtsstunden auch in der Schule an der Leopoldstraße durchzuführen, seien daselbst die nöthigen Localitäten für zwei neue Classen bereits eingerichtet, doch fehle es an zwei Lehrern. Es werde zu diesem Zwecke vorgeschlagen, zweien Seminaristen zweiter Classe mit einer jährlichen Remuneration von je 100 fl die nöthigen Unterrichtsstunden zu übertragen und dem Seminar-Inspector für die demselben daraus entstehende größere Belästigung eine Remuneration von jährlich 30 fl zuzubilligen.

5) Ein geeignetes Mittel, das Ehrgefühl bei den Kindern und bei den Eltern zu erwecken, bestehe darin, daß Prämien ausgesetzt würden, welche in einem gutem Buche oder in einem andern den Kindern nützlichen Gegenstande bestehen und bei Gelegenheit der öffentlichen Prüfungen ausgetheilt werden könnten. Zu diesem Zwecke werde die Verwendung von 20 fl jährlich für beide Freischulen beantragt und ferner noch vorgeschlagen, daß denjenigen Schülern und Schülerinnen der Freischulen, welche zwei Jahre lang die erste Classe der Freischule besucht und das dortige Classenziel erreicht,

auch durch regelmäßigen Schulbesuch, Fleiß, Reinlichkeit und gutes Betragen sich ausgezeichnet haben, die unentgeltliche Aufnahme in die Bürgerschule zugestanden werde.

6) Endlich sei die Anschaffung einer kleinen Schulbibliothek von erheblichem Nutzen und sei es daher nur zu unterstützen, daß zu jenem Zwecke für jede Schule, wie bisher, die eingehenden Schulstrafgelder, eventuell aber, wenn dieselben nicht soviel betragen sollten, 20 R jährlich aus der Casse für kleine Schulbedürfnisse verwandt werden.

Die Commission glaubt dem Schul-Vorstande und dem Stadt-Magistrate die Anerkennung zu Theil werden lassen zu müssen, daß durch alle diese Einrichtungen das Rechte und Zweckmäßige für die Freischulen getroffen sein werde, und empfiehlt der Versammlung:

die nach den vorstehenden Anträgen erforderlichen Geldmittel zur Begründung und Durchführung jener Einrichtungen zu bewilligen.

Nach kurzer Debatte, in welcher von mehreren Seiten die gestellten Anträge befürwortet werden, spricht die Versammlung durch Beschluß:

die Bewilligung der Geldmittel zu dem aufgestellten Zwecke in der beantragten Maße aus.

Die Sitzung wird hierauf unter Vorbehalt der Vorlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 1. Juni 1854.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Kellner, Fabricius, Wieweg und Voigt wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protocoll über die letzte Sitzung am 11. v. M. wird von dem Protocollführer verlesen, und von der Versammlung genehmigt.

Zunächst theilt der Herr Vorsitzende das Schreiben des Stadt-Magistrats vom 23. v. M. mit, mit welchem ein Statut-Entwurf über den Handel mit Brennholz und Torf in hiesiger Stadt übersandt worden ist; diese Angelegenheit wird von dem Herrn Vorsitzenden der Statuten-Commission zur Vorprüfung und demnächstigen Berichtserstattung überwiesen.

Auf Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 8. v. M. berichtet Namens der Finanz-Commission Herr Grotian über die Wiederverpachtung der dem Neustadt-Rathhause anlehnenden Gerechtigkeit des Bier- und Weinschanks an den bisherigen Pächter, Johann Heinrich Meyer jun., von Neujahr 1855 an und giebt der Herr Referent anheim, zur Verlängerung des bestehenden Pachtcontracts unter den

bisherigen Bedingungen, insbesondere gegen Zahlung eines jährlichen Pachtgeldes von 400 P , auf fernere drei Jahre die Zustimmung zu ertheilen; diese Zustimmung wird durch Beschluß der Versammlung ertheilt.

T a g e s o r d n u n g:

I. Auf die Beschlüsse der Versammlung in der Sitzung am 13. Octbr. v. J., rücksichtlich der Feststellung einer neuen Feuerordnung für die hiesige Stadt bezieht sich das Schreiben des Stadt-Magistrats vom 22. April d. J., nach dem Vortrage des Herrn Vorsitzenden Namens der Statuten-Commission sind den städtischen Behörden seitens des Herzogl. Staats-Ministeriums folgende Punkte zur nochmaligen weiteren Erwägung gestellt:

1. Die in den §§. 20. 22. (19. 21) wegen der Brandmauern enthaltenden Vorschriften sollten nach einem frühern vom Herzogl. Staats-Ministerium gebilligten Vorschlage der Herzogl. Bau-Direction dahin ergänzt und modificirt werden:

daß in den näher bestimmten Fällen die betreffenden Theile der Fachwerkswände weggenommen und durch Brandmauern ersetzt werden müssen, — und

daß Brandmauern auf festen sichern Grundmauern herzurichten seien und nur ausnahmsweise bei Veränderungen an der innern Einrichtung alter Gebäude oder bei dem Ausbaue derselben gestattet sein sollte, die Brandmauern der obern Etage auf den darunter befindlichen Fachwerkswänden aufzuführen,

wonach zugleich die Gestattung der Verblendung der Fachwerkswände bei Anlage von Windöfen mit 3 Zoll starken Barnsteinen in den §. §. 22. 48 (21. 45) zurückzunehmen und der entsprechende Schlusssatz in dem letztern Paragraphen zu streichen sein würde.

Mit diesem Vorschlage hatten sich nach Inhalt der Verhandlungen in der Sitzung am 13. Octbr. v. J. der Stadt-Magistrat und die Versammlung nicht einverstanden erklärt und sind die Einwendungen gegen denselben dem Herzogl. Staats-Ministerium vorgetragen; das Letztere hat indessen, da die Herzogl. Bau-Direction wiederholt für die Nothwendigkeit der vorgeschlagenen Ergänzung und Modification sich ausgesprochen hat, den diesseitigen Einwendungen nicht ein entscheidendes Gewicht beilegen können. Nach Lage der Sache hat der Stadt-Magistrat bei der gegenwärtigen Krankheit des Stadt-Baumeisters Köllsch das Gutachten eines andern Bauverständigen eingezogen und seinen Widerspruch gegen den Vorschlag der Herzogl. Baudirection auf Veranlassung eben dieses anderweiten Gutachtens aufgegeben, zugleich jedoch nach Maßgabe dieses Gutachtens zur Beseitigung der Feuergefähr bei Anlage von Öfen in alten Gebäuden eine neue den §. 20 (19) ergänzende Bestimmung des Inhalts in Vorschlag gebracht:

daß es auf vorherige specielle Genehmigung des Stadt-Baumeisters gestattet sein solle, zwischen einem Ofen und einer Fachwerkswand einen Mantel von Eisenblech in entsprechender Form und Beschaffenheit vorzurichten.

Die Commission ist der Meinung, daß dem Vorschlage der Herzogl. Bau-Direction auch Seitens der Versammlung wohl nachgegeben werden müsse, glaubt sich aber dem neuen Vorschlage des Stadt-Magistrats nicht anschließen zu können, da der Mantel von Eisenblech, welcher mehre Luftlöcher bekommen solle und müsse, eine Anhäufung von Staub und Schmutz in dem nicht leicht zu reinigenden Raume zwischen der Fachwerkswand und dem gedachten Mantel möglich mache und somit zur Ansammlung leicht Feuer fangenden Stoffes, gleichwie zu mancherlei Mißbräuchen, z. B. zum Trocknen von Wäsche oder sonstigen nassen Zeuges, Veranlassung gebe.

Die Versammlung beschließt hiernach durch Stimmenmehrheit die Annahme des Vorschlages der Herzogl. Bau-Direction, dagegen die Ablehnung des obigen Vorschlages des Stadt-Magistrats.

2. Für die schon früher von der Herzogl. Bau-Direction vorgeschlagene anderweite Fassung des §. 33 (31) dahin:

daß das Aufsetzen von Schornsteinen auf Gebälke bei Neubauten überall nicht und bei Veränderungen, sowie beim Ausbaue alter Gebäude nur dann gestattet sein soll, wenn dazu vorher (nach dem Zusatzparagraphen 52) die Erlaubniß ausdrücklich erteilt worden,

mit welcher der Stadt-Magistrat sich bereits einverstanden erklärt hat und welche von Herzogl. Bau-Direction wiederholt beantragt, sowie von dem zu Rathe gezogenen Sachverständigen ebenfalls empfohlen ist, spricht sich nunmehr auch die Commission aus; es wird dabei jedoch von derselben in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate in Vorschlag gebracht, daß durch einen entsprechenden Zusatz gestattet werden möge:

den aufzuführenden Schornsteinen einen andern als nur durch massives Mauerwerk, z. B. auch durch eiserne Säulen, gesicherten feuerfesten Unterbau zu geben.

Unter der Voraussetzung, daß dieser letztere Vorschlag berücksichtigt werde, entscheidet sich die Versammlung durch Mehrheitsbeschluß für die Aufnahme der von der Herzogl. Bau-Direction so dringend befürworteten Statutbestimmung.

3. Der §. 39 (37) bestimmt die Wangenstärke der Schornsteine auf drei Zoll; die Herzogl. Bau-Direction fordert dagegen sechs Zoll, jedoch mit der Modification:

daß bei Erneuerung von Schornsteinen in alten Gebäuden, welche eine genügende Unterstützung von unten nicht haben, die Schornsteine nach eingeholter specieller Genehmigung ausnahmsweise mit mindestens 3 Zoll starken Wangen in Cement sollen aufgeführt werden dürfen.

Mit dem Stadt-Magistrate findet auch die Commission gegen jene Aenderung verbunden mit diesem Zusatze nichts zu erinnern, nur daß von der Lehtern statt der Anwendung des Cements die Anwendung von Thon oder Lehm vorgezogen wird, weil nach der näheren Erläuterung des Herrn Warrentrapp Thon oder Lehm für

Mauerwerk, welches der Feuchtigkeit und Nässe nicht ausgesetzt ist, vielmehr einen höhern Wärmegrad soll ertragen können, bessere Bindemittel sind, als Gips oder Cement, welche beide in Wärme oder Feuer sich lösen, in Feuchtigkeit und Nässe aber sich festigen, weshalb denn auch Schornsteine, welche viel Hitze aushalten müssen, stets mit Lehm oder Thon aufgemauert werden.

Durch Mehrheitsbeschluß der Versammlung wird die von der Herzogl. Bau-Direction beantragte Statut-Änderung sammt der Zusatzbestimmung, die letztere jedoch mit der Modification, daß die Anwendung von Cement ausgeschlossen bleibe, angenommen.

Endlich hat noch der Stadt-Magistrat zu dem §. 61 (58), welcher vom Reinigen der Schornsteine handelt, mit Rücksicht darauf, daß die Schornsteinfeger verpflichtet sind, die gebrauchten Schornsteine in bestimmten Zeitabschnitten zu reinigen, einen Zusatz beantragt, welcher lauten sollte:

für die zu entrichtenden Löhne haftet dem Schornsteinfeger der Hauseigenthümer und es werden die auf Anforderung der Ersten nicht sofort entrichteten Löhne gleich den öffentlichen und Gemeinde-Abgaben erecutivisch eingezogen.

Seitens der Commission wird die Aufnahme einer derartigen Bestimmung, welche Herr Grottrian noch dadurch etwas entschiedener ausgedrückt zu sehen wünscht, daß den Schornsteinfegerlöhnen geradezu der Character einer öffentlichen Abgabe beigelegt werde, empfohlen und von der Versammlung mit der von dem Herrn Grottrian vorgeschlagenen Ausdrucksweise genehmigt.

Soviel die genauere Redaction der Feuerordnung nach Maßgabe der heutigen Beschlüsse betrifft, so wird dieselbe der weiteren Verständigung der Commission mit dem Stadt-Magistrate von der Versammlung überlassen.

II. Namens der Finanz-Commission äußert sich Herr Grottrian über ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 10. v. M. Aus diesem Schreiben ergiebt sich, daß in Betreff der in den Jahren 1830 und 1848 aus dem Herzogl. Zeughaufe hieselbst der Bürgerwehr gelieferten Waffen und Armaturstücke, beziehungsweise des für diejenigen Gegenstände, welche sich bei der Zurücklieferung, insoweit diese bis jetzt geschehen, schon als fehlend herausgestellt haben, zu leistenden Ersatzes an Gelde schon die umständlichsten Verhandlungen zwischen dem Herzogl. Staats-Ministerium und dem Stadt-Magistrate stattgefunden haben. Nach Inhalt des Rescripts Herzogl. Staats-Ministeriums vom 23. April d. J. hat das Letztere auf den Ersatz für die fehlenden Stücke der im Jahre 1830 gelieferten Gegenstände verzichtet, dagegen aus dem Jahre 1848 eine Ersatzforderung von 332 R 15 gr 6 q aufgestellt, welche vom Stadt-Magistrate nicht weiter bestritten worden ist, weshalb derselbe der Versammlung anheim giebt, die Auszahlung jener Summe aus der Stadt-Casse zu genehmigen.

Die Commission hält die Ersatzforderung des Herzogl. Staats-Ministeriums, soweit dieselbe aus dem Jahre 1848 herrührt, im Allgemeinen für begründet, wenn-

gleich etwa noch einige Einwendungen gegen dieselbe rücksichtlich derjenigen Armaturstücke, welche nach dem Gesetze vom Jahre 1848 dem ersten Aufgebote der damaligen Volkswehr auf Kosten der Staats-Casse haben geliefert werden müssen, zu machen wären, und glaubt der Versammlung vorschlagen zu dürfen, die Auszahlung der geforderten Summe aus der Stadt-Casse zu bewilligen.

Dem Herrn Graß erscheint die Forderung des Herzogl. Staats-Ministeriums in der Beziehung nicht angemessen und billig, als insbesondere der Preis für die als fehlend aufgeführten 460 Patronentaschen à 5 ggr und 472 Bändeliere à 3 ggr, welche für die Bürgerwehr unbrauchbar gewesen, daher von den Bürgerwehrmännern neu haben angeschafft werden müssen und auch für die Landesregierung nutzlos und unanwendbar seien, zu hoch angerechnet worden, und meint derselbe danach einen Abzug an jener Forderung von etwa 100 fl vorschlagen zu können.

Herr Kronheim betrachtet die Bürgerbewaffnung sowohl im Jahre 1830, wie im Jahre 1848 nicht bloß als Communalache, wünscht insbesondere, daß in der Rückäußerung an den Stadt-Magistrat von der Versammlung ausgesprochen werde, daß die Verzichtleistung des Herzogl. Staats-Ministerium auf die ursprüngliche Ersatzforderung aus dem Jahre 1830 von hier aus nicht als ein Vergleich angesehen werde, erklärt sich im Uebrigen gegen ein weiteres Handeln mit der Herzogl. Landesregierung und hält dafür, daß es für eine Gemeinde Situationen gebe, in welchem es derselben nicht darauf ankommen dürfe, selbst einige hundert Thaler wegzuworfen.

Durch Beschluß der Versammlung wird hierauf die Bewilligung der geforderten Summe von 332 fl 15 ggr 6 q aus der Stadt-Casse ausgesprochen, dabei jedoch zugleich beschlossen, in der Mittheilung an den Stadt-Magistrat die Andeutungen der Herren Graß und Kronheim besonders hervorzuheben.

III. Ein anderweites Schreiben des Stadt-Magistrats vom 10. v. M. nimmt auf die in dem schon vorsehend erwähnten Rescripte vom 23. April d. J. enthaltene Verfügung des Herzogl. Staats-Ministeriums, daß die jetzt noch in den Händen der Bürgerwehr befindlichen, derselben aus dem Herzogl. Zeughause gelieferten Armaturstücke binnen kürzester Frist zurückgegeben werden sollten, Bezug und erklärt der Stadt-Magistrat in demselben, daß die Rücklieferung jener Armaturstücke wohl nicht verweigert werden könne, es jedoch nunmehr darauf ankomme, über eine anderweite Bewaffnung der Bürgerwehr Beschluß zu fassen, in welcher Beziehung an die Versammlung ein entsprechendes Ersuchen gestellt wird.

Nach einem spätern Schreiben des Stadt-Magistrats vom 23. v. M. hat das Commando der Bürgerwehr darauf angetragen, eine Zurücknahme jener Verfügung des Herzogl. Staats-Ministeriums wenigstens auf so lange zu erwirken, bis etwa eine Sistirung oder Aufhebung der Bürgerwehr beschlossen werde.

Als Referent der in der Sitzung am 11. v. M. durch die Wahl noch zweier Mitglieder vervollständigten Commission für die Angelegenheiten der Bürgerwehr theilt der

Herr Graß der Versammlung mit, daß die Commission in ihrer Mehrheit über folgende Punkte sich geeinigt habe:

1) es sei die Rücklieferung der noch in den Händen der Bürgerwehr befindlichen Armaturstücke an das Herzogl. Zeughaus durch das Commando der Bürgerwehr auszuführen;

2) es werde die Bürgerwehr aufgelöst und auf diesen Fall dahin gewirkt, daß die wichtigern Dienstverrichtungen derselben, insbesondere der Feuersdienst, wiederum dem Militair übertragen werde;

3) es werde die Anschaffung von 500 Gewehren auf Rechnung der Stadt-Casse und die neue Organisation einer mit denselben zu bewaffnenden Bürgerwehr, vielleicht in Verbindung mit der hier bestehenden Schützencompagnie, beschlossen.

In einer nähern Motivirung dieser Anträge führt Herr Aronheim aus, daß die geforderte Rücklieferung der Armaturstücke, obwohl die für dieselbe angegebene Veranlassung durchaus unmaßgebend und unzutreffend sei, allerdings nicht verweigert werden könne, — daß aber das Fortbestehen der Bürgerwehr ohne Waffen und unter den Einflüssen, welche von gewissen, dem Institute nicht wohlwollenden Seiten auf dasselbe geübt würden, unmöglich sei, — daß es aber angemessen erscheine, für Fälle des Bedürfnisses und der Noth ein städtisches Waffendepot zu besitzen, um bei einer etwaigen Bürgerbewaffnung in dieser Beziehung nicht wieder auf die Aushilfe des Staats angewiesen zu sein.

Herr Häusler, welcher als Mitglied jener Commission deren Anträge auf Auflösung der Bürgerwehr nicht beigetreten ist, hält nach seinem Separatvotum dafür, daß augenblicklich wenigstens nicht der richtige Zeitpunkt sei, eine Auflösung der Bürgerwehr auszusprechen, und daß dieselbe einstweilen noch, schon um die nothwendige Reorganisation derselben zu erleichtern, erhalten werden müsse.

Die Herren Steinmeyer, Uhde und Jüdel erachten es für bedenklich, ein städtisches Waffendepot anzulegen, ehe eine neue Bürgerwehr organisiert worden und dadurch festgestellt ist, welchen Personen solche Waffen zum Schutze der Gemeinde anvertraut werden sollten, und mit Rücksicht hierauf stellt Herr Uhde gegen den dritten Vorschlag der Commission den Antrag:

den Stadt-Magistrat zu ersuchen, behuf Neubildung einer Bürgerwehr für die hiesige Stadt und deren Organisation die nöthigen Anordnungen zu treffen, beziehungsweise die geeigneten Vorschläge zu machen, zu diesem Zwecke auch in Erwägung zu ziehen, ob nicht etwa eine entsprechende Vergrößerung der jetzt bestehenden Schützencompagnie zweckmäßig und ob diese Maßregel gesetzlich zulässig sei, — zugleich aber dem Stadt-Magistrate die Bereitwilligkeit der Versammlung zu der Verwilligung der zur Anschaffung von 500 Gewehren erforderlichen Summe aus der Stadt-Casse, sobald die Verhandlungen über die Neubildung der Bürgerwehr zu dem Punkte gediehen sein werden, daß die Zweckmäßigkeit einer solchen Verwendung sich ergeben lasse, zu erkennen zu geben.

Bei der Abstimmung werden hierauf die ersten beiden Anträge der Commission mit großer Stimmenmehrheit angenommen, dagegen wird der dritte Commissions-Antrag mit 13 unter 20 abgegebenen Stimmen abgelehnt und statt desselben der obige Antrag des Herrn Uhde mit Stimmenmehrheit angenommen.

IV. Auf Antrag des Stadt-Magistrats in einem Schreiben vom 13. v. Mts. wird nach der Befürwortung desselben durch den Herrn Graß Namens der Bau-Deputation von der Versammlung beschlossen, die zur Anlegung eines Brunnens neben dem Pflege- und Armenhause erforderliche Summe von 283 fl 18 gg 4 d aus der Stadt-Casse zu verwilligen und damit das Ersuchen an den Stadt-Magistrat zu verbinden, daß eiserne Leitungsröhren von ausreichender Weite zu der Brunnen-Anlage verwendet werden.

V. In einem fernern Schreiben vom 23. v. Mts. spricht sich der Stadt-Magistrat nach dem Referate des Herrn Graß, Namens der Bau-Commission für die Gewährung eines Gesuchs des Directoriums der Braunschweigischen Bank aus, welches beabsichtigt, an dem Platze, auf welchem früher das Gasthaus zur »Stadt Hamburg« gestanden, an der Stelle der jetzt daselbst befindlichen, zum Abbruche angekauften Häuser N 458 an der Steinstraße und N 498 A an der Südstraße ein Gebäude aufzuführen zu lassen, welches den ganzen Raum zwischen der Steinstraße und der Südstraße einnehmen soll, um mit diesem Gebäude 4 Fuß weit in den Platz hinauszurücken. Außerdem wünscht das Bank-Directorium die fernere Ueberlassung eines Flächenraums von jenem Platze in der gleichen Breite von 4 Fuß, um vor dem neuen Bankgebäude Anpflanzungen anzubringen, welche geeignet wären, die schiefe Ebene einigermaßen zu verdecken, — ein Wunsch, welcher nach Ansicht des Stadt-Magistrats einer spätern Entscheidung nach Vollendung des Bankgebäudes vorbehalten bleiben soll, zumal derselbe demnächst auf eine anderweite Bestimmung über die Herstellung des ganzen Platzes selbst von Einfluß sein könnte.

Die Commission erklärt sich mit dem Stadt-Magistrate in beider Beziehung einverstanden, stellt danach an die Versammlung den entsprechenden Antrag, knüpft daran jedoch die dem Bank-Directorium für die unentgeltliche Ueberlassung des erstgedachten 4 Fuß breiten Straßenraums die Bedingung: daß das neue Gebäude an der Südstraße um zwei Fuß hineingerückt werde, um eine Verbreiterung dieser Straße auch an dieser Seite anzubahnen, wie mit einer solchen schon auf der entgegengesetzten Seite nach dem Wilhelmithore zu der Anfang gemacht sei.

Die gestellte Bedingung wird von den Herren Kronheim, Oberbürgermeister Caspari, Häußler und Steinmeyer hauptsächlich deshalb angefochten, weil gar nicht in Aussicht stehe, daß eine solche Verbreiterung der Südstraße in einer nicht allzu entfernten Zukunft werde durchgeführt werden, und daher auf lange Zeit durch das Zurücktreten des Bankgebäudes an der Südstraße ein arger Schmutzwinkel entstehen werde.

Ungeachtet der sehr dringenden Empfehlung des Herrn Voigt, bei dem bevorstehenden Bau des Bankgebäudes auf eine Verbreiterung der Südstraße für die Zu-

kunst Bedacht zu nehmen, zumal nach Ansicht des Architekten, welcher den Plan zu jenem Gebäude angefertigt habe, das Zurücktreten desselben um 2 Fuß für die Ausführung des Baues und die Nutzbarkeit des Gebäudes ganz unwesentlich sei, beschließt die Versammlung

die Annahme des Commissions-Antrages ohne die vorgeschlagene Be-
dingung.

Endlich kündigt der Herr Vorsitzende den Eingang eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 28. April d. J. an, mit welchem der Entwurf einer Bauordnung für die hiesige Stadt übersandt ist, und überweist dasselbe mit dem Entwurfe der Statuten-Commission zur Vorprüfung und demnächstigen Berichtserstattung.

Auf eine nachträglich eingegangene Entschuldigung des Herrn Röpk e wegen seines Nichterscheinens in der heutigen Sitzung wird dessen Abwesenheit von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Die Abwesenheit des Herrn R ä c k e ist unentschuldigt geblieben.

Hierauf wird die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden D e s t e r r e i c h geschlossen.

N^o 8.(Fortsetzung der Beilage zu N^o 218. der Braunschweigischen Anzeigen.)**1854.****Verhandlungen**

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 15. Juni 1854.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Fabricius, Voigt, Kellner, Röppke und W. Kloss wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protocoll über die letzte Sitzung am 1. d. M. wird von dem Protocollführer verlesen, und von der Versammlung genehmigt.

Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen:

1. Namens der Finanz-Commission erstattet Herr Helfft Bericht über ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 28. April d. J., in welchem es sich um den Ankauf der Häuser N^o 129¹ u. ¹¹ am Brüdern-Zeughofe zum Zwecke des Abbruchs handelt. Die beiden Gebäude trennen den Brüdern-Zeughof von der Schützenstraße, der Entwerte schräg gegenüber, und enthalten eine Durchfahrt, vermittelt welcher jener Hofraum von der Straße ab zugänglich wird. Da der Zeughof sowohl von dieser Seite, als an den Zugängen von der Kannengießerstraße und von der Straße »hintern Brüdern« her schon lange nicht mehr verschlossen wird und werden kann und wegen des dort befindlichen Magazin-Gebäudes, insbesondere auch von Fuhrwerk ziemlich stark benutzt wird, so ist derselbe mehr schon als öffentliche Straße betrachtet, auf öffentliche Kosten beleuchtet und zur Pflasterung bestimmt. Um den Zeughof diesem öffentlichen Zwecke besser dienstbar zu machen, den Zugang zu demselben von der Schützenstraße zu erweitern und denselben durch Beseitigung einiger zu Verstecken mißbraucher Winkel übersichtlicher werden zu lassen, hält der Stadt-Magistrat den Ankauf und Abbruch

obiger Häuser für wünschenswerth. Seitens der Herzoglichen Landesregierung, unter deren Verwaltung und Nutzung sowohl die Magazin-Gebäude als die Häuser *N* 129¹ und ¹¹, die gleichwohl zu dem großen städtischen Aerare gehören, stehen, ist zu diesem Plane die Genehmigung ertheilt. Die Ausführungskosten würden, unter Berechnung einiger Verwendungen und Vortheile, eine Capitalsumme von 375 \mathfrak{R} erreichen und giebt der Stadt-Magistrat der Versammlung anheim, diesen Kostenbetrag, unter den näher hervorgehobenen Bedingungen aus der Stadt-Casse zu bewilligen.

Die Commission ist der Meinung, daß mit dem Ankaufe und dem Abbruche der bezeichneten Häuser *N* 129¹, ¹¹ nicht viel genützt werde, weil an einer andern Stelle, ziemlich auf der Mitte des Zeughofes, durch das Hineintreten des Magazingebäudes in den Hofraum die Durchfahrt schmäler sei und bleibe, als der Zugang zu dem Zeughofe von der Schützenstraße her, und die auf dem Zeughofe vorhandenen Schlupfwin-
kel durch den Abbruch jener Häuser nur vielleicht um einen vermindert würden, — daß im Uebrigen die Auffahrt auf den Hof von der Schützenstraße her weit genug sei und der zunächst gelegene Hofraum wohl das Umwenden mit einem Wagen gestatte. Die Commission glaubt unter solchen Umständen den Antrag des Stadt-Magistrats nicht zur Annahme empfehlen zu können.

Die Angelegenheit wird von der Versammlung ausführlicher besprochen, wobei die Herren Häußler, Graß und Steinmeyer mit dem Stadt-Magistrate, dagegen die Herren Bieweg, Fudel und Lissebon mit der Commission übereinstimmend sich erklären, und schließlich im Einverständnisse mit der Versammlung von dem Herrn Vorsitzenden bis zu einer der nächsten Sitzungen vertagt, um inzwischen den Mitgliedern der Versammlung Gelegenheit zu geben, durch eigne Anschauung der Localität eine bestimmte Meinung sich zu bilden.

II. In einem anderen Schreiben des Stadt-Magistrats vom 16. v. Mts., welches ebenfalls der Finanz-Commission zur Vorprüfung vorgelegen hat, und über dessen Inhalt Namens der Commission Herr Helfft Vortrag macht, handelt es sich um den Ankauf und Abbruch der am Brüdern-Kirchhofe unter den Nummern 55, 56 und 57 belegenen Häuser. In Verfolgung dieses Planes ist bereits im Jahre 1847 das Haus *N* 55 mit den Geldmitteln der Brüdernkirche für 736 \mathfrak{R} angekauft und bezahlt und einstweilen an den Besitzer des Hauses *N* 56 für 29 \mathfrak{R} jährlich vermietet. Jetzt hat der Provisor an der Brüdernkirche dem Stadt-Magistrate angezeigt, daß die bereits 62 Jahre alte Eigenthümerin des Hauses *N* 57 geneigt sei, ihr Haus gegen Uebernahme der auf demselben haftenden Hypothek zu 600 \mathfrak{R} in Golde und 100 \mathfrak{R} in Courant und gegen Zusage einer lebenslänglichen Rente von 24 \mathfrak{R} käuflich abzutreten. Diese Kaufbedingungen hält der Stadt-Magistrat nicht für unvortheilhaft; es berechnet derselbe jedoch die Ausgabe für den Ankauf aller drei Häuser, wenn nämlich auch der Besitzer des Hauses *N* 56 demnächst noch für einen Verkauf seines Hauses sich entschließen würde, auf mehrere Tausend Thaler und stellt zur Erwägung, ob ein solcher Aufwand zweckentsprechend erscheinen werde. Nach Ansicht des Stadt-Magistrats wird durch den Abbruch der drei Häuser ein eigentlicher Nutzen nicht erreicht, da die Häuser hintern Brüdern an mehreren Stellen näher zusammentreten, als gerade an dieser Stelle; nur der Kirchhof würde durch die Hinwegnahme der Häuser größer und freier werden. Eine Verschönerung wird aber, wie der Stadt-Magistrat ferner meint, in diesem Falle auch nicht erzielt werden, weil zur Zeit durch die auf dem

Kirchhofe vorhandenen Anpflanzungen manche Mängel verdeckt, demnächst aber auch durch die Blossstellung der sonstigen Gebäude dem Kirchhofe keine schönere Umgebungen geschaffen würden. Hiernach erachtet der Stadt-Magistrat das zum Zwecke des Ankaufs und Abbruchs der Häuser N 55, 56 und 57 auf die Stadtcasse zu übernehmende Opfer immerhin für sehr bedeutend, erklärt übrigens, einem mit dieser Ansicht nicht übereinstimmenden Beschlusse der Versammlung nicht entgegen sein zu wollen.

Die Commission theilt die Bedenken des Stadt-Magistrats gegen die Verwendung einer nicht unerheblichen Summe zum Ankaufe und Abbruche der bezeichneten drei Häuser, weil dadurch ein wirklicher Nutzen nicht gestiftet und eine eigentliche Verschönerung wenigstens nicht in einem dem Kostenaufwande entsprechenden Verhältnisse erreicht werde.

Herr Bissebon und mit demselben die Herren Graß, Bieweg, Häusler und Kronheim erklären sich für eine weitere Verfolgung des durch den Ankauf des Hauses N 55 bereits eingeleiteten Planes, die Häuser N 55, 56 und 57 demnächst, sofern sich auch zu dem Erwerbe der letztern beiden Häuser eine günstige Gelegenheit dargeboten haben würde, abbrechen zu lassen, um, wenn dadurch auch nicht gerade einer Verbreiterung der Passage genützt werde, doch eine Verbesserung und Verschönerung des Brüdern-Kirchhofes zu veranlassen und anzubahnen, weil solche immerhin den Erfolg haben könne und werde, daß auch die Besitzer der umliegenden Gebäude eine größere Sorgfalt auf die Verbesserung und Verschönerung ihrer Häuser verwenden würden, — und sprechen sich dieselben aus dieser Rücksicht dafür aus, daß die zur Zeit dargebotene Gelegenheit zum Ankaufe des Hauses N 57 unter den nicht ungünstigen Bedingungen benützt werde.

Nachdem noch die Herren Fudel und Helfft ihre entgegenstehenden, also mit dem Stadt-Magistrate und der Commission mehr übereinstimmenden Ansichten geäußert haben, wird zur Abstimmung geschritten und von der Versammlung durch Stimmenmehrheit beschlossen:

dem Stadt-Magistrate den Ankauf des Hauses N 57 unter den angebotenen Bedingungen auf Kosten der Stadtcasse zu empfehlen, demselben dabei jedoch zu erklären, daß mit dem Abbruche der hiernach angekauften, resp. anzukaufenden Häuser N 55 und 57 bis zu erfolgter weiterer Vereinbarung Anstand genommen werden möge.

III. In der Sitzung der Stadtverordneten am 19. Januar d. J. ist die vom Stadt-Magistrate mittelst Schreibens vom 14. jenes Monats in Anregung gebrachte Erneuerung der Adreßtafeln an den Straßen in hiesiger Stadt auf Veranlassung einiger besonderer desfallsiger Vorschläge, der Statuten-Commission zur Vorprüfung und demnächstigen Berichtserstattung überwiesen.

Die Commission spricht sich durch ihren Referenten, Herrn Kronheim, für eine ganz neue Numerirung der Häuser und für eine damit in Verbindung gebrachte Vervollständigung der Straßenschilder aus und erläutert diesen Antrag durch folgende weitere Ausführung:

Die gegenwärtig vorhandenen Hausnummern, welche fast durch die ganze Stadt fortlaufen, seien in ihrer Reihenfolge so zerstreut, daß es den Fremden und selbst den hiesigen Einwohnern nicht leicht möglich, jedenfalls nicht bequem sei, aus der Hausnummer die Lage eines Hauses in der Stadt zu erfahren. Diesem Uebelstande sei

nur dadurch abzuheffen, daß, wie solches in vielen andern Städten schon geschehen sei, die an einer einzelnen Straße oder an einem öffentlichen Plage befindlichen Häuser eine in der Art in sich abgeschlossene Nummernfolge bekommen, daß bei der Numerirung der Häuser an jeder Straße und an jedem öffentlichen Plage mit »eins« angefangen und mit der Nummer aufgehört werde, welche die Gesamtzahl der Häuser ergeben würde. Sollte eine derartige Numerirung der Häuser deshalb für bedenklich erachtet werden, weil unter den jetzigen Nummern die Häuser in den Hypothekenbüchern und Brandversicherungs-Catastern aufgeführt worden, so sei dazu keine genügende Veranlassung vorhanden, indem die jetzigen Nummern nicht beseitigt zu werden brauchten, sondern neben den neuen Nummern beibehalten werden könnten. Eine nähere Bestimmung darüber, wie mit der Numerirung der Häuser nach der vorgeschlagenen neuen Methode verfahren werden solle, ob es z. B. angemessen sei, die Nummernfolge über zwei oder mehre in gerader Richtung fortlaufende Straßen fortzuführen, den Häusern auf der einen Seite der Straße die ungleichen und auf der andern Seite der Straße die gleichen Nummern zu geben, und dergl. mehr, müsse einer spätern Vereinbarung vorbehalten bleiben. Nur ergebe sich aus der Einführung der vorgeschlagenen neuen Numerirung der Häuser, um dieselbe gehörig brauchbar zu machen, die weitere nothwendige Folge, daß die Adreßtafeln an den Straßenecken zugleich die Hausnummern ersehen lassen, welche auf jeder Straßenseite befindlich seien. Insofern stehe gerade die Erneuerung der Straßenschilder mit der vorgeschlagenen Numerirung der Häuser in genauer Verbindung. Was aber in dieser Beziehung geschehen solle, müsse auf einmal ausgeführt werden, die dadurch erwachsenden Kosten würden rücksichtlich der Adreßtafeln aus der Stadtcasse zu bestreiten, rücksichtlich der einzelnen Hausnummern aber von den betreffenden Hauseigenthümern zu übernehmen sein.

Der solchergestalt erläuterte Antrag wird von der Commission der Versammlung zur Annahme und Mittheilung an den Stadt-Magistrat empfohlen.

Von den Herren Häusler, Graß, Bieweg und Niefz wird der Antrag im Allgemeinen unterstützt, derselbe auch von der Versammlung angenommen und dessen Mittheilung an den Stadt-Magistrat beschlossen, nachdem eine nähere Erörterung des Antrages bis zum Eingange einer Erklärung des Stadt-Magistrats ausgesetzt worden ist.

Uebrigens giebt die Versammlung nach einem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden der Bau-Commission Vollmacht, mit dem Stadt-Magistrate über die Wahl der Form, der Farbe, der Schrift u. für die Adreßtafeln in Verhandlung zu treten, gestattet aber die vorläufige Aeußerung etwaiger Wünsche in Betreff einzelner, auf diese Angelegenheit bezüglicher Punkte, damit dieselben von der Bau-Commission berücksichtigt werden können.

Herr Barrentrapp nimmt daraus Veranlassung, einige Vorschläge rücksichtlich der Straßenschilder zu machen. Diese, meint der Herr Redner, würden am vortheilhaftesten aus Gußeisen mit erhabener Schrift herzustellen sein; das Material sei fast unvergänglich, die Anfertigung nicht zu schwierig, da die erhabene Schrift nach Mollen leicht zum Guß zu formen sei, auch nach Verhältniß nicht zu kostspielig, endlich könne die hervortretende Schrift auf einfachem Wege durch Farbe erkennbar gemacht und die Färbung erneuert werden. Zu empfehlen sei ferner, daß der Name der Straße ohne Abkürzung und Unterbrechung auf den Adreßtafeln zu lesen sei. Die Anfangs-

und End-Nummern der ganzen Häuserreihe, welche ebenfalls an den Straßenecken zu finden sein müßten, würden vielleicht besser von den Straßenschildern getrennt zu halten sein und könnten etwa in Zinkguß angefertigt werden. In ähnlicher Weise, wie hier angedeutet, sei in Frankfurt am Main mit der Bezeichnung der Straßen und Nachweisung der Häuser verfahren.

Herr Biweg erklärt sich mit diesen eben gemachten Vorschlägen im Wesentlichen einverstanden und hält die gußeisernen Adreßtafeln in Erwägung der Dauerhaftigkeit nicht für zu kostspielig, wenn auch die erste Anschaffung einen größeren Kostenaufwand verursache.

IV. Ein von dem Herrn Arnheim eingebrachter Antrag auf Revision des Droschken-Reglements vom 31. März 1852 ist in der Statuten-Commission einer weitern Vorprüfung unterzogen und erstattet der Herr Antragsteller selbst als Referent Bericht über die stattgehabten Commissions-Verhandlungen:

Die Commission hat bei wiederholter Prüfung der Reglements-Bestimmungen die Ueberzeugung gewonnen, daß dieselben im Allgemeinen angemessen seien und bei einer strengen Handhabung und Durchführung Seitens Herzoglicher Polizei-Direction, welche bisher nicht erkennbar geworden sei, dem öffentlichen Zwecke des Droschkenwesens wohl entsprechen würden; rücksichtlich dieses letzten Punkts aber trägt die Commission darauf an:

den Stadt-Magistrat zu ersuchen, bei Herzoglicher Polizei-Direction auf eine strengere und energischere Handhabung und Durchführung des Droschken-Reglements, insbesondere hinsichtlich der Vertheilung der Droschken auf die verschiedenen Halteplätze hinzuwirken.

Sodann glaubt die Commission zu dem Zwecke, um die Droschkenhalter auf einen etwas bessern Verdienst, als die zumal bei hohen Pferde- und Fourage-Preisen geringe Fahrtare möglich mache, in die Lage zu bringen, auf ihr Fuhrwerk eine größere Sorgfalt und Aufmerksamkeit zu verwenden und dasselbe möglichst gut und anständig einzurichten und zu erhalten, der Versammlung empfehlen zu müssen: einzelne Sätze der Fahrtare um etwas zu erhöhen.

In dieser Beziehung hebt die Commission hervor:

- 1) die Fahrten zwischen dem Eisenbahnhofe und der Stadt, sofern es sich um Beförderung der Personen handelt, welche mit den Eisenbahnzügen abfahren wollen oder ankommen. Die Fahrt an und für sich werde eine längere Zeit als 15 Minuten nicht in Anspruch nehmen, allein es entstehe mancher andere Aufenthalt, insbesondere durch Einladung und Ausladung des Gepäcks, und dadurch werde meistens der Zeitraum von 15 Minuten überschritten. Es sei daher angemessen und billig, für solche Fahrten die Fahrpreise zur Anwendung zu bringen, welche für Fahrten über 15 Minuten bis zu 30 Minuten bestimmt seien;
- 2) die Fahrten nach Punkten außerhalb der Thorbarrieren, wenn solche auch noch auf dem Stadtgebiete belegen sind. Bei dergleichen Fahrten gebe dem Droschkenführer insofern Zeit und Verdienst verloren, als derselbe eine weitere und zur anderweiten Benützung weniger geeignete Rückfahrt habe. Auch für diese Fälle erscheine es angemessen und billig, statt der bloß für

die Dauer der Fahrzeit berechneten Fahrpreise etwas höhere Sätze an-
nehmen, und zwar entweder die Fahrpreise für Zeitfahrten über 15 Minu-
ten bis zu 30 Minuten oder doch einen entsprechenden Mittelsatz.

Die Commission giebt der Versammlung anheim:

diese Vorschläge dem Stadt-Magistrate zur Erwägung und Berücksichti-
gung mitzutheilen.

Die von der Commission gestellten Anträge und Vorschläge werden von den Her-
ren Helfft und Bieweg unterstützt und von der Versammlung durch Beschluß an-
genommen.

Nach der Verhandlung über einige andere Angelegenheiten in nicht öffentlicher
Sitzung wird die heutige Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in
der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig

am 17. Juni 1854.

Der Herr Vorsitzende De Sterreich eröffnet die Sitzung und trägt sofort in Bezug auf den für heute angekündigten Gegenstand:

die Feststellung der Besoldung des Vorstehers des Stadt-Magistrats betreffend,

der Versammlung vor:

Bei den eigenthümlichen Verhältnissen, unter welchen vor einigen Jahren dem gegenwärtigen Vorsteher des Stadt-Magistrats dieses Amt übertragen worden, sei die Besoldung desselben auf den Betrag von jährlich 1500 fl neben freier Wohnung provisorisch festgestellt. Auf Veranlassung der Vorschrift im §. 72 der revidirten Städteordnung habe der Stadt-Magistrat schon vor längerer Zeit der Versammlung einen Statut-Entwurf mitgetheilt, durch welchen unter gesetzlicher Mitwirkung der Stadtverordneten (St.=D. §. 46 N^o 3) die Gehalte und Entschädigungen der Gemeindebeamten, Hilfsbeamten und Gemeindediener festgestellt werden sollten, indessen sei dieser Entwurf, weil einige Aenderungen darin vorgenommen werden sollten, einstweilen wieder zurückgezogen. Da sich nun aber die neue Vorlage noch etwas verzögern könnte, jedenfalls die endliche Vereinbarung darüber in kürzerer Frist nicht erfolgen werde und mehrseitig die Meinung sich kund gegeben habe, daß es nicht angemessen sein werde, die Feststellung einer den Verhältnissen entsprechenden Besoldung für das Amt des Vorstehers des hiesigen Stadt-Magistrats weiter hinaus zu setzen, und auch kein Bedenken entgegenstehe, diese Angelegenheit schon vor der Berathung des obgedachten Statuts zu ordnen, so trage er darauf an: über diesen Gegenstand in Berathung zu treten und die Besoldung des Vorstehers des Stadt-Magistrats auf jährlich 2000 fl neben freier Wohnung vom 1. Juli d. J. an festzustellen.

Der beantragte Gehaltsbetrag werde angemessen und am wenigsten zu hoch gegriffen erscheinen, da mit dem Amte des Vorstehers des hiesigen Stadt-Magistrats ein wichtiger und großer Geschäftskreis verbunden sei und auch dafür, daß der Magistrats-Vorsteher in den gesellschaftlichen Verhältnissen die gebührende Stellung einnehmen könne, gesorgt werden müsse. Wenn darüber kein Zweifel bestehe, daß die jetzige Dotirung des Amts als eine ausreichende nicht könne bezeichnet werden, so fürchte er nicht, daß sein Antrag Widerspruch finden werde, zumal in andern Städten von etwa gleicher Größe und Bedeutung, wie Braunschweig, dem ersten Gemeindebeamten gleich hohe und höhere Besoldungen ausgesetzt seien, da ferner der vorgeschlagene Betrag mit den Besoldungen der höhere hiesigen Staatsbeamten nicht im Mißverhältnisse stehe, — und daß der jetzige Vorsteher des Stadt-Magistrats seinem schwierigen Amte mit eben so großer Liebe als anerkennungswerthem Eifer und Erfolge sich widme, von Niemandem werde bestritten werden.

Der Antrag des Herrn Vorsitzenden erfährt von keiner Seite Widerspruch, wird vielmehr von den Anwesenden durch einstimmigen Beschluß, erklärt durch Erhebung von ihren Plätzen, angenommen.

Die Sitzung wird hierauf von dem Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung geschlossen.

N^o. 10.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o 221. der Braunschweigischen Anzeigen.)

1854.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 27. Juli 1854.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Protocolle über die Sitzungen am 15. und 17. v. Mts. werden von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Uhde, Räche, Bieweg, Helfft, Warrentrapp, G. Kloss und Lobbbecke wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Der Herr Vorsitzende macht zunächst der Versammlung ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 12. d. Mts., die Organisation einer neuen Bürger-Bewaffnung, behuf etwa nöthiger Dienstleistungen zum öffentlichen Schutze in hiesiger Stadt betreffend, bekannt, welche Angelegenheit der früher (sfr. Sitzung am 11. Mai d. J. und am 1. v. M.) für diesen Zweck bestimmten Commission von dem Herrn Vorsitzenden zur Vorberathung und demnächstigen Berichtserstattung überwiesen wird.

Tagesordnung:

I. Auf Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 12. April d. J. werden zu der gesetzlich vorgeschriebenen Vertretung der Versammlung bei der Untersuchung der diesjährigen und der aus den Vorjahren zurückgesetzten Militairpflichtigen und bei der Loosung der Dienstfähigen in den Terminen am 15., 16., 17. und 18. k. Mts. die Herren Fabricius und Nischbieter durch Stimmenmehrheit ge-

wählt und wird Herr Steinmeyer, auf welchen die nächstfolgend meisten Stimmen gefallen sind, dazu bestimmt, im Falle der Behinderung des Einen, oder des Andern der beiden Gewählten, den Verhandlungen in den obigen Terminen beizuwohnen.

II. Nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 12. Juni d. J., ist der zwischen der Bürgerschule östlichen Bezirks und dem Schneidermeister Heinrich Schrader hieselbst abgeschlossenen Pachtcontract, über zwei Kellerräume in dem Gebäude jener Schule mit Ostern d. J. abgelaufen und wünscht der genannte Pächter, den Contract unter den frühern Bedingungen, insbesondere gegen Zahlung eines Pachtgeldes von jährlich 14 fl , auf fernere drei Jahre von Ostern d. J. angerechnet bis Ostern 1857 fortzusetzen. Der Stadt-Magistrat giebt der Versammlung anheim, zu einer solchen Prolongation des Pachtcontracts die Zustimmung zu ertheilen, und wird letztere auch auf desfalligen Antrag des Herrn Grottrian, Namens der Finanz-Commission durch Beschluß der Versammlung ausgesprochen.

III. In einem fernern Schreiben des Stadt-Magistrats vom 12. v. M., handelt es sich um die Verlängerung eines zwischen der Bürgerschule östlichen Bezirks und dem Schafmeister Conrad Ludwig August Langemann, über eine jenem Schulse Hause zugefallene Wiese abgeschlossenen Pachtcontracts, welcher mit Michaelis d. J. zu Ende geht und dessen Fortsetzung von dem genannten Pächter unter den früheren Bedingungen, insbesondere gegen Zahlung eines Pachtgeldes von 6 fl 18 gg jährlich, auf fernere sechs Jahre bis Michaelis 1860 gewünscht wird. Der Stadt-Magistrat findet gegen eine solche Prolongation nichts zu erinnern, da ein höherer Pachtpreis wohl nicht zu erzielen sein möchte, und da die Finanz-Commission nach dem Berichte des Herrn Grottrian hierin mit dem Stadt-Magistrate übereinstimmt, wird Seitens der Versammlung die Zustimmung zu jener Pachtverlängerung ertheilt.

IV. Nach einer Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 26. v. Mts., wird am 5. September d. J. und an den folgenden Tagen in hiesiger Stadt die General-Versammlung der Deputirten und vieler Mitglieder des Gustav-Adolph-Vereins stattfinden und hat der Vorstand des hiesigen Hauptvereins gebeten, jener Versammlung, gleichwie in andern Städten, so auch Seitens der hiesigen Stadt, durch festliche Anordnungen in entsprechender Weise entgegen zu kommen. In Berücksichtigung dieser Bitte giebt der Stadt-Magistrat der Versammlung anheim, zur Bestreitung der für derartige Anordnungen etwa erforderlich werdenden Kosten eine Summe von 150 fl aus der Stadt-Casse zu bewilligen. Namens der Finanz-Commission trägt Herr Grottrian bei der Versammlung darauf an, die Verwilligung einer Summe bis zu 150 fl aus der Stadt-Casse zu jenem Zwecke auszusprechen.

Die Herren Rieß und Röpcke erklären sich gegen eine solche Verwilligung, da die Verfolgung der Zwecke des Gustav-Adolph-Vereins ein Ausfluß des religiösen Glaubens sei und insofern immerhin von gleichgesinnten Privatpersonen unterstützt werden möge, nicht aber, wie solches schon durch die Verwilligung der beantragten Summe geschehe, zu einer öffentlichen Angelegenheit einer städtischen Gemeinde, wie die hiesige Stadt in welcher die verschiedenen Glaubensgenossenschaften gleiche Rechte genießen und der derselben über den Religionsparteien angewiesene Standpunkt gewahrt werden müsse gemacht werden dürfe.

Auf der andern Seite bekräftigten die beantragte Verwilligung die Herren Steinmeyer, Fabricius, Häusler und Kronheim, von denen insbesondere Herr Steinmeyer hervorhebt, daß die Förderung der Zwecke des Gustav-Adolph-Vereins, der es sich zur Aufgabe gemacht habe, seinen Confessions-Verwandten in fremden Ländern durch Geldmittel und sonstige Spenden, behuf einer freien Religions-Ausübung möglichst zu Hilfe zu kommen, den sonstigen hiesigen Religions-Genossenschaften keinen Eintrag thue und deren Gleichberechtigung nicht verlege; im Uebrigen wird von den genannten Herren noch geltend gemacht, daß es sich hier zunächst darum handle, einer größern Versammlung fremder Personen, welche über Angelegenheiten von allgemeinerem Interesse in Berathung trete, den Aufenthalt in hiesiger Stadt auch durch äußerliche Anordnungen angenehm zu machen, wie z. B. auch die Versammlung deutscher Architekten in hiesiger Stadt in ähnlicher Weise unterstützt sei.

Durch Mehrheitsbeschluß der Versammlung wird hierauf dem Stadt-Magistrate behuf Bekreitung etwaiger Kosten für festliche Anordnungen bei Gelegenheit der Zusammenkunft von Deputirten und andern Mitgliedern des Gustav-Adolph-Vereins, zur Verwendung einer Summe bis zu 150 fl aus der Stadt-Casse, die beantragte Ermächtigung erteilt.

V. Die fernere Berichtserstattung des Herrn Grötrian, Namens der Finanz-Commission, bezieht sich auf ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 1. d. Mts., in welchem es sich um die Erstattung von 205 fl 11 gr aus der Stadt-Casse handelt, indem für Reinigung und Reparatur der schon früher von der Bürgerwehr an das Herzogliche Zeughaus zurückgelieferten Gewehre, von der Direction des letztern, eine noch einmal so hohe Summe berechnet und gefordert ist. Tene Zurücklieferung geschah zu der Zeit, als die Volkswehr in eine Bürgerwehr umgestaltet wurde. Ohne Erfolg hat der Stadt-Magistrat behuf Niederschlagung der Gesamtkosten im Betrage von 410 fl 22 gr bei Herzogl. Staats-Ministerium vorstellig gemacht, daß theils die reparirten Gewehre dem ersten Aufgebote der Volkswehr geliefert sein, für deren Waffen die Stadt nicht einzustehen brauche, — theils die Gewehre bei deren Abgabe an die Volkswehr sich in keinen untadelhaftem Zustande befunden hätten, von der Volkswehr auf deren Instandsetzung nicht unbedeutende Kosten verwandt seien und anzunehmen stehe, daß selbige im Allgemeinen in einer eben so gute Beschaffenheit zurückgeliefert seien, als in welcher sie abgegeben wären, — theils endlich es unbillig sei, die Stadt zur Bezahlung solcher Kosten jezt anzustrengen, da die Errichtung und Bewaffnung der Volkswehr offenbar aus öffentlichen Rücksichten und im Interesse des ganzen Landes geschehen sei. Gegen diese Vorstellungen ist angeführt, daß die Stadt jedenfalls für die der Volkswehr verabreichten und in den Besitz der Bürgerwehr übergebenen Gewehre haften müsse; indessen wurde doch in dem Rescripte des Herzogl. Staats-Ministeriums die Forderung der 410 fl 22 gr auf 300 fl ermäßigt. Nach weitem Verhandlungen, bei welchen die Herzogl. Zeughaus-Direction und das Herzogl. Kriegs-Collegium dabei geblieben ist, daß die Waffen in gutem Zustande aus dem Zeughause abgegeben seien, wogegen das Commando der Bürgerwehr wiederholt das Gegentheil behauptet hat, ist endlich Seitens des Herzogl. Staats-Ministeriums eine vom Stadt-Magistrate unter dem Vorbehalte der Zustimmung der Stadt-Verordneten vergleichsweise vorgeschlagene Ermäßigung der Kosten auf die Hälfte bewilligt und giebt der Stadt-Magistrat der Versammlung danach anheim, die Summe von 205 fl 11 gr auf die Reinigungs- und Reparaturkosten aus der Stadt-Casse zu erstatten.

Die Commission glaubt diesen Antrag der Versammlung nicht ohne Weiteres zur Annahme empfehlen zu können. Gestützt auf die berichtlichen Mittheilungen des Commandos der Bürgerwehr, welche durch frühere Bürgerwehrmänner noch jetzt allgemein und in vollem Maße bestätigt werden, hält sich die Commission überzeugt, daß die von der Bürgerwehr bisher zurückgelieferten Gewehre in einem nicht schlechtern Zustande, als solche aus dem Herzogl. Zeughause ungeachtet der gegentheiligen Versicherungen der Direction in Empfang genommen, zurückgegeben seien. Der größere Theil dieser zurückgelieferten Gewehre werde sogar in einem bessern Zustande, als bei der Empfangnahme sich befunden haben, indem von den Bürgerwehrmännern selbst für Reinigung und Reparatur der Gewehre, um dieselben nur gebrauchen zu können, nicht unerhebliche Verwendungen gemacht seien, und erscheine es um so unbilliger, wenn derartige Kosten noch einmal bezahlt werden sollten. Die Commission ist der Meinung, daß die hier zutreffenden Thatsachen, eventuell im processualischen Verfahren förmlich zu erweisen sein würden. Abgesehen hiervon ist nach Ansicht der Commission, die an die Stadt gestellte Forderung auch deshalb nicht begründet, weil das erste Aufgebot der Volkswehr auf Kosten des Staats bewaffnet sei, und daher auch der Staat die Schäden und Nachtheile tragen müsse, welche an den gelieferten Waffen entstehen könnten, zumal jene Bürgerbewaffnung aus höhern öffentlichen Rücksichten gestattet und gefördert sei. Endlich erachtet es die Commission für bedenklich, im gegenwärtigen Augenblicke überhaupt, auf eine solche Kostenforderung einzugehen, da neuerlich auch die Zurüclieferung der übrigen noch in den Händen der Bürgerwehr befindlichen Waffen verlangt sei, und aus einem Anerkennnisse jener Forderung später noch weitere Ansprüche und Verpflichtungen hergeleitet werden könnten.

Hiernach beantragt die Commission:

die Ablehnung des geforderten Ersatzes überhaupt, oder doch wenigstens zur Zeit.

Herr Fabricius fügt zur Motivirung des Antrages der Commission noch hinzu, daß in der ersten Zeit bei Ausgabe von Waffen aus dem Herzogl. Zeughause auch an einzelne Personen, z. B. das Bahnhof=Personal, das Theater=Personal, an Mitglieder des Kunstclubs und Andere Waffen abgegeben seien, wegen welcher das später angeordnete öffentliche Commando nicht verantwortlich gemacht werden könne, und daß das noch spätere Bürgerwehr=Commando, gerade die jetzt noch in den Händen der Bürgerwehrmänner befindlichen Gewehre in einem wo möglich noch schlechtern Zustande überliefert erhalten habe, als die bisher an das Zeughaus zurückgegebenen Gewehre.

Herr Kronheim erklärt sich im Allgemeinen mit der Commission einverstanden und hält es namentlich für bedenklich, zur Zeit auf die Zahlung der vergleichsweise festgestellten Kostenhälfte einzugehen; gleichwohl giebt derselbe aber anheim, in dieser Angelegenheit die Beziehungen der städtischen Behörden zu dem Herzogl. Kriegscollegium nicht zu schroff gegen einander zu gestalten, da eine eventuelle Processführung auf beiden Seiten mit mancherlei Schwierigkeiten, rücksichtlich der Erbringung der nöthigen Beweise, zu kämpfen haben werde. Um nun die Anforderungen des Staats, wegen der zur Bewaffnung der Bürger aus dem Herzogl. Zeughause geliefer-

ten Waffen, im Ganzen und auf einmal zu prüfen und zu erledigen, schlägt Herr Aronheim vor:

die Beschlußnahme darüber, ob und welche Kosten wegen Reinigung und Reparatur der bisher zurückgelieferten Gewehre dem Herzogl. Zeughaus von Seiten der Stadt zu erstatten sein möchten, bis dahin auszusetzen, daß die jetzt geforderte Zurücklieferung der noch in den Händen der Bürgerwehr befindlichen Gewehre erfolgt sein und die Herzogl. Zeughaus-Direktion über etwaige, auf die letztere bezügliche Entschädigungs-Ansprüche sich erklärt haben werde, — und zugleich den Stadt-Magistrat zu ersuchen, jene Zurücklieferung thunlichst zu beschleunigen.

Von dem Herrn Vorsitzenden wird dieser Antrag der Versammlung zur Annahme empfohlen und von dem Herrn Stadtrathe Mack der Versammlung mitgetheilt, daß auch der Stadt-Magistrat mit jenem Antrage sich einverstanden erklären werde, da die gegenwärtige Vorlage des Stadt-Magistrats bei der Zögerung des Commando's der Bürgerwehr in der Zurücklieferung der Waffen nicht wohl länger habe zurückgehalten werden können.

Der Antrag des Herrn Aronheim wird von der Versammlung mit allseitiger Zustimmung angenommen.

VI. Der Lehrer an der Bürgerschule westlichen Bezirks, Johann Carl Heinrich Hoppe, hat bei dem Stadt-Magistrate um seine Pensionirung nachgesucht, da es ihm aus Gesundheitsrücksichten unmöglich sei, seinem Lehramte ferner genügend vorzustehen. Inhalts des Schreibens vom 10. d. M., über welches Namens der Commission für Schulsachen Herr Steinmeyer Bericht erstattet, erkennt der Stadt-Magistrat die Dienstunfähigkeit des Hoppe, nach den Erklärungen der nächsten Vorgesetzten desselben und des Schulvorstandes, als begründet an, und beantragt deshalb bei der Versammlung:

es möge dem Gesuche stattgegeben werden.

Dieser Antrag wird von der Commission unterstützt und von der Versammlung zur Pensionirung des Hoppe, nach Maßgabe der desfalligen gesetzlichen Bestimmungen, durch Beschluß die Zustimmung ertheilt.

Ueber einige Reclamationen, gegen die Veranlagung zur Gemeinde- und Armensteuer und über mehrere Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt, wird in nicht öffentlicher Sitzung berathen.

Nach Erledigung dieser Angelegenheiten, wird die heutige Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls, in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig

am 14. September 1854.

Die Sitzung wird an Stelle des auf einer Reise abwesenden Herrn Desterreich von dem Herrn Wankeliuß als Vorsitzenden eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Kellner, Steinmeyer, Helfft, Südel, Röpkke und Löbbcke wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Die Herren Aronheim und Räche sind ohne Entschuldigung abwesend geblieben.

I. Zu dem ersten Gegenstande der Tagesordnung, einer Verhandlung über anderweite demnächstige Einrichtung des städtischen Baumesens, insbesondere über die Auseinandersetzung und Theilung der zwischen der Herzogl. Landesregierung und der hiesigen Stadt gemeinschaftlichen Geschäftsbeforgungen des Stadtbaumeisters, über die Feststellung der amtlichen Verrichtungen des Lehtern für die hiesige Stadt, sowie über das demselben in solchem neuen Verhältnisse nothwendige Hilfspersonal und endlich über die Besoldung des städtischen Baubeamten und dessen Hilfspersonals, — giebt ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 4. d. M. Veranlassung. Diese Angelegenheit ist der Bau-Commission zur Vorprüfung und Berichtserstattung zugetheilt und Lehtere hat nach der Mittheilung des Herrn Graß, als Berichtserstatter, die Sache für so wichtig gehalten, daß sie zu ihren Vorberathungen die Mitglieder der Finanz-Commission und der Statuten-Commission zugezogen hat. Das von dem Herrn Referenten verlesene Schreiben des Stadt-Magistrats enthält zunächst eine ausführliche Erörterung der seitherigen Verhältnisse.

Die Gemeinschaftlichkeit der Geschäftsbeforgungen rücksichtlich des öffentlichen Bauwesens, zwischen der Herzogl. Landesregierung und der hiesigen Stadt, hat in dem sogenannten Interimisticum vom Jahre 1832 eine genauere Grundlage erhalten, namentlich sollte nach diesem Vertrage der Gehalt des Stadtbaumeisters und eines etwaigen Gehilfen desselben zu zwei Dritttheilen aus der Staats-Casse und zu einem Dritttheile aus der Stadt-Casse erfolgen, welches letztere auf jährlich 400 R bestimmt worden ist. Bald hat es sich jedoch herausgestellt, daß zur Beforgung aller der dem Stadtbaumeister und einem Gehilfen zugewiesenen Geschäfte diese beiden Beamten nicht genügen konnten, und es wurde deshalb dem Stadtbaumeister von der Herzogl. Landesregierung noch ein zweiter Gehilfe beigegeben. Nach und nach wurden aber diesen Baubeamten noch andere Geschäfte übertragen, während sich mit der Zeit auch die früheren Anforderungen steigerten, so daß es zur Unmöglichkeit wurde, daß der Stadtbaumeister mit seinen beiden Gehilfen, ungeachtet seiner allgemein anerkannten Tüchtigkeit und der größten Anstrengung, seinen Obliegenheiten in befriedigender Weise, insbesondere mit der gehörigen Pünktlichkeit nachkommen konnte. Unter solchen Umständen ist schon im Jahre 1837 und 1838 von der Stadtverordneten-Versammlung und dem Stadtbaumeister Köllsch die Idee angeregt und unterstützt, einen eigenen Baumeister für die hiesige Stadt anzustellen, — ein Plan, welcher damals an dem Widerspruche des Stadt-Magistrats scheiterte, dessen demnächstige Wiederaufnahme aber die Stadtverordneten-Versammlung sich vorbehielt. Da nun durch die in Aussicht stehende neue Feuerpolizei-Ordnung und Baupolizei-Ordnung die Thätigkeit des Stadtbaumeisters in höherem Maße als früher in Anspruch genommen werden wird und noch in neuerer Zeit, sowohl von der Herzogl. Landesregierung, als auch von der Stadtverordneten-Versammlung eine größere Pünktlichkeit von dem Stadtbaumeister in der Beforgung seiner Dienstgeschäfte gefordert ist, so hat sich jetzt der Stadt-Magistrat selbst veranlaßt gesehen, die frühere Idee, einer Sonderung der Geschäfte des Stadtbaumeisters als städtischen Baubeamten, von denen als Staatsbeamten weiter zu verfolgen. In diesem Sinne hat der Stadt-Magistrat unterm 28. Juni d. J., dem Herzogl. Staats-Ministerium berichtlich vorgetragen, der hiesigen Stadt, behuf Beaufsichtigung und Leitung der städtischen und namentlich aus städtischen Mitteln zu befreitenden Bauangelegenheiten, die Anstellung eines eigenen Baumeisters zu gestatten und über die Geschäfts-Vertheilung, insbesondere in der Beziehung was für Geschäfte dem herrschaftlichen Stadtbaumeister in solchem Falle zuzuweisen sein würden, Vorschläge gemacht. Das Herzogl. Staats-Ministerium hat Inhalts Rescripts vom 25. v. Mts., die dargelegten Grundzüge des Planes im Allgemeinen gebilligt. Gestützt hierauf, äußert sich der Stadt-Magistrat weiter über die in Folge dieser neuen Einrichtung der Stadt-Casse erwachsenden Kosten, indem unter Hinwegfall sonstiger Entschädigungen und Vergütungen der jährliche Gehalt des städtischen Baumeisters auf 1200 R und eines demselben beizugebenden Bureauarbeiters und eines Bauaufsehers auf 400 R veranschlagt ist. Zu dem bisherigen Dritttheile der Befoldung des Stadtbaumeisters aus der Stadt-Casse im Betrage von 400 R sind von dem Kirchen-Cassen-Collegium hieselbst 100 R jährlich beigetragen und sind außerdem noch dem Stadtbaumeister von diesem Collegium jährlich 60 R an Bureaukosten vergütet; da die zum Kirchen-Cassen-Verbande gehörenden und der Aufsicht des städtischen Baumeisters zu unterstellenden kirchlichen und Stiftungs-Gebäude weit bedeutender sind, als die eigentlich städtischen, so hält es der Stadt-Magistrat für billig und angemess-

sen, daß die bisher von dem Kirchen-Cassen-Collegium gezahlten 160 R auf 400 R jährlich erhöht werden und glaubt eine solche Erhöhung bei jenem Collegium und demnächst bei Herzogl. Staats-Ministerium erlangen zu können. In diesem Falle und da für die Arbeiten des Stadtbaumeisters, welche demselben bisher theils von Privatpersonen, theils von den nicht zum Kirchen-Cassen-Verbande gehörenden milden Stiftungen besonders vergütet sind, in Zukunft aber für die Stadt-Casse berechnet werden sollen, eine Einnahme von jährlich 200 R angenommen werden darf, würden zu dem Gehalte des städtischen Baumeisters aus der Stadt-Casse noch 1000 R , also 700 R mehr als früher zuzuschießen sein. Vorerst übrigens sollte mit Rücksicht darauf, daß das Herzogl. Staats-Ministerium zu einer etwaigen demnächstigen Pension des jetzigen gemeinschaftlichen Stadtbaumeisters einen Beitrag von einem Drittheil gefordert hat, der Gehalt des städtischen Baumeisters auf jährlich 1000 R festgestellt werden.

Hiernach stellt der Stadt-Magistrat folgende Anträge:

- 1) daß das sogenannte Interimisticum vom Jahre 1832 in Beziehung auf den Artikel 9 insoweit abgeändert wird, daß die Stadt sich einen eigenen Stadtbaumeister erwählt und demselben das nöthige Hilfspersonal beigiebt;
- 2) daß die gegenwärtig von dem gemeinschaftlichen Stadtbaumeister und dessen Gehilfen besorgten Geschäfte in der näher angegebenen Art und Weise getrennt werden;
- 3) daß dem städtischen Baumeister unter Wegfall aller Nebengebühren, für die in seinem Geschäftsressort liegenden Arbeiten, für jetzt ein Gehalt von 1000 R jährlich ausgesetzt, demselben aber die Zusicherung der Erhöhung dieser Summe auf 1200 R jährlich ertheilt werde, von dem Zeitpunkte an, wann die Stadt auf die eine oder die andere Weise von der Verpflichtung befreit sein wird, zu einer etwaigen demnächstigen Pension des jetzigen Stadtbaumeisters beizutragen;
- 4) daß dem Stadtbaumeister ein Bureauarbeiter und ein Bauaufseher beigegeben, und dazu eine Summe bis 400 R jährlich verwandt wird.

Nach Entscheidung über diese Punkte sollen der Versammlung drei geeignete Personen zur Auswahl vorgeschlagen werden.

Die vereinigte Commission hat nach dem Referate des Herrn Graf, die oft laut gewordenen Beschwerden über eine langsame und verzögerte Geschäftsführung bei dem Stadtbauamte darin begründet gefunden, daß dasselbe mit Geschäften übermäßig belastet sei, spricht es wiederholt aus, daß die Persönlichkeit des Stadtbaumeisters Kölsch von jenem Vorwurfe in keiner Beziehung getroffen werde, hält die schon früher von der Stadtverordneten-Versammlung selbst gewünschte Verteilung der Geschäfte durch Anstellung eines eigenen städtischen Baumeisters für durchaus angemessen, erachtet auch für diesen Fall eine Mehrausgabe von 700 R auf Seiten der Stadt-Casse bei der großen Wichtigkeit der neuen Einrichtung nicht für zu hoch und empfiehlt danach der Versammlung die Annahme der von dem Stadt-Magistrate gemachten Propositionen.

Die weiteren Verhandlungen beziehen sich nur auf die einzelnen Anträge des Stadt-Magistrats.

Zu Nr. 1. bemerkt noch Herr Oberbürgermeister Caspari, insbesondere auf eine Anfrage des Herrn Häusler, daß die Ordnungen über die Feuerpolizei und die

Baupolizei in hiesiger Stadt in gleicher Weise viele geschäftliche Besorgungen des städtischen Baumeisters erfordern würden und es wünschenswerth erscheinen lassen müßten, die alleinige Verfügung über diesen Baubeamten möglich zu machen. Außerdem werde auch die Theilung der Geschäfte zwischen einem städtischen und einem herrschaftlichen Baubeamten für die hiesige Stadt voraussichtlich den Erfolg haben, daß eine größere Ordnung in das städtische Bauwesen gebracht und eine bessere Einwirkung auf dasselbe durch den städtischen Baumeister geübt werde.

Zu N 2 äußert sich Herr Oberbürgermeister Caspari über den Geschäftskreis des künftigen städtischen Baumeisters, welcher sich zunächst auf die Baulichkeiten, welche von der hiesigen Stadt abhängen, sodann aber auch auf die Baulichkeiten für die hiesigen Stadtkirchen und milden Stiftungen, die Feuerlösch-Anstalten, die Straßenbeleuchtung und Feuer- und Bau-Polizei erstrecken würde.

Zu N 3. findet Herr Lüdecke in der ziemlich hohen Gehalts-Bestimmung einiges Bedenken, gegen welches von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari hervorgehoben wird, daß ein Mann in der Stellung eines städtischen Baumeisters, welcher nöthigenfalls durch Reisen nach andern Orten für seine Ausbildung zu sorgen hat, eine große pecuniäre Verantwortlichkeit übernimmt, bei seiner Geschäftsführung schwer zu controliren ist, und wenigstens nicht ohne den Umständen nach von dem Stadt-Magistrate zu ermessende Genehmigung bei Privatbauten sich betheiligen soll, in seinen äußern Verhältnissen einigermaßen gut gestellt sein muß, um auf eine um so größere Zuverlässigkeit rechnen zu können.

In ähnlicher Weise äußern sich auch die Herren Aronheim, Fabricius und Wieg, indem sie einestheils andeuten, daß es einer Stadtgemeinde schwieriger werde, als einem Staate, für ein wichtiges öffentliches Amt eine tüchtige Persönlichkeit zu gewinnen, schon weil ein weiteres Avancement abgeschnitten sei, und anderntheils geltend machen, daß eine solche Persönlichkeit nur unter Aussetzung eines reichlichen Gehalts heranzuziehen und zu fesseln sein werde. So erheblich sei auch die Mehrausgabe von jährlich etwa 700 fl nicht, als daß sie nicht schon zu dem Zwecke aufgewandt werden sollte, um durch einen geeigneten Baumeister eine bessere und kräftigere Einwirkung auf den Geschmack und auf die Ausführung bei den Bauten in hiesiger Stadt zu ermöglichen.

Nach kurzen Erörterungen werden die obigen vier Anträge des Stadt-Magistrats durch einstimmige Beschlüsse der Versammlung angenommen.

So viel endlich die Wahl einer geeigneten Persönlichkeit für die Besetzung der Stelle eines städtischen Baumeisters in hiesiger Stadt betrifft, so beantragt Herr Aronheim:

den Stadt-Magistrat zu ersuchen, der Versammlung zunächst in einer vertraulichen Sitzung eine Persönlichkeit in Vorschlag zu bringen, welche den an den Inhaber des hier in Frage stehenden Amtes zu stellenden Anforderungen am besten zu entsprechen im Stande sein würde und daher besonders zu empfehlen zu werden verdiene, und über dieselbe etwaige weitere Mittheilungen und Erläuterungen zu geben,

da die Versammlung sich nicht wohl für befähigt halten dürfe, sofort bei der Vornahme jener Wahl die tauglichste Persönlichkeit herauszufinden, ohne vorher derartige für eine öffentliche Verhandlung sich nicht wohl eignende Mittheilungen und Erläuterungen erhalten zu haben, und da nach einer solchen vertraulichen Vorberathung der sonst übliche Wahlmodus in einer demnächstigen öffentlichen Sitzung um so besser noch erfüllt werden könne; — mit diesem Antrage erklärt sich die Versammlung durch Beschluß einverstanden.

II. In einem Schreiben vom 19. v. Mts. giebt der Stadt-Magistrat der Versammlung anheim, zu der von dem Bleicher Fricke hieselbst, dem Nachfolger der frühern Pächter der auf der Wenden-Masch belegenen sogenannten Rathsbleiche, gewünschten fernern Erpachtung eben dieser Bleiche von Ostern 1855 bis dahin 1867 unter den frühern Pachtbedingungen, insbesondere gegen Zahlung eines jährlichen Pachtgeldes von 130 fl die Zustimmung zu ertheilen.

Auf den diese Proposition unterstützenden Antrag des Herrn Grottrian, Namens der Finanz-Commission wird von der Versammlung durch Beschluß die desfallige Zustimmung erklärt.

III. Nach einem fernern Schreiben des Stadt-Magistrats vom 25. v. Mts., wünscht der Brauereibesitzer Georg Gustav Thies allhier den Pachtcontract, Inhalts dessen derselbe in der Nutzung des unter dem sogenannten alten Zeughause neben der Brüdernkirche belegenen Kellers noch bis Ostern k. J. sich befindet, verlängert zu sehen, und zwar auf $5\frac{1}{2}$ oder $11\frac{1}{2}$ Jahre, da Michaelis ein besserer, passender Zeitpunkt für den Braubetrieb sei. Der Stadt-Magistrat stellt diesen Wunsch der Versammlung zur Entscheidung und Herr Grottrian giebt Namens der Finanz-Commission unter dem Bemerken, daß jener Pächter ein jährliches Pachtgeld von 25 fl in Golde zahle, der Versammlung anheim, eine Pachtverlängerung auf $5\frac{1}{2}$ Jahre unter den frühern Bedingungen zu genehmigen.

Herr W. Kloss spricht sich gegen eine solche Prolongation des Pachtcontractes aus, weil dergleichen Kellerräume von den hiesigen Brauern gesucht seien und bei einer öffentlich meißbietenden Verpachtung ein höherer Pächtertrag zu erzielen sein möchte, und beantragt demnach:

die fernere Verpachtung jenes Kellers im Wege des öffentlichen Meißgebots.

Ueber den Zeitpunkt, auf welchen der Ablauf des Contractes gestellt werden sollte, sind die Herren G. Kloss und Lissebon verschiedener Meinung, indem der Erstere Neujahr, der Letztere aber Michaelis für die dem Brauer günstigste Zeit zur Räumung seines Bierlagers hält.

Gegen den Commissions-Antrag wird der Antrag des Herrn W. Kloss von der Versammlung durch Beschluß angenommen und soll im Uebrigen dem Stadt-Magistrate überlassen bleiben, den geeignetsten Endpunkt der Pacht zu erkunden und bei der Verpachtung zum Grunde zu legen.

IV. Der Pächter des unter dem Gewandhause hieselbst belegenen Kellers sammt der dazu gehörigen Wohngelegenheit, Weinhändler Zellmann allhier, wünscht den mit

Michaelis d. J. ablaufenden Pachtcontract unter den frühern Bedingungen, insbesondere auch gegen Zahlung eines jährlichen Pachtgeldes von 500 fl in Golde, auf fernere sechs Jahre verlängert zu sehen. Die diesem Pächter verpachteten Räumlichkeiten sind in Uebereinstimmung mit der Versammlung (Sitzung am 2. Juni 1853) durch den Ankauf einiger Lede im Altstadtsharn, für welche freilich statt der damals in Aussicht gestandenen Kaufsumme von 380 fl später 400 fl verausgabt worden sind, erweitert. Der ebenfalls in jener Sitzung genehmigte Ausbau der Scharrenlede, hat einen Kostenaufwand von 549 fl 6 gg 4 q verursacht, von welchen für den Verkauf der alten Baumaterialien 48 fl 18 gg 2 q in Absatz zu bringen sind. Der Stadt-Magistrat giebt nun unter Bezugnahme auf die frühern Verhandlungen der Versammlung anheim:

zu der Mehrausgabe von 20 fl für den Ankauf der Scharrenlede nachträglich die Genehmigung zu ertheilen, ferner darein zu willigen, daß dem Zellmann die von demselben für den Ausbau jener Lede verlegten Baukosten mit 549 fl 6 gg 4 q aus der Stadt-Casse erstattet werden, und endlich zu der gewünschten Pachtverlängerung unter Uebernahme der Verzinsung des auf den Ankauf und den Ausbau der Scharrenlede verwandten Capitals von 900 fl mit jährlich $3\frac{1}{2}\%$, festgestellt auf 32 fl jährlich, auf Seiten des Pächters die Zustimmung zu erklären.

Dieser Antrag wird von dem Herrn Grottrian, als Referenten der Finanz-Commission, befürwortet und von der Versammlung durch Beschluß angenommen, mithin die geforderte Genehmigung, Einwilligung und Zustimmung ertheilt.

Ueber einige Erlaß-Gesuche resp. Reclamationen in Betreff der Veranlagung zur Gemeinde- und Armensteuer wird in nicht öffentlicher Sitzung berathen.

Endlich bringt Herr Rischbieter die Erörterung des Antrages des Herrn Wankelius auf Reorganisation der Realschule aus der Sitzung am 11. Mai d. J. in Erinnerung, worauf Herr Uhde über die bisherige Verzögerung der Vorberathung dieses Antrages in der Commission für Schulsachen Erläuterung giebt und eine Berichtserstattung so bald als thunlich in Aussicht stellt.

Das Protocoll über die letzte Sitzung am 27. Juli d. J., wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Bald nach dem Beginne der Sitzung ist Herr Aronheim noch in der Versammlung erschienen.

Beim Schlusse der Sitzung wird durch den Herrn Vorsitzenden Wankelius die Vorlesung des heutigen Protocolls für die nächste Sitzung vorbehalten.

Nr. 12.

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 244. der Braun-
schweigischen Anzeigen.)

1854.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 28. September 1854.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Födel, Helfft, Voigt, Eissebon, Steinmeyer, Grund, Bieweg und Räche wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protocoll über die Sitzung am 14. d. M., wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Namens der Commission für Schulsachen erstattet Herr Uhde der Versammlung Bericht über zwei Propositionen des Stadt-Magistrats, von welchen die eine

die Annahme zweier Hilfslehrer für die hiesigen Gemeindeschulen mit einer jährlichen Remuneration von 200 fl ,

und die andere

die Erhöhung der dem Inspector Sattler hieselbst früher bewilligten Remuneration von jährlich 30 fl auf jährlich 50 fl von Michaelis d. J. an

betrifft.

In einem Schreiben an den Schulvorstand hat der Inspector Sattler darzulegen gesucht, daß die gegenwärtige Zahl der Seminaristen in dem hiesigen Seminare, obwohl dieselbe bereits zu dem Zwecke, um die durch Krankheiten oder sonstige Behinderungen der Unterrichts-Ertheilung entzogenen Lehrer an den hiesigen Gemeindeschu-

len, der Waisenhaus- und Garnison-Schule zu ersetzen, von sechs auf acht vermehrt worden, doch nicht genüge, um diesem Zwecke ausreichend zu entsprechen. Zur Begründung dieser Ansicht ist angeführt worden, daß die Zahl der sämtlichen Lehrer auf sechszig und einigen sich beläuft, welche in 54 Classen zu unterrichten haben, und sind die Fälle verzeichnet, in welchen eine Aushilfe durch Seminaristen seit Oftern d. J. nothwendig geworden. Um eine solche Aushilfe möglich zu machen, sind bisher Lehrkräfte von Wolfenbüttel mit herangezogen; da aber dieses Aufkunftsmittel unständig und sogar nicht immer zuverlässig ist, so glaubt der Inspector Sattler die Annahme zweier Hilfslehrer für die hiesigen Gemeindeschulen in Vorschlag bringen zu müssen.

In Uebereinstimmung mit dem Schulvorstande hat der Stadt-Magistrat in seinem Schreiben vom 26. v. Mts., das von dem Inspector Sattler dargelegte Bedürfnis einer Vermehrung der Lehrkräfte für die hiesigen Schulen anerkannt. Die in dem Etat für Aushilfe bei Verhinderung von Lehrern ausgelegte Summe von 210 fl sollte für den Falle der Annahme zweier Hilfslehrer, welche an dem Unterrichte in dem hiesigen Seminare Theil nehmen und deren ein jeder eine jährliche Remuneration von 100 fl erhalten müßten, auf 60 fl herabgesetzt werden, so daß danach die Mehrausgabe nur auf 50 fl sich berechnen würde. Indem der Stadt-Magistrat hiedurch die erstere Proposition motivirt, verbindet derselbe damit den zweiten Vorschlag, die Erhöhung der Remuneration des Inspectors Sattler, weil diesem die vorzugsweise im Interesse der hiesigen Gemeindeschulen vorzunehmende abermalige Vermehrung der Seminaristen eine neue Last auferlege.

Die Commission glaubt beide Anträge des Stadt-Magistrats der Versammlung zur Annahme empfehlen zu dürfen, den letztern jedoch nicht aus dem Grunde, weil eine geringe Vermehrung der Arbeit eine Erhöhung der Remuneration erfordere, sondern vielmehr mit Rücksicht darauf, daß die dem Inspector Sattler ausgeworfene Remuneration von 30 fl überhaupt nur sehr mäßig sei und dessen Bemühungen für das städtische Schulwesen nicht gerade als eine eigentliche Verpflichtung in Anspruch genommen werden könnten, und giebt daher anheim, in dem Rückschreiben an den Stadt-Magistrat das letztangedeutete Motiv besonders hervorzuheben.

Die Herren Lüdcke und Fabricius unterstützen den Commissions-Antrag, der Letztere jedoch in der Voraussetzung, daß die Erhöhung der Remuneration des Inspectors Sattler nicht als eine nothwendige Folge der Arbeitsvermehrung angesehen werde.

Durch Beschluß der Versammlung werden hierauf die obigen beiden Propositionen des Stadt-Magistrats mit der von der Commission vorgeschlagenen Motivirung der letztern genehmigt.

Die weiteren Verhandlungen in der heutigen Sitzung betreffen theils die Förderung der Auswanderungen mehrerer Personen aus hiesiger Stadt nach Amerika durch Verwilligung von Geldmitteln aus der Stadt-Casse, theils Gesuche mehrerer Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt, theils endlich Reclamationen mehrerer Personen gegen die Veranlagung zur Gemeinde- und Armensteuer und ein Gesuch um Erlaß dieser Steuer.

Unter Vorbehalt der Verlesung des heutigen Protocolls für die nächste Sitzung wird die heutige von dem Herrn Vorsitzenden Oesterreich geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig

am 12. October 1854.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Verlesung des Protocolls über die letzte Sitzung am 28. v. M. wird, da dasselbe in Folge eines Versehens heute nicht vorliegt, bis zur nächsten Sitzung verschoben.

Abwesend sind die Herren Löbbecke, Nies, Denecke, Grottrian, Röpkke, Uhde und Aronheim, theils durch Krankheit, theils durch Reisen, theils durch sonstige dringende Abhaltungen am Erscheinen behindert.

Ein zunächst von dem Herrn Graß gestellter Antrag, daß die Verhandlungen dieser Versammlung über Reclamationen gegen die Veranlagung zur Gemeinde- und Armensteuer gleich den sonstigen Verhandlungen durch den Druck veröffentlicht werden möchten, wird nach den von den Herren Häusler, Wieweg und dem Herrn Vorsitzenden dagegen erhobenen Bedenken, welche insbesondere aus der nur für vertrauliche Sitzungen sich eignenden Detaillirung und Ermägung der Vermögens- und Einkommen-Verhältnisse einzelner Personen hergenommen sind, von dem Herrn Antragsteller zurückgezogen.

Die heutigen Berathungen beziehen sich auf folgende Angelegenheiten:

I. Ueber die zunächst vorliegenden Gesuche mehrerer Personen um Verleihung des Wohnortrechts in hiesiger Stadt wird von der Versammlung in nicht öffentlicher Sitzung berathen.

II. Namens der Bau-Deputation erstattet Herr Graß Bericht über ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 5. d. M., Inhalts dessen es sich um den Ausbau des Weges handelt, welcher vom Kreuzkloster her vor der Seeliger'schen Zuckersfabrik vorbei, zwischen der Bartels'schen Sichorienfabrik und dem Pflegehausgarten und weiterhin dem vormals Völker'schen Garten sich hinzieht und auf die sogenannte Goslarsche Straße mündet. Für den Ausbau dieses Weges ist vorzugsweise auf eine Verbreiterung desselben Rücksicht genommen, aber auch eine Verlegung des Weges mit Verkürzung der Wegestrecke in Erwägung gezogen, gleichwohl nicht besonders empfehlenswerth erschienen. Der bisherige Lauf des Weges soll vielmehr beibehalten und die Verbreiterung theils durch Abtretung eines Streifens von dem Garten des Pflegehauses, theils aus dem durch Ankauf zu erlangenden Terrain des vormals Völker'schen Gartens gewonnen werden. Der letztere ist zur Zeit in dem Besitze des Seilermeisters Warnecke, welchem auch der daneben liegende Garten eigenthümlich zugehört, soll übrigens nur in Verbindung mit diesem zweiten Garten käuflich überlassen werden; für beide Gärten, in der Größe von $1\frac{1}{2}$ Morgen ist ein Kaufpreis von 1500 \mathfrak{R} in Courant gefordert. Mit Rücksicht darauf, das es schon lange Wunsch und Absicht der Pflegehaus-Verwaltungs-Deputation gewesen ist, jene beiden Gärten dem Pflegehausgarten zuzulegen, um sicher zu sein, daß die Anstalt nicht einmal eine unmittelbare Nachbarschaft bekomme, welche für die Erhaltung der Ordnung und Disciplin in der Anstalt nachtheilig sein könnte, — hält der Stadt-Magistrat den Ankauf beider Gärten zu dem obigen Preise von 1500 \mathfrak{R} für angemessen und nicht unvortheilhaft, da die Nutzung derselben für das Pflegehaus die Zinsen des Ankaufscapitals decken werde. Die hiernach mit dem Wegebau verbundenen Kosten würden nach Ansicht des Stadt-Magistrats, soviel den Ankauf der Gärten betrifft, aus der Stadt-Casse, im Uebrigen einschließlich einer Ausgabe für Vorrichtung eines neuen Stadetts zur Einfriedigung des Pflegehausgartens nach zwei Seiten hin im Betrage von etwa 217 \mathfrak{R} 6 gg aus der Wegebau-Casse zu bestreiten sein.

Die Bau-Deputation erklärt sich mit der Ausführung dieses Planes für den nothwendigen Wegebau einverstanden, jedoch unter der Bedingung, daß die Zahlung des Kaufpreises für die beiden Gärten mit 1500 \mathfrak{R} aus der Casse des Pflegehauses erfolge.

Herr Kellner, als Mitglied der Pflegehaus-Verwaltungs-Deputation, unterstützt auch seinerseits im Interesse des Pflegehauses die Proposition des Stadt-Magistrats und findet nichts dagegen zu erinnern, daß der Casse des Pflegehauses, in welcher sich ein zum Ankaufe jener Gärten verwendbarer Vorrath befinde, das Capital der 1500 \mathfrak{R} entnommen werde.

Hiernächst ertheilt die Versammlung zu dem von dem Stadt-Magistrate beantragten Ausbaue des bezeichneten Weges unter Verwilligung der dazu erforderlichen Kosten mit der Bestimmung, daß die Kaufsumme für die beiden Gärten mit 1500 \mathfrak{R} auf die Pflegehaus-Casse übernommen werde, durch Beschluß ihre Genehmigung.

III. Nach Inhalt einer Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 13. v. M., läuft mit dem 30. April l. J. der Verding-Contract ab, welcher um dieselbe Zeit im Jahre

1849 mit dem Miethskutscher Unbeheude und dem Deconomen Schacht, wegen der Straßen-Reinigung in hiesiger Stadt auf sechs Jahre abgeschlossen ist. Wie es mit der Verdingung eben dieser Leistungen für die Zukunft gehalten werden solle und was für Aenderungen des frühern Contracts etwa angemessen erscheinen möchten, darüber enthält jenes Schreiben weitere Vorschläge, über welche Namens der Bau-Deputation Herr Graß Bericht erstattet.

1. Der Stadt-Magistrat ist mit Herzogl. Polizei-Direction nach den während der noch laufenden Contractsdauer gesammelten Erfahrungen der Meinung, daß es angemessener sein werde, nur mit einem Unternehmer einen Contract abzuschließen, wenn auch behuf demnächstiger Wahl in dem anzuberaumenden Verdings-Termine nicht bloß diese, sondern auch die letzte für ein Theilung der Stadt in zwei Theile mit je drei Districten berechnete Verdingsart zum Grunde zu legen sein möchte: würde es zu einem Contracts-Abschlusse nur mit einem Unternehmer kommen, so würden von diesem dem letzten Contracte gemäß, täglich drei zweispännige Wagen und fünf ein-spännige Karren zu stellen sein.

Die Bau-Deputation stimmt mit dieser Ansicht überein und empfiehlt der Versammlung:

unter Billigung derselben die anderweite Verdingung der Straßen-Reinigung auf fernere sechs Jahre, vom 1. Mai k. J. angerechnet, unter der Bedingung zu genehmigen, daß eine einjährige Kündigung für den Fall vorbehalten bleibe, wenn innerhalb dieser neuen Contractszeit die projectirte neue Wasserleitung in hiesiger Stadt zur Ausführung gekommen sein würde.

Dieser Antrag wird von der Versammlung durch Mehrheits-Beschluß angenommen.

2. Durch den §. 2 N 3 des zur Zeit bestehenden Vertrages ist den Unternehmern die Verbindlichkeit auferlegt, bei dem Ausladen des Straßenkothes auch die Gassen gehörig nachfegen zu lassen. Die Herzogl. Polizei-Direction spricht sich für Aufhebung dieser Bestimmung aus, da einestheils zur ordnungsmäßigen Reinigung der Gassen die Besitzer der an den Straßen liegenden Häuser verpflichtet seien, und andernteils diese Vorschrift eine den Unternehmer allzusehr belästigende und über die sonstigen contractlichen Leistungen hinausgehende Verpflichtung enthalte.

Diese Ansicht wird von dem Stadt-Magistrate nicht getheilt, vielmehr die Beibehaltung dieser Bestimmung empfohlen, deren Ausführung dem Unternehmer alsdann nicht zu schwer und kostspielig sein werde, wenn die Hausbesitzer ihrer Verpflichtung rücksichtlich der Gassen-Reinigung vorher ordnungsmäßig genügt hätten, worauf der Unternehmer nach §. 8 des Contracts streng zu achten verpflichtet ist.

Die Bau-Deputation hat sich der Ansicht des Stadt-Magistrats angeschlossen und giebt unter andern weiter gehenden Vorschlägen insbesondere auch anheim, ob nicht zum Zwecke einer bessern Gassen-Reinigung die Hausbesitzer, welche Brunnen in ihren Häusern haben, anzuhalten sein würden, an den Reinigungstagen zum Nachspülen der Gassen ihre Brunnen in Bewegung setzen zu lassen.

Nach mehrseitiger Aeußerung über die hier in Frage gezogene Contractsbestimmung, bei welcher Gelegenheit noch Herr Bieweg mittheilt, daß die weitem Versuche einer Straßenreinigung durch Personen, welche für solche Leistungen aus öffentlichen Mitteln zu lohnem wären, bis zur Einführung der neuen Wasserleitung ausgesetzt seien, und Herr Aronheim in Anregung bringt, ob nicht die gegenwärtigen sogenannten Nothbrunnen zum Nachspülen der Gassen verwendet werden könnten, — beschließt die Versammlung:

daß die Bestimmung des §. 2 M 3 des jetzigen Contracts beibehalten und der Stadt-Magistrat ersucht werden solle, die Herzogl. Polizei-Direction dringend aufzufordern, daß dieselbe auf die Erfüllung der Verpflichtung rücksichtlich der Gassen-Reinigung, sowohl auf Seiten der Hausbesitzer, als auf Seiten des Unternehmers der Straßen-Reinigung mit voller Strenge achten lasse.

Der Vorschlag der Deputation wegen der Benutzung der Privatbrunnen zur bessern Gassen-Reinigung, wird von der Versammlung als nicht ausführbar abgelehnt.

3. Die Bau-Deputation beantragt endlich:

daß der Unternehmer der Straßen-Reinigung contractlich verpflichtet werden möge, seinen Pferden beim Abfahren des Straßen- und Haus-Unraths eine Glocke anzuhängen,

damit das Publicum noch besonders an die Berrichtungen erinnert werde, welche an den Reinigungstagen ihm selbst für die Straßen-Reinigung und die Fortschaffung des Hausunraths obliegen.

In ähnlicher Weise sollte nach §. 8 des bestehenden Contracts, durch eine von dem Unternehmer zu stellende Person die Ankunft des Unrathswagens mit einer Glocke angekündigt werden, eine Bestimmung, deren Ausführung schon lange unterlassen ist, welche jedoch Herr Graß aufrecht zu erhalten sehen wünscht.

Der erstere Antrag erfährt von einigen Seiten Widerspruch, während derselbe von andern Seiten unterstützt wird; gegen den letztern Vorschlag erklärt sich namentlich Herr Aronheim mit Entschiedenheit.

Herr Bieweg schaltet bei diesem Punkte die Bemerkung ein, daß die von den jetzigen Unternehmern gestellten Wagen und Karren nicht von der contractlich vorgeschriebenen Beschaffenheit, insbesondere nicht dicht und geschlossen genug seien, und daß die Herzogl. Polizei-Direction in dieser Beziehung nicht die erforderliche Aufmerksamkeit und Strenge an den Tag gelegt habe.

Durch Beschluß der Versammlung wird der obige Antrag der Bau-Deputation angenommen, dagegen auf Antrag des Herrn Aronheim der §. 8, soviel das Läuten mit der Glocke durch eine besondere Person betrifft, gegen den Vorschlag des Herrn Graß aufgehoben.

Die sonstigen frühern Contracts-Bestimmungen sind unverändert gelassen.

IV. In vertraulicher Sitzung erfolgt hierauf eine vorläufige Besprechung über die von dem Stadt-Magistrate in dem Schreiben vom 5. d. M., zu der Stelle eines Stadt-Baumeisters für die hiesige Stadt in Vorschlag gebrachten drei Personen:

- 1) den Architecten Andreas Simons aus Berlin,
- 2) den Bau-Conducteur Heinrich Ahlburg hieselbst,
- 3) den Bau-Conducteur Carl Tappe aus Sandersheim,

welche mit der Ansetzung der förmlichen endgiltigen Wahl unter jenen Personen auf den nächsten Montag, den 16. d. M., durch den Herrn Vorsitzenden geschlossen wird.

Von den im Eingange als abwesend aufgeführten Personen, ist im Laufe der Verhandlungen Herr Aronheim noch erschienen und hat derselbe an der Sitzung Theil genommen.

Die Verlesung des Protocolls wird in der nächsten Sitzung vorbehalten und der Schluß der heutigen durch den Herrn Vorsitzenden Desterreich ausgesprochen.

N^o 14.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o 272. der Braunschweigischen Anzeigen.)

1854.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 16. October 1854.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Denecke und Grottrian ist durch dringende Geschäfte entschuldigt.

Die Protokolle vom 28. v. und 12. d. M. werden von dem Protokollführer vorgelesen und mit einigen in Bezug auf das letztere Protokoll sofort vorgenommenen Modificationen von der Versammlung genehmigt.

I. Auf den Antrag des Herrn Fabricius beschließt die Versammlung, zunächst zu der in der letzten Sitzung am 12. d. Mts. für die heutige ausgesetzten Wahl eines Stadtbaumeisters für die hiesige Stadt überzugehen.

Der Herr Vorsitzende theilt der Versammlung mit, daß ihm inzwischen eine von hiesigen Architekten unterzeichnete und an die Stadtverordneten-Versammlung gerichtete schriftliche Eingabe überreicht sei, welche auf Beschluß der Versammlung von dem Herrn Vorsitzenden verlesen wird.

Von Herrn Häusler wird beantragt, daß diese Eingabe zu einer öffentlichen Besprechung in dieser Versammlung verstellt werden möge, da dieselbe in officieller Weise an die Stadtverordneten-Versammlung gebracht sei.

Herr Oberbürgermeister Caspari spricht sich ebenfalls für eine öffentliche Verhandlung in dieser Beziehung aus.

Ebenso unterstützt auch Herr Nies den Antrag des Herrn Häusler.

Die Versammlung beschließt hiernach, sich zu einer öffentlichen Sitzung zu constituiren.

In jener Eingabe erklären die unterzeichneten Architekten, geleitet von dem Interesse ihrer Fachgenossenschaft, ihre Uebereinstimmung mit der Aufstellung der beiden Candidaten aus dem diesseitigen Lande und wollen die Wahl Eines derselben mit Freude begrüßen, drücken aber zugleich eine schmerzliche Verwunderung darüber aus, daß von dem Stadt-Magistrate der Architect Simons in Berlin an erster Stelle in Vorschlag gebracht sei. Sie bezweifeln nicht die vollkommene Qualification dieses Mannes, eben so wenig aber auch, daß es dem Stadt-Magistrate habe schwer werden dürfen, statt desselben im diesseitigen Lande einen eben so befähigten Beamten als dritten Candidaten zu der Stadtbaumeister-Stelle zu finden. Sie fragen deshalb: »warum im Auslande suchen, was man, ohne anmaßend sein zu wollen, im eigenen Lande haben kann?« — »warum die Fachgenossenschaft der hiesigen Architekten durch ein solches Verfahren eben so in ihrer Würde, als in ihren Interessen verletzen?« Die Unterzeichner finden schon genug Begünstigung darin, daß die Gönner des Simons demselben den Neubau des Bankgebäudes sofort, ohne Zulassung einer Concurrenz der Braunschweiger Architekten, übertragen haben, zumal doch mehrere der letztern bereits zu einigen Malen hier und nach Außen und nicht ohne Ehre concurrirt hätten. Wenn die Aufstellung des Simons als Candidaten dadurch motivirt worden, daß es durchaus nothwendig sei, frisches Blut in die Braunschweigischen Architekten zu bringen und den alten Schlenbrian der hiesigen Gewerke aus seiner Lethargie zu erwecken, sowie durch einen geeigneten Baumeister eine bessere und kräftigere Einwirkung auf den Geschmack und auf die Ausführung der Bauten in hiesiger Stadt zu ermöglichen, so schmeicheln sich und behaupten die Unterzeichner der Eingabe, ihrerseits das Mögliche gethan und namentlich nach besten Kräften bekämpft zu haben, was so mißliebig bezeichnet worden sei, wobei erwogen werden müsse, daß in Ermangelung eines städtischen Baustatuts ihre Einwirkung auf Privatbauten unmöglich gewesen sei. Indem die unterzeichneten Architekten die fernere Behauptung aufstellen, daß auch ein fremder Architect ohne ein solches Statut dem Verlangten zu entsprechen nicht im Stande sein werde, richten dieselben in Erwägung des hier für sie zur Geltung kommenden Ehrenpunktes, im Hinblicke übrigens auch auf die jüngeren hiesigen Baubeamten, das Ersuchen an die Stadtverordneten-Versammlung:

an die Stelle des designirten auswärtigen Architekten einen hiesigen Architekten auf die Wahlliste setzen zu lassen.

Unter Bezugnahme auf den §. 122 der revidirten Städteordnung beantragt der Herr Vorsitzende:

daß die mitgetheilte Eingabe der Architekten lediglich zu den Acten gelegt werde,

da dem Stadt-Magistrate das Präsentationsrecht zur Besetzung städtischer Aemter gesetzlich zustehe und die Stadtverordneten-Versammlung nur aus den vom Stadt-Magistrate in Ausübung seines Rechts präsentirten Candidaten den städtischen Beamten zu wählen habe.

Herr Häusler: Er könne in der Eingabe nur einen Ausdruck der Animosität finden, mit welcher hiesige Architekten öffentlich über die Aufstellung des mit vorgeschlagenen fremden Architekten als Candidaten für das Amt eines Stadtbaumeisters sich ausgelassen hätten. Die Anforderung derselben, daß die Berücksichtigung einer dem diesseitigen Staate nicht angehörigen Person für jenes so wichtige städtische Amt ausgeschlossen bleiben müsse, sei eine durchaus unbegründete, da dieselbe mit der gesetzlich freien Wahl der städtischen Behörden in geradem Widerspruche stehe. Sei in einem andern Staate eine besonders befähigte und auch in anderer Beziehung vorzugsweise geeignete Persönlichkeit für ein städtisches Amt gefunden, so liege es in den Befugnissen des Stadt-Magistrats und in der Natur der Sache, auch auf eine solche Person Rücksicht zu nehmen. Und insbesondere gerade seien in diesem Falle die desfallsigen Wünsche des Stadt-Magistrats um so mehr zu beachten, als zunächst diesem die Beaufsichtigung des Stadtbaumeisters in seiner Amtsführung obliege und es in sofern auf die Begründung und Förderung eines guten Verhältnisses zwischen dem Stadt-Magistrate und dem zu wählenden Stadtbaumeister ankomme. Nicht allein der gänzlich unzulässige Antrag der Eingabe, sondern auch die darin enthaltene durchaus unangemessene Redeweise könne nur zu dem Resultate führen, daß darüber zur Tagesordnung hinweggegangen werde.

Herr Oberbürgermeister Caspary hält den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden an sich für allein richtig und zulässig, da die revidirte Städteordnung die von Seiten des Stadt-Magistrats beobachtete Form für Anstellung von städtischen Beamten vorschreibe. Wenn nun aber der Stadt-Magistrat wohl erwogen habe, welche Personen zur Uebernahme des Amts eines Stadtbaumeisters am besten sich eignen möchten, und danach die Präsentation dreier Candidaten zur Auswahl erfolgt sei, so verrathe das Verlangen der Architekten, an die Stelle des Einen der drei Candidaten eine andere Person gesetzt zu sehen, und zwar lediglich, weil dieser Eine nicht ein Angehöriger des diesseitigen Staates sei, ein ganzliches Verkennen der Rechte und Pflichten des Stadt-Magistrats. Die Anregung zu einem solchen Verlangen werde auch nur von einzelnen Personen ausgegangen sein, welche sich unangenehm dadurch berührt fühlten, daß sie bei der Präsentation übergangen seien, denn die Namensunterschriften unter der vorliegenden Eingabe zeigten Personen, welche theils nicht daran gedacht haben würden, zu dem Amte eines Stadtbaumeisters berufen zu werden, theils aber verständiger Weise nicht daran hätten denken können. Andere aber habe der Stadt-Magistrat, wie er hier offen aussprechen wolle, ohne Hintansehung des Gemeinwohls der hiesigen Stadt mit gutem Gewissen zu einem so wichtigen Amte nicht in Vorschlag bringen zu können geglaubt. Schon hiedurch werde es gerechtfertigt erscheinen, daß der Stadt-Magistrat auch außerhalb der Grenzen der hiesigen Stadt und des diesseitigen Landes nach einer qualificirten Persönlichkeit geforscht habe; es habe dabei der Stadt-Magistrat insbesondere auch berücksichtigt, daß es den hiesigen Verhältnissen wohl entspreche, durch einen Mann aus andern Kreisen, mit neuen Ansichten und strengern Anforderungen eine kräftigere und geüblichere Einwirkung auf das hiesige Bauwesen herbei zu führen, wie sich solches schon in einem andern Zweige des Bauwesens bewährt habe.

Herr Aronheim läßt es dahin gestellt sein, aus welchem Antriebe die Eingabe der Architekten hervorgegangen, erkennt auch an, daß dieselbe ungehörig sei und ein nicht zu beachtendes Petitum enthalte, will gleichwohl den Architekten nicht die Be-

rechti gung versagen, aus den von denselben angedeuteten Gesichtspunkten diese Angelegenheit aufzufassen. Müsse es den hiesigen Architecten unangenehm und empfindlich sein, daß sich einer Beförderung ihrer selbst auch hier Schwierigkeiten in den Weg stellten, und dürfe von ihnen wohl nicht verlangt werden, ihre eigenen Interessen ganz und gar zu verleugnen, so entschuldige doch wohl die Aufregung des Augenblicks Inhalt und Antrag jener Eingabe.

Auch Herr Voigt hält die vor dem Herrn Vorredner in Bezug auf die unter-
schriebenen Architecten ausgesprochene Beurtheilung für hart und ist mit dem Herrn
Aronheim darüber einverstanden, daß zwar in der Form der Vertretung ihrer In-
teressen gefehlt sei, dafür aber auch in der Sache selbst einige Entschuldigung gefun-
den werden möge, und da unter den Unterschriften Namen von der höchsten Respecta-
bilität sich befänden, so beantragt der Herr Redner:

ohne weitere Rüge über die Eingabe zur Tagesordnung überzugehen.

Nachdem dieser Antrag durch Mehrheitsbeschluß der Versammlung angenommen worden, äußert sich Herr Fabricius auf Grund der von ihm eingezogenen Erkun-
digungen über die aufgestellten drei Candidaten, unter welchen derselbe den Baucon-
ducteur Tappe in Gandersheim ganz besonders empfehlen zu können glaubt: Tappe
besitze eine gute Gesundheit und Jugendkraft, seine Tüchtigkeit werde in jeder Beziehung
durch Zeugnisse der Behörden anerkannt und habe sich auch bereits bewährt, nicht bloß
in der Restauration mehrerer alter Kirchen, welche er mit einem verhältnißmäßig gerin-
gen Kostenaufwande vortrefflich hergestellt habe, sondern auch im Civilbaue, so daß
ihm auch leht hin noch der Bau des Bahnhof's-Gebäudes in Gandersheim übertra-
gen sei.

Herr Voigt erklärt schließlich, daß seine Stellung zu der vorliegenden Angele-
genheit eine peinliche sei, daß er zwar seiner Ueberzeugung nach nur für den Baucon-
ducteur Tappe stimmen könne, aber es vorziehe, sich der Abstimmung zu enthalten
und mit einem zufällig nicht erschienenen Collegen, der für den Architecten Simons
gestimmt haben würde, abzupaaren.

Hierauf fordert der Herr Vorsitzende die Versammlung zur Wahl auf; die Stimm-
zetteln werden gesammelt; in der Wahlurne befinden sich 25 Zettel; bei der Oeffnung
derselben zeigt es sich aber, daß ein Zettel unbeschrieben ist.

Von den von dem Stadt-Magistrate vorgeschlagenen Wahlcandidaten erhalten
der Architect Simons in Berlin:

elf Stimmen,

der Bauconducteur Carl Tappe in Gandersheim:

dreizehn Stimmen,

wonach der Letztere, als durch absolute Stimmenmehrheit zu dem Amte eines Stadt-
baumeisters für die hiesige Stadt berufen, von dem Herrn Vorsitzenden proclamirt wird.

II. Mittelft Schreibens vom 6. v. Mts. hat der Stadt-Magistrat nochmals den
in dieser Versammlung in den Sitzungen am 13. und 27. October v. J. berathenen
Entwurf eines Dienstreglements für die öffentlichen Nachtwächter der hiesigen Stadt
zur Vorlage gebracht.

In Folge der Berichterstattung des Herrn Häusler hat der Stadtmagistrat mit der Feststellung der Entwurfs-Bestimmungen, wie solche aus der diesseitigen Berathung hervorgegangen sind, sich einverstanden erklärt und den folchergehalt modificirten Entwurf mit einem motivirenden Begleitschreiben der Herzogl. Polizei-Direction mitgetheilt. Von Letzterer ist der Entwurf mittelst Berichts dem Herzogl. Staats-Ministerium zur Genehmigung vorgelegt und von diesem ein weiterer Bericht des Stadt-Magistrats gefordert, da die Herzogl. Polizei-Direction in Betreff zweier Punkte Einwendungen gegen den Entwurf erhoben hat.

Zunächst erachtet es Herzogl. Polizei-Direction, wofür dieselbe sich auch schon früher entschieden hat, für dringend nothwendig, daß zum Zwecke der Einrichtung von drei besondern Nachtwächter-Revieren auf den Ballpromenaden die Zahl der Nachtwächter um sechs, also von 36 auf 42, vermehrt werde.

Sodann hält es Herzogl. Polizei-Direction auch jetzt noch für wünschenswerth und angemessen, daß der Lohn für jeden öffentlichen Nachtwächter auf jährlich 52 \mathfrak{g} erhöht, dagegen aber denselben das Sammeln von Geschenken zu Neujahr und Fastnachten für die Zukunft nicht mehr gestattet werde.

Auf den erstern Punkt hat die Herzogl. Polizei-Direction in ihrem Berichte an Herzogl. Staats-Ministerium ein ganz besonderes Gewicht gelegt und denselben durch eine ausführlichere Erörterung zu begründen versucht. Es ist insbesondere hervorgehoben, daß die Nachtwächter der Vorschrift im §. 12 des Entwurfs, nach welcher ein Jeder derselben in einer halben Stunde seinen District durchgehen, alle Winkel und Quergassen durchsuchen und auf Alles Acht haben solle, was in den Straßen und Häusern vorgehe, nicht überall genügen könnten. Durch desfalls angestellte Versuche ist nämlich ermittelt worden, daß zum Durchgehen der einzelnen Nachtwächter-Reviere bei guter Witterung, in gewöhnlichem Schritte und ohne irgend welchen Aufenthalt nur für sechs Reviere nicht ganz 30, für sieben Reviere 30, für fünf Reviere aber mehr als 30 Minuten unumgänglich erforderlich sind. Aus dieser thatsächlichen Ermittlung wird die Nothwendigkeit hergeleitet, daß die Nachtwächter-Reviere verkleinert, folgeweise aber auch die Zahl der Nachtwächter vermehrt werden müßten, da jene günstigeren Voraussetzungen nur selten vorhanden seien und eine gewissenhafte Befolgung des Dienstreglements oft zu einem größern oder geringern Aufenthalte Veranlassung geben würde. Zum Zwecke einer anderweiten Bestimmung und Abgränzung der Nachtwächter-Reviere hat Herzogl. Polizei-Direction in Vorschlag gebracht, die nächtliche Bewachung der Ballpromenaden von dem Dienste der Nachtwächter im Innern der Stadt zu trennen und auf den Ballpromenaden drei besondere Nachtwächter-Reviere in der Weise einzurichten, daß jedes derselben durch zwei Stadthore begrenzt und von einem ausschließlich für diese Strecke bestimmten Nachtwächter begangen wird. Auf solche Weise würde es möglich sein, im Innern der Stadt kleinere Nachtwächter-Reviere zu bilden, dadurch eine zuverlässigere Controlle über die Nachtwächter herbeiführen und zugleich eine bessere Bewachung, nicht bloß der Stadt, sondern auch der Ballpromenade zu erreichen.

Der Stadt-Magistrat glaubt nach den festgestellten Thatsachen und der weiteren Ausführung diesem Vorschlage der Herzogl. Polizei-Direction im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nicht ferner entgegen treten zu können.

Der Herr Häusler theilt diese Ansicht insoweit, als es sich um eine Vermehrung der Zahl der Nachtwächter um sechs Personen handelt, äußert aber aus Rücksicht auf die Handhabung einer wirksamen Controle über die Nachtwächter sein Bedenken dagegen, daß auf den Wallpromenaden besondere Nachtwächter-Reviere geschaffen und nicht vielmehr die Wallpromenaden mit den nächstgelegenen Stadtreviere verbunden, eventuell aber die Wallpromenaden nur in drei Reviere abgetheilt werden sollen. Indem hiernach der Herr Berichtserstatter der Versammlung

die Vermehrung der Zahl der öffentlichen Nachtwächter von 36 auf 42 Personen

zur Genehmigung empfiehlt, giebt derselbe im Uebrigen anheim:

die anderweite Feststellung der Nachtwächter-Reviere der Vereinbarung zwischen dem Stadt-Magistrate und der Herzogl. Polizei-Direction zu überlassen, dabei jedoch die obigen auf die Einrichtung besonderer Nachtwächter-Reviere auf den Wallpromenaden bezüglich Bedenken dem Stadt-Magistrate zur sorgfältigsten Erwägung zu verstellen.

Von den Herren Nieß und Graß wird der Vorschlag der Herzogl. Polizei-Direction auch hinsichtlich der Anstellung besonderer Nachtwächter für die Wallpromenaden im Allgemeinen unterstützt.

Die Versammlung erklärt durch Beschluß ihre Genehmigung und Zustimmung zu den Anträgen des Herrn Häusler.

Dem Herrn Graß hat die stattgehabte Verhandlung Veranlassung gegeben, auch der Angehörigen der hiesigen Stadt außerhalb der Thorbarrieren sich anzunehmen und darauf anzutragen:

die Anstellung öffentlicher Nachtwächter auch vor den Thoren zu beschließen, da den dortigen Bewohnern bei den häufig vorgekommenen Diebstählen vor den Thoren ein nächtlicher Schutz Noth thue und wegen der gleichmäßigen Heranziehung derselben zu den städtischen Steuern billiger Weise nicht zu versagen sei.

Der von dem Herrn Räche befürwortete Antrag wird von dem Herrn Lisse-bon hauptsächlich aus dem Grund für bedenklich gehalten, weil die nächtliche Bewachung des weit ausgedehnten Gebiets vor den Thoren die Anstellung einer zu großen Anzahl von Nachtwächtern nothwendig machen würde, von dem Herrn Kellner jedoch in der Beschränkung unterstützt, daß den Bewohnern vor den Thoren wenigstens ein Zuschuß aus der Stadt-Casse zu den Löhnen der dort meistens schon angenommenen Privatnachtschwächer gewährt werde.

Dem Herrn Vorsitzenden und dem Herrn Häusler erscheint der obige Antrag des Herrn Graß zur Zeit nicht genügend vorbereitet, um über denselben sofort berathen und beschließen zu können, und wird mit Rücksicht hierauf, einem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden entsprechend, von der Versammlung beschloffen:

den Stadt-Magistrat zu ersuchen, die Anstellung öffentlicher Nachtwächter vor den Thoren oder doch die Gewährung eines Zuschusses zu den Löhnen

der dort angenommenen Privatnachtswächter aus der Stadt-Casse in Erwägung zu ziehen und desfallsige Vorschläge an die Versammlung gelangen zu lassen.

Der zweite Vorschlag der Herzogl. Polizei-Direction, die Erhöhung der Löhne der öffentlichen Nachtwächter von jährlich 36 fl auf 52 fl betreffend, wird wiederholt dadurch motivirt, daß die etwas bessere Löhnung dazu dienen solle und werde, den Nachtwächtern um so eher einige Rubestunden am Tage zu ermöglichen und dieselben für den dadurch entzogenen Tageserwerb angemessener zu entschädigen, was wiederum auf deren Nachtdienst nur vortheilhaft einwirken müßte. Es würden alsdann aber auch den Nachtwächtern die Sammlungen zu Neujahr und Fastnachten, welche für Sene eben so lästig und unangenehm seien, wie für das Publicum selbst, zu unter sagen seien, da ja doch das Ansprechen des Publicums um solche Gaben mehr einer Bettelei, als einer Remunerirung für Dienstleistungen ähnlich sehe.

Der Stadt-Magistrat erklärt sich in seinem Schreiben unter Bezugnahme auf die früher über diesen Punkt von ihm selbst gemachten Äußerungen und auf die in dieser Versammlung vorgekommenen Verhandlungen mit diesem Vorschlage nicht einverstanden. Eben so glaubt auch der Herr Berichtserstatter Häusler beantragen zu dürfen:

daß es bei der Bestimmung des Gehalts der Nachtwächter auf jährlich 36 fl und bei den Neujahrs- und Fastnachts-Sammlungen belassen werde,

da schon bei den frühern Verhandlungen über diesen Punkt erwogen worden sei, daß auch ungeachtet der vorgeschlagenen Gehaltserhöhung jene Sammlungen, die auf einem alten Herkommen sich gründeten und wohl nicht leicht zu unangenehmen Begegnungen Veranlassung geben möchten, doch nicht ganz würden beseitigt werden.

Herr Graß unterstützt den Vorschlag der Herzogl. Polizei-Direction und stellt auf die Annahme desselben seinerseits einen förmlichen Antrag, indem er die Neujahrs- und Fastnachts-Sammlungen der Nachtwächter bei dem Publicum nicht mehr für zeitgemäß hält, die Anweisung der Nachtwächter auf solche Gaben der ausdrücklichen Hinweisung auf eine Bettelei gleichachtet und statt derselben eine Gehaltserhöhung vorzieht, zumal es ja in der Sache einerlei sei, ob die Nachtwächter zu einem höhern Dienst Einkommen durch Zahlungen aus einer öffentlichen Casse oder durch Privatschenke gelangten.

Gegen diese Motivirung macht Herr Oberbürgermeister Caspari insbesondere geltend, daß Gaben, die aus dem freien Willen des Publikums hervorgingen, nicht für so lästig und drückend zu halten seien, als wenn die vermehrten Ausgaben einer öffentlichen Casse vergrößerte Beiträge auf Seiten des Publicums erheischten, und jene Gaben selbst mehr den Character einer belohnenden und dadurch den Dienstfeier und das Ehrgefühl der Empfänger anregenden Vergeltung für Verrichtungen an sich trügen, die oft auch von den Nachtwächtern neben der Erfüllung ihres öffentlichen Dienstes dem Publicum geleistet würden.

Unter Ablehnung des Antrages des Herrn Graß wird von der Versammlung beschlossen:

es bei den betreffenden Bestimmungen des Reglements-Entwurfs bewenden zu lassen.

III. Durch ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 7. v. M. wird mitgetheilt, daß in früherer Zeit den für die hiesige Stadt zugelassenen Hebeammen eine feste jährliche Remuneration aus der Stadt-Casse bewilligt sei. Die Zahl der zur Empfangnahme solcher Remuneration, deren Bewilligung in späterer Zeit unterblieben sei, berechtigten Hebeammen schwinde mehr und mehr. Statt jener dauernden Remuneration habe der hiesige Stadtphysicus darauf angetragen, daß die Kosten des Unterrichts und der Prüfung derjenigen hiesigen Einwohnerinnen, welche künftig als Hebeammen hieselbst anzustellen sein würden, sowie die Kosten der Anschaffung der nothwendigsten Geräthschaften für diese auf die Stadt-Casse übernommen werden möchten. Die Unentbehrlichkeit der Hebeammen namentlich für die unbemittelten hiesigen Einwohner lasse diesen Antrag insoweit berücksichtigungswerth erscheinen, als es sich um Zulassung von Personen als Hebeammen handeln werde, die zur Bezahlung der Unterrichts- und Prüfungs-Kosten im Betrage von 40 fl etwa nicht im Stande sein würden. Soviel die Anschaffung der nothwendigsten Geräthschaften für solche Personen auf Kosten der Stadt-Casse betreffe, so würde diese Hilfe am zweckmäßigsten so aufzufassen sein, daß die Geräthschaften den Hebeammen nur geliehen und wegen deren demnächstiger Rücklieferung Sicherungsmaßregeln getroffen werden.

Danach wird von dem Stadt-Magistrate der Versammlung anheimgegeben:

sich damit einverstanden zu erklären, daß die erwähnten Kosten insoweit, als es nach dem Ermessen des Stadt-Magistrats und im Einverständnisse mit dem hiesigen Stadtphysicus in jedem einzelnen Falle zweckmäßig und nöthig sein würde, aus der Stadt-Casse bezahlt werden.

Auf den befürworteten Bericht des Herrn Häusler erklärt die Versammlung durch Beschluß die beantragte Zustimmung zu den solchergestalt auf die Stadt-Casse zu übernehmenden Ausgaben.

An diese Angelegenheit knüpft Herr Kronheim den anderweitigen Antrag:

den Stadt-Magistrat zu ersuchen, nach vorgängiger Verhandlung mit dem Stadt-Physicus eine Einrichtung zu treffen, daß geeignete Personen in der Wartung und Pflege von Kranken unterrichtet und geprüft und die dadurch entstehenden Kosten aus der Stadt-Casse berichtigt werden,

und behält sich eine Motivirung dieses Antrages vor.

IV. Ueber ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 12. August d. J. erstattet Namens der Finanz-Commission Herr Wankelius Bericht.

Von den beiden Unternehmern der Straßenreinigung hat der Eine, der Mietskutscher Unbeheude, auf Grund des §. 7 des desfalls mit demselben abgeschlossenen Verdingungs-Contractes für Fuhren, welche von ihm auf vorgängige Anforderung der Herzogl. Polizei-Direction außerordentlicher Weise geleistet sein sollen, die verabredete Vergütung von täglich 1 fl 8 gr pro Wagen, unter Aufstellung specieller Rechnungen mit insgesammt 219 fl liquidirt. Von dieser Summe sind dem Unbeheude bereits für Fuhren, welche als außerordentliche Leistungen haben anerkannt werden müssen, in Gemäßheit des obgedachten §. 7 154 fl 16 gr aus der Stadt-Casse gezahlt; dagegen sind 64 fl 8 gr in Absatz gebracht, weil die angeblichen Fuhren, für welche

die letztere Summe berechnet ist, nach der bei Herzogl. Polizei-Direction stattgehabten Controle nicht zu den besonders zu vergütenden Leistungen gehören. Gleichwohl beansprucht der Unbehende eine Zahlung auch dieser 64 fl 8 gr , gegen welche sich der Stadt-Magistrat aus dem letztangeführten Grunde ausspricht.

Sodann haben beide Unternehmer der Straßenreinigung, der Unbehende und der Fuhrmann Schacht, eine Erhöhung des in dem schon erwähnten §. 7 der beiderseitigen Verdings-Contracte festgestellten Vergütungssatzes von 1 fl 8 gr um 4 gr gebeten, da sie in Folge der bisherigen so theuren Preise aller Nahrungsmittel, für Personen und für Pferde, bei Zuziehung fremder Geschirre, zu welcher sie gezwungen gewesen, um den Anforderungen der Herzogl. Polizei-Direction genügen zu können, selbst eine Vergütung von täglich 1 fl 12 gr pro Wagen hätten zahlen müssen. Eine solche Erhöhung würde die Beträge, welche für außerordentlicher Weise geleistete Fuhren zu zahlen gewesen sind, um den achten Theil steigern und eine Nachverwilligung für Unbehende von 19 fl 8 gr und für Schacht von 14 fl 6 gr nöthig machen. Der Stadt-Magistrat giebt der Versammlung die Gewährung dieses Gesuchs aus dem angeführten nach der Billigkeit wohl zu berücksichtigenden Grunde anheim.

Die Finanz-Commission ist mit dem Stadt-Magistrate darüber einverstanden, daß dem Unbehende die angeforderten 64 fl 8 gr nicht zu zahlen seien und beantragt demnach:

die Zurückweisung dieser Forderung.

Rücksichtlich der Nachverwilligung von 19 fl 8 gr und 14 fl 6 gr stimmt die Commission mit dem Stadt-Magistrate nicht überein, indem dieselbe von folgenden Gesichtspunkten ausgeht: Die bei Verdingscontracten auf mehrere Jahre je nach den Conjunctionen hin und wieder eintretenden Vortheile und Nachtheile würden sich im Wesentlichen für die beiderseitigen Contractanten ausgleichen und jedenfalls würde unter Privatpersonen in dem zeitweiligen Vortheile des einen Theils für diesen keine genügende Veranlassung zu einer Schadloshaltung des andern Theils gefunden werden. Daß hier Privatpersonen einer öffentlichen Casse, der Stadt-Casse gegenüber stehen, könne an der privatrechtlichen Auffassung dieses Contracts-Verhältnisses nichts ändern, gleichwie auch eine der letztern ungünstige Conjunction die Unternehmer gewiß nicht zur Gewährung einer Vergütung bestimmen würde. Wären die bestehenden Contracte den Unternehmern im Ganzen genommen geradezu nachtheilig, so könnte eher von einer außerordentlichen Verwilligung die Rede sein, zumal wenn es dieselben sich besonders hätten angelegen sein lassen, ihre contractlichen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Die erstere Rücksicht sei hier so wenig zutreffend, wie, namentlich dem Einem der beiden Unternehmer gegenüber, die letztere und deshalb trage die Commission darauf an:

die von dem Stadt-Magistrate befürwortete Nachverwilligung der 33 fl 14 gr abzulehnen.

Nach kurzer Verhandlung, an welcher sich insbesondere die Herren Aronheim, Graß, Eissebon, Südel und Helfft betheiligen, wird durch Mehrheitsbeschluß der Versammlung:

die Forderung des Unbehenden zu 64 fl 8 gr zurückgewiesen, dagegen die Nachverwilligung von 19 fl 8 gr und 14 fl 6 gr für Unbehende und Schacht ausgesprochen.

V. Zur Motivirung seines unter N III. aufgenommenen Antrages erhält Herr Kronheim das Wort und spricht folgendermaßen über den Antrag sich aus:

Wer das Unglück gehabt habe, an dem Krankenbette einer geliebten Person auszuharren zu müssen, der werde erfahren haben, welches Gewicht auf eine tüchtige Krankenpflege zu legen sei. Wo die Erregung der Familie oder deren Mangel an Kräften und Kenntnissen die Sorgfalt für den Kranken ausschliesse, da solle der Wärter dem Kranken zur Seite stehen und mit der Umsicht der Fernstehenden zugleich die liebevolle Aufmerksamkeit der an dem Geschehe des Kranken Theilhabenden verbinden. Sei aber hiezu einerseits eine gewisse Gemüthsbildung und anderseits eine auch dem Laien zugängliche Kenntniß der äußern Krankheits-Erscheinungen, eine präcise Auffassung der vom Arzte gegebenen Verhaltensmaßregeln, ein aufmerksames Beobachten des Kranken zum Zwecke des Berichts an den behandelnden Arzt, die Kenntniß der sichersten und für den Kranken bequemsten Art der Handhabung desselben ein wesentliches Erforderniß, so werde nicht in Abrede zu stellen sein, daß den hiesigen Krankenwärtern all und jedes Requisit für ihre Pflichterfüllung mangle und mangeln müsse, so daß dieselben eine Quelle körperlicher oder geistiger Qualen für den Kranken würden. Sollte diesem Uebelstande begegnet werden, so müßten nach dem Vorgange der größern deutschen Städte die Krankenwärter unter Aufsicht eines Arztes in der Krankenpflege und zwar am Krankenbette selbst unterrichtet und dadurch nicht nur mit den nöthigen Kenntnissen, sondern auch mit der Gemüthsbildung ausgerüstet werden, die auch dem geistig Ungebildeten bei angemessener Belehrung zugänglich seien.

Der also motivirte obige Antrag wird mit dem ferner ausgesprochenen Wunsche des Herrn Kronheim:

daß die Namen der in obigen Beziehungen geeignet befundenen Personen öffentlich bekannt gemacht werden möchten,

von der Versammlung angenommen.

VI. Endlich stellt noch Herr Häusler den Antrag:

den Stadt-Magistrat zu ersuchen, bei Herzogl. Staats-Ministerium dahin zu wirken, daß einestheils bei dem in Angriff genommenen Umbaue des Stadtgerichts-Localz auf eine möglichst feuerfeste Einrichtung des zur Aufnahme der Hypothekenbücher bestimmten Raumes Bedacht genommen, andernteils die Hypothekenbücher aus ihrem jetzigen Aufbewahrungsorte sofort entfernt und in einen mehr Sicherheit gewährenden gebracht werden.

Unter der Vorbemerkung, daß eine von ihm früher schon beantragte Aenderung des Hypothekenwesens auf einen Bericht des Stadt-Magistrats von Herzogl. Staats-Ministerium bereits in Erwägung gezogen sei, wird von dem Herrn Antragsteller darauf hingewiesen, daß ein Umbau des Stadtgerichts-Localz beschlossen und bereits begonnen sei, daß dabei auch für die Hypothekenbücher ein neuer Raum hergerichtet werden solle und es daher angemessen sein werde, beim Herzogl. Staats-Ministerium auf die bisher schon außer Acht gelassene Sicherheit dieser Bücher hinzuwirken. — Auf der andern Seite mache die Beschaffenheit des jetzt zur Aufbewahrung der Hypo-

theken-Registratur bestimmten Locals in dem im untern Stockwerke von einem Drogueriwaaren-Händler bewohnten, sehr schlechte und steile Treppen enthaltenden Reiden'schen Hause es dringend nothwendig, auf eine Veränderung des Locals hinzuwirken, da bei ausbrechendem Feuer, sei es auch nur in einem benachbarten Hause, der Verlust der Bücher und der dazu gehörigen Documente zu besorgen sei, und die dadurch entstehende Rechtsunsicherheit um so größer und unheilvoller sein würde, als die Documente über die vor dem Hypothekengerichte vorgehenden Verhandlungen regelmäßig sechs Monate, ja oft ein Jahr lang unausgefertigt blieben.

Der Antrag wird von dem Herrn Graß unterstützt und erhält durch Beschluß die Zustimmung der Versammlung.

Nach Erledigung dieser Gegenstände fordert der Herr Vorsitzende die Finanz-Commission auf, die für die Tagesordnung der nächsten Sitzung bestimmte Verhandlung über die Rechnungen, den Stadthaushalt im Jahre 1853 betreffend, zur Berichterstattung vorzubereiten und schließt die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des heutigen Protocolls ebenfalls für die nächste Sitzung.

Nr. 15.

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 278 de 1854 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1854.

Verhandlungen

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

Am 9. November 1854.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.
Das Protocoll über die letzte Sitzung vom 16. v. M. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung nach einer von dem Herrn Voigt gewünschten und sofort vorgenommenen Modification genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Rischbieter, Bieweg, Leo, Uhde, Kellner, Fabricius, Graf und Warrentropp, welche theils verreist, theils durch dringende Geschäfte abgehalten werden, wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

In Bezug auf die Abwesenheit des Herrn Räche liegt eine desfallsige Entschuldigung nicht vor.

I. Auf Veranlassung eines von dem Herrn Vorsitzenden verlesenen Schreibens des Stadt-Magistrats vom 27. v. Mts. werden zum Zwecke der Uebersiedelung der un-
verehelichten Johanne Dorothee Louise Henriette Jahn's, von hier, sammt zwei außer-
ehelich geborenen Kindern im Alter von jezt 6 und 2 Jahren nach Amerika, in Ueber-
einstimmung mit dem Stadt-Magistrate die erforderlichen Kosten mit 103 fl durch
Mehrheits-Beschluß der Versammlung aus der Stadtcasse bewilligt.

II. In einem Schreiben vom 31. v. Mts. trägt der Stadt-Magistrat darauf an:
daß der hiesigen Kleinkinder-Bewahr-Anstalt auch für den bevorstehenden
Winter eine außerordentliche Unterstützung im Betrage von 200 fl aus der
Stadtcasse gezahlt werde,
da diese Anstalt, deren wohlthätige Wirksamkeit allgemeine Anerkennung verdiene, zumal

bei den gegenwärtigen theuren Preisen aller Lebensmittel einer solchen Unterstützung, um den von derselben verfolgten Zwecken genügen zu können, bedürftig sei, solle eine andernfalls nothwendig werdende Verringerung des ohnehin nicht bedeutenden in 1000 fl in Golde und 2200 fl in Courant bestehenden Grundcapitals der Anstalt vermieden werden.

Namens der Finanz-Commission giebt Herr Helfft die Bewilligung jener Summe anheim, welche denn auch durch Beschluß der Versammlung ausgesprochen wird.

III. Ein von Herzogl. Polizei-Direction hieselbst befürwortetes Gesuch der hiesigen Polizeidiener um Erhöhung der ihnen für solche Beforgungen, welche ihnen im Interesse der hiesigen Stadt zur Unterstützung des geringen Dienstpersonals des Stadt-Magistrats in mehr und mehr ausgedehntem Umfange übertragen würden, aus der Stadtcasse bisher gezahlten Remuneration von jährlich 100 fl auf jährlich 150 fl wird nach der Mittheilung des Herrn Helfft, als Referenten der Finanz-Commission, von dem Stadt-Magistrate mittelst Schreibens vom 23. August d. J. unterstützt. Nach einer weitem Aeußerung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari über die Art und Mannigfaltigkeit jener Beforgungen wird von der Versammlung in Uebereinstimmung mit ihrer Commission beschlossen:

daß die bisher gezahlte Remuneration von jährlich 100 fl auf jährlich 150 fl erhöht werde.

IV. Herr Aronheim berichtet über eine vom Stadt-Magistrate durch Schreiben vom 17. v. Mts. der Versammlung mitgetheilte Angelegenheit, in welcher es sich darum handelt, ob der Stadt-Magistrat mit Verpflichtung für die hiesige Stadt auf ein processualisches Rechtsverfahren sich einlassen solle; das Sachverhältniß ist im Wesentlichen Folgendes:

In einem Testamente vom 16. Novbr. 1850 hat der am 25. desselben Monats zu Göttingen verstorbene Dr. med. Pichardt seine Ehefrau, geb. Kirchner, zur alleinigen Erbin eingesetzt und derselben freie Verfügung über sein Vermögen unter Lebenden eingeräumt, übrigens bestimmt, daß von Demjenigen, was bei deren Tode noch vorhanden sein werde, seine fünf Bruderskinder je 4000 fl erhalten, den Rest aber die Armen-Cassen zu Helmstedt, Braunschweig, Holzminden und Göttingen, die Realschule zu Holzminden und der Vorstand des Unterstützungs-Vereins für verarmte Wittwen und Waisen zu gleichen Theilen bekommen sollten. Die hinterbliebene Wittwe Pichardt hat unterm 8. Juli d. J. über den größten Theil des Nachlasses ihres Ehemannes durch documentirte Schenkungen verfügt und ist Tags darauf, am 9. desselben Monats, ebenfalls mit Tode abgegangen; das im Besitze der Wittwe Pichardt gewesene Vermögen hat sich auf 33,000 fl herausgestellt.

Von dem Stadt-Magistrate zu Holzminden ist eine Anfrage an den Stadt-Magistrat hieselbst ergangen, ob nicht im Interesse der im Testamente des Dr. med. Pichardt bedachten Armen-Anstalten u. der Versuch einer Anfechtung der von der Wittwe Pichardt vorgenommenen Schenkungen im Rechtswege geboten sein möchte? Zum Zwecke einer geeigneten Entschließung hierüber sind zwei von dem Stadt-Magistrate zu Holzminden veranlaßte rechtliche Gutachten zweier tüchtiger Juristen mitgetheilt, die

freilich auf entgegengesetzte Resultate hinauslaufen, indem der eine eine Proceßführung für erfolglos, der andere eine solche für ersprießlich hält.

Der Stadt-Magistrat ist der Meinung, daß eine processualische Anfechtung der Schenkungen günstige Erfolge in Aussicht stelle und giebt deshalb der Versammlung anheim:

die Zustimmung zur Aufnahme eines solchen Proceßes zu ertheilen.

Der Herr Referent geht nach einer genauern Darstellung zur rechtlichen Beurtheilung dieser Angelegenheit über, äußert sich über den Inhalt des Pichardtschen Testaments und über die vorliegenden beiden Gutachten und gelangt bei seiner Deduction zu dem Resultate, daß die von der Wittve Pichardt vorgenommenen Schenkungen, welche als Schenkungen auf den Todesfall, wie jene beiden Rechtsverständigen übereinstimmend sich ausgesprochen hätten, gewiß ungültig wären, auch als Schenkungen unter Lebenden mit Erfolg würden angefochten werden können, einmal weil dieselben der aus dem Testamente erkennbaren Willensmeinung des Testators entgegen seien, sodann und hauptsächlich aber, weil es denselben an Seiten der Person, welche als Schenknehmerin gelten solle, an den rechtlichen Erfordernissen einer Schenkung, — an der Zuwendung eines Vortheils und an dem Accepte — fehle.

Auf Empfehlung des Herrn Aronheim erklärt die Versammlung durch Beschluß

die Ermächtigung des Stadt-Magistrats zur Aufnahme des in Frage stehenden Proceßes.

V. Mittelft Schreibens vom 7. Juli d. J. hat der Stadt-Magistrat die über den städtischen Haushalt im Jahre 1853 geführten Rechnungen der Versammlung zur Einsicht und Prüfung mitgetheilt.

Als Referent der mit der Vorprüfung der Rechnungen beauftragten Finanz-Commission erklärt Herr Fudel, daß die Commission zu Erinnerungen gegen die Führung des Stadthaushalts keine Veranlassung gefunden habe. Unter Bezugnahme auf die Mittheilungen über die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten, wie solche durch das diesjährige 33. Stück des Braunschweigischen Magazins namentlich auch rückichtlich der städtischen Cassen veröffentlicht seien, hebt der Herr Referent insbesondere nur hervor, daß nach dem Abschlusse der Stadtcasse 2079 fl mehr eingenommen und 667 fl weniger verausgabt seien, als im Voranschlage angenommen sei. Bei einer Vergleichung der vorigjährigen Stadtcassen-Rechnung mit der vom Jahre 1852 stelle es sich heraus, daß 484 fl weniger eingenommen und 707 fl mehr verausgabt seien, als im Jahre 1852. Jene den Voranschlag übersteigende Mehreinnahme rühre hauptsächlich daher, daß von der ausgeschriebenen Gemeinde- und Armen-Steuer, theils in Folge der genauern Veranlagung derselben, theils in Folge der Abweisung unbegründeter Reclamationen eine größere Summe und zwar 2723 fl mehr als im Jahre 1852, wirklich eingegangen sei.

Dem Antrage der Commission:

die Rechnungen über den Stadthaushalt im Jahre 1853 für justificirt zu erklären,

tritt die Versammlung, da sonstige Erinnerungen und Anträge in Bezug auf die Rechnungen nicht erhoben und gestellt werden, ohne weitere Verhandlung, durch Beschluß beizulegen.

Für die nächste Sitzung kündigt der Herr Vorsitzende die Berathung über den nächstjährigen Stadthaushalts-Etat an und fordert derselbe die Finanz-Commission auf, diese Angelegenheit bis dahin zur Berichtserstattung vorzubereiten.

Die heutige Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls für die nächste Sitzung geschlossen.

Nr. 16.

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 21. d. 1855 der
Braunschweigischen Anzeigen.)

1854.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig

am 23. November 1854.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Leo, G. Klotz, Viemweg, Dr. Räche und Graß wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protocoll über die Sitzung am 9. d. M. wird durch den Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Ueber einige durch Herrn Fabricius erhobene Erinnerungen gegen das durch den Druck veröffentlichte Protocoll vom 16. v. M. wird aus dem Grunde zur Tagesordnung übergegangen, weil festgestellte und bekannt gemachte Protocolle selbst in Folge begründeter Erinnerungen einer Aenderung nicht mehr unterliegen können.

I. Mittelft Schreibens des Stadt-Magistrats vom 17. v. M. ist der Stadt-Cassen-Etat für das Jahr 1855, nebst dem Etat über die Armen-Casse, die Gemeindeschulen und die Wegebau-Casse, mit den zu diesen Etats gehörenden Anlagen der Versammlung mitgetheilt und wird von dem Stadt-Magistrate beantragt:

zu den obigen Etats die Zustimmung zu ertheilen,

und

zu genehmigen, daß das Deficit der Stadt-Casse, im Betrage von 42,000 fl. , durch eine nach den bisher befolgten Grundsätzen auszuschreibende Communalsteuer gedeckt werde.

Die Vorprüfung der auf das kommende Jahr, 1855, für den gesammten städtischen Haushalt festzustellenden Einnahmen und Ausgaben ist der Finanz-Commission übertragen und Namens derselben erstattet Herr Fiedel der Versammlung Bericht, welcher zu den nachfolgenden weitem Mittheilungen und Verhandlungen Veranlassung giebt:

A. Den Stadt-Cassen-Etat betreffend.

1) Für das Capital der 15,000 R , mit welchem sich die Stadt bei der hiesigen Gasanstalt theilhaftig hat, ist, obwohl im Jahre 1853 eine Dividende von 6% gezahlt worden, doch nur eine Dividende von 4%, zu einer Einnahme also von 600 R , angenommen, weil in Folge der Ermäßigung des Gaspreises eine geringere Dividende erfolgen werde.

2) Die gesammte Einnahme berechnet sich auf 36,576 R 21 gr 7 L .

3) Unter den Ausgabe-posten ist vom Stadt-Magistrate für den Stadt-Secretair Carstens statt des bisherigen jährlichen Gehalts von 500 R ein auf 600 R erhöhter Etat-Ansatz ausgeworfen.

Mit dieser Gehalts-Erhöhung erklärt sich auf Antrag der Commission die Versammlung durch Beschluß einverstanden.

4) Ebenso erhalten die vom Stadt-Magistrate vorgeschlagenen Gehalts-Erhöhdungen für den Stadt-Registrator Grütter von 300 R auf 400 R und für die im Geschäfts-Bureau des Stadt-Magistrats beschäftigten Schreiber Duenstedt und Schmidt, für den Erstern von 120 R auf 150 R und für den Letztern von 96 R auf 120 R , auf die Empfehlung der Commission durch Beschluß die Zustimmung der Versammlung.

5) Der in dem Etat aufgenommene Zuschuß zur Unterstützung der mit dem von Schill'schen Denkmale verbundenen Invaliden-Stiftung im Betrage von 50 R wird auf Antrag der Commission auch für das Jahr 1855 von der Versammlung verwilligt.

6) Die einschließlich der zu der Summe von 780 R 20 gr 1 L angenommenen Ausgabe-position für unvorhergesehene Ausgaben, welche im Jahre 1853 auf 944 R 11 gr 6 L sich belaufen haben, sich berechnende Gesamt-Ausgabe von 78,576 R 21 gr 7 L , ergibt gegen die obige Gesamt-Einnahme ein Deficit von 42,000 R , welches durch die Gemeinde- und Armensteuer zu decken sein würde.

B. Den Etat der Armen-Casse betreffend.

1) Für Cur- und sonstige Kosten ausländischer Armen ist eine Etatposition von 400 R aufgestellt, welche nach den weiteren Erläuterungen des Stadt-Magistrats ihren Grund darin hat, daß nach der laut Verordnung vom 12. November v. J. unter den meisten deutschen Regierungen abgeschlossenen Convention jeder Staat die hilfsbedürftigen Unterthanen eines mitcontrahirenden Staats, welche in seinem Gebiete erkranken, gleich seinen eigenen Unterthanen versorgen lassen muß, ohne auf Erstattung der Kosten Anspruch machen zu können, wenn nicht der Verpflegte selbst dazu die Mittel hat. Die nach §. 158 der revidirten Städteordnung daraus für die hiesige Stadt erwachsende Verpflichtung ist rücksichtlich des Kostenpunkts um so erheblicher, als die gute Verpflegung im hiesigen Krankenhause viele Fremde, wenn sie sich krank fühlen, nach hiesiger Stadt führt. Ungeachtet der strengen Untersuchung und Beaufsichtigung der hierher gekommenen Kranken durch den Stadtphysicus Dr. Franke ist doch in den ersten sechs Monaten dieses Jahres der hiesigen Stadt eine Ausgabe für solche Kranke von fast 200 R unvermeidlich geworden und ist danach der Ausgabe-posten von 400 R angenommen.

2) Die Gesamt-Ausgabe von 39,391 R 10 gr 5 L ist bei einer Einnahme von nur 7044 R 6 gr 8 L mit einem Zuschusse von 32,347 R 3 gr 9 L aus der Stadt-Casse zu decken.

C. Den Etat über die Gemeindeschulen betreffend.

1) In diesem Etat ist als Ausgabe der Gehalt des anzustellenden Schuldirectors mit 400 fl vom Stadt-Magistrate mit aufgenommen, weil die Besetzung dieser wichtigen Stelle geschehen solle, sobald es möglich sein werde, eine geeignete Person ausfindig zu machen.

Die Commission giebt der Versammlung anheim:

den Stadt-Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, aus welchen näheren Gründen jene Stelle bis jetzt unbesetzt geblieben sei?

Herr Oberbürgermeister Caspari nimmt zur Ertheilung solcher Auskunft auf den früheren Beschluß der Versammlung Bezug, in Folge dessen eine Deputation von hier abgereist sei, um die Befähigung einer zu jenem Amte in Aussicht gestandenen Persönlichkeit an Ort und Stelle zu erkunden. Von der Deputation sei nun auch jene Persönlichkeit so vollständig befähigt gefunden, daß der Stadt-Magistrat die Letztere bei Herzogl. Consistorium zur Bestätigung mit gutem Grunde habe empfehlen dürfen. Wider Erwarten sei aber von Herzogl. Consistorium jene Bestätigung versagt und ein günstigeres Resultat auch nicht durch eine vom Stadt-Magistrate erhobene Vorstellung bei Herzogl. Staats-Ministerium erreicht. Eine andere Persönlichkeit lasse sich nicht so leicht ausfindig machen, und wenn es auch hoffentlich bald gelingen möge, die Stelle eines Schuldirectors zu besetzen, so sei doch der desfallsige Zeitpunkt nicht näher zu bestimmen.

Auf den von der Versammlung getheilten Wunsch des Herrn Häusler, die Gründe der Zurückweisung der in Aussicht gestandenen Persönlichkeit Seitens des Herzoglichen Consistoriums kennen zu lernen, theilt Herr Oberbürgermeister Caspari in dieser Beziehung Folgendes mit:

Zunächst habe das Herzogl. Consistorium gegen den vorgeschlagenen Candidaten zu erinnern gehabt, daß derselbe, wenn er auch in seiner bisherigen Stellung als Gründer und Leiter einer Realschule Ausgezeichnetes geleistet, darum noch nicht die nöthigen Erfahrungen gewonnen habe, um die Bedürfnisse der Volksschulen, die eine ganz andere Aufgabe, als jene Realschulen, zu lösen hätten, gehörig beurtheilen und würdigen zu können, und daß aus der an dem Candidaten gerühmten Genialität und speculativen Regsamkeit den hiesigen Schulanstalten ein sehr zweifelhafter Gewinn erwachsen möchte. — Dagegen sei von dem Stadt-Magistrate geltend gemacht, daß ein Mann, dem eine solche Anerkennung rücksichtlich seiner bisherigen Wirksamkeit an einer Realschule vom Herzogl. Consistorium selbst zu Theil werde, auch für befähigt gehalten werden dürfe, die Bedürfnisse der Volksschulen, zumal ja eine Realschule nur eine höhere Volksschule sei, richtig aufzufassen und zu ermeßen, und eine solche Befähigung selbst bei dem früheren Amtsinhaber, der nur Lehrer und nicht einmal Director an einer Realschule gewesen, von Herzogl. Consistorium nicht in Zweifel gezogen worden sei.

Sodann sei von dem Herzogl. Consistorium gegen den Candidaten eingewandt, daß derselbe, wenn er auch hier vor Jahren sein erstes theologisches Examen bestanden habe, später doch von weitem theologischen Studien abgezogen sei und nicht einmal in seinem Institute irgend welchen Religions-Unterricht selbst ertheilt habe, zu der Stelle eines Directors für die hiesigen Schulanstalten aber zum Zwecke einer Vertretung und Sicherung des kirchlichen Interesses nur ein theologisch durchgebildeter Schulmann geeignet sei. — Der Stadt-Magistrat habe dagegen vorstellig gemacht, daß der vorge-

schlagene Candidat, als studirter Theologe, im Stande sein werde auch in theologischer Beziehung den Anforderungen zu entsprechen, welche an einen Schuldirector gestellt werden möchten, oder wenigstens sich leicht noch eine solche Befähigung anzuzeignen, und es für jene Stelle vorzugsweise darauf ankommen werde, einen tüchtigen Schulmann zu besitzen, sollte selbst der insbesondere den hiesigen Seminaristen zu ertheilende Religionsunterricht einer andern Person überwiesen werden müssen.

Endlich sei dem vorgeschlagenen Candidaten von Herzogl. Consistorium Unentschiedenheit und Mangel an Selbstständigkeit in den wichtigsten Angelegenheiten des Menschen, in kirchlicher und religiöser Beziehung, vorgeworfen, — ein Vorwurf, welcher nach Ansicht des Stadt-Magistrats aus einer wohl nur mißverstandenen Privatmittheilung jenes Candidaten und gewiß nicht mit Grund hergenommen sei.

Durch diese Erläuterungen ist der Commissions-Antrag erledigt.

2) Die Commission vermißt in dem Etat der Gemeindefchul-Casse eine Ausgabe-portion für Turnunterricht und wird auf desfallsige Anfrage von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari mitgetheilt, daß zur Zeit nach dem Abgange des früheren ein Turnlehrer nicht vorhanden, und aus der geringen Betheiligung an dem Turnunterrichte und aus dem dadurch um so größer erscheinenden Kostenaufwande Veranlassung genommen sei, den Turnunterricht einweilen einzustellen.

3) Zur Deckung der Gesamt-Ausgabe von 16,318 fl 21 gr 11 d erfolgen Zuschüsse aus der Stadt-Casse mit 4830 fl und aus der Armen-Casse mit 5895 fl 1 gr 9 d .

D. Den Etat der Wegebau = Casse betreffend.

Die Ausgaben sind auf 9082 fl 23 gr 10 d berechnet und ist zur Deckung derselben ein einstweiliger Vorschuß von 6030 fl 22 gr 6 d aus der Stadt-Casse ausgesetzt.

Ehe über die von der Finanz-Commission zur Annahme empfohlenen obigen Anträge des Stadt-Magistrats rücksichtlich der Feststellung des Stadthaushalts-Etats für das Jahr 1855 in allen seinen Theilen zur Abstimmung geschritten wird, ruft Herr Häusler durch seinen schon in der letzten Sitzung angekündigten Antrag, dahin gehend: daß der hiesigen Speise-Anstalt für Bedürftige auch für den bevorstehenden Winter eine außerordentliche Unterstützung von 200 fl aus der Stadt-Casse bewilligt werde, eine Zwischenverhandlung hervor.

Bei der Motivirung dieses Antrags nimmt Herr Häusler auf die gleichen Bewilligungen in früheren Jahren Bezug und hält die Anstalt außer Stande, die bei den noch fortbestehenden hohen Preisen aller Lebensmittel zu gewärtigenden Ansprüche im kommenden Winter aus eigenen Mitteln zu befriedigen. Zwar seien gegen den Anfang des vergangenen Winters durch mehre Personen, welche zu solchem Zwecke sich vereinigt hätten, zum Besten der Speise-Anstalt freiwillige Gaben in hiesiger Stadt gesammelt, und seien von den gesammelten Geldern noch etwa 1600 fl vorhanden, indessen stehe dieser Betrag dem Vorstande der Anstalt nicht zur Disposition, vielmehr sei über denselben von jenem Personen-Vereine bereits anderweit, insbesondere zum Zwecke des Ankaufs eines Hauses für jene Anstalt verfügt, da die seither von der letztern benutzten Localitäten von sehr schlechter Beschaffenheit seien.

Der Herr Vorlesende erklärt sich im Allgemeinen mit dem Antrage des Herrn Häusler dahin einverstanden, daß, wie früher, der Speise-Anstalt eine außerordent-

liche nach Bedarf zu zahlende Unterstützung bis zu 200 \mathfrak{R} aus der Stadt-Casse verwilligt werden möge, theilt dabei aber mit, daß eine definitive Verfügung über die im vorigen Jahre gesammelten und noch in etwa 1500 \mathfrak{R} bestehenden Gelder von der Commission, welche wegen der Verwendung dieser Summe zusammengetreten sei, noch nicht getroffen worden, da der beabsichtigte Hauskauf nicht zur Realisirung gekommen und es nicht die überwiegende Meinung jener Commission sei, die obige Summe unbedingt zum Ankaufe eines Hauses für die Anstalt zu verwenden.

Gegen den Antrag des Herrn Häusler und die fernere Aeußerung des Herrn Fabricius, daß der Speise-Anstalt der Besitz eines anderweiten Locals sehr wünschenswerth, ja für ein gedeihliches Fortbestehen derselben nothwendig sei, wendet Herr Aronheim ein, daß bei den noch vorrätigen im vergangenen Jahre gesammelten Geldern augenblicklich keine genügende Veranlassung zu einer außerordentlichen Unterstützung vorliege und eben jene zur Abhilfe der Noth gesammelten Gelder im Sinne der Geber auch gegenwärtig zunächst zur Verabreichung von Speisen an Bedürftige verwendet werden müßte, da die damalige Theuerung der Lebensmittel auch jetzt noch fortdauere und Hilfe erheische, — nicht aber zu andern Zwecken, insbesondere nicht zum Ankaufe eines Hauses, eine Verwendung, welche wenigstens zur Zeit nicht angemessen erscheinen könne.

Mit dieser Ansicht stimmen auch Herr Nieß, welcher namentlich hervorhebt, daß die frühere Sammlung freiwilliger Gaben nicht zum Ankaufe eines Hauses vorgenommen sei, und Herr Fudel Namens der Finanz-Commission, welche aus eben jenen Gründen die Beantragung einer außerordentlichen Unterstützung für die Speise-Anstalt unterlassen habe, überein.

Gleichwohl findet Herr Häusler seinen Antrag durch die gegen denselben erhobenen Einwendungen nicht widerlegt, indem sich sonst sogar sagen ließe, die gesammelten Gelder seien auch nicht einmal zur Speisung von Bedürftigen im bevorstehenden Winter zu verwenden, weil sie eben nur gegen die Noth im vergangenen Winter gesammelt wären. Soweit indessen, meint Herr Aronheim, dürfe nicht gegangen werden, denn wenn die gesammelten Gelder nur zu demselben Zwecke, wie im vergangenen, auch im bevorstehenden Winter verwendet würden, sei ein Widerspruch Seitens der Geber gegen die gleiche spätere Verwendung gewiß nicht zu befürchten. Dagegen hält Herr Fabricius nach dem Inhalte des von ihm verlesenen frühern Aufrufs zu den freiwilligen Beiträgen auch eine anderweite Verwendung der gesammelten Gelder zum wirklichen Besten der Speiseanstalt der Absicht und dem Willen der Geber entsprechend, während Hr. Aronheim davon ausgeht, daß die Sammlung zu dem alleinigen Zwecke der derzeitigen oder spätern Hilfeleistung durch Speisung von Bedürftigen, nicht aber zur eigentlichen Fundation der Anstalt vorgenommen sei, und auch Herr Nieß nur eine Verwendung zu dem erstern Zwecke für zulässig und gerechtfertigt erachtet.

Auf die Aeußerung des Herrn Uhde, mit welcher auch Herr Helfft sich einverstanden erklärt, daß dem Antrage des Herrn Häusler insoweit stattgegeben werden möge, als der Speiseanstalt eine außerordentliche Unterstützung von 200 \mathfrak{R} wenigstens zur Disposition gestellt sein solle, für den Fall, daß die aus der Sammlung noch vorhandenen Gelder ihre Verwendung erhalten haben würden, daß aber auch nichts dagegen zu erinnern sein werde, wenn zum bessern Fortbestehen der Anstalt demnächst einmal ein Haus für dieselbe angekauft werde, — giebt Herr Aronheim der Versammlung anheim:

die beantragte Verwilligung der 200 \mathfrak{A} auszusprechen und den Stadt-Magistrat zu ersuchen, jene Summe auszahlen zu lassen, wenn der Ertrag der früher veranstalteten Sammlung erschöpft sein würde.

Herr Häusler stimmt mit dieser Antragsform nicht überein, da sein Antrag auf sofortige Verwilligung der 200 \mathfrak{A} gerichtet sei, hat übrigens nichts dagegen einzuwenden, daß die 200 \mathfrak{A} der Speiseanstalt zur Disposition gestellt würden.

Herr Oberbürgermeister Caspari wünscht, daß die Versammlung einen bestimmten Beschluß darüber fassen möge, ob der Speiseanstalt eine außerordentliche Unterstützung von 200 \mathfrak{A} sofort und unbedingt, oder unter welchen speciellen Bedingungen bewilligt sein sollten, und verbindet damit die Versicherung, daß der Stadt-Magistrat selbst eine entsprechende außerordentliche Unterstützung beantragt haben oder beantragen würde, sobald eine dringende Veranlassung dazu sich geboten hätte. Eine solche Veranlassung habe bisher nicht vorgelegen, da von den für die Speiseanstalt gesammelten Geldern noch eine namhafte Summe vorhanden, eine Mittheilung von einer anderweitigen Verfügung über dieselbe dem Stadt-Magistrate noch nicht gemacht sei und der Stadt-Magistrat daher auch noch nicht die Ueberzeugung habe gewinnen können, daß die noch vorhandenen Geldmittel zur Anschaffung und Verabreichung von Lebensmitteln an Bedürftige nicht verwandt seien oder werden würden.

Nach Ansicht des Herrn Steinmeyer würde die Versammlung die Verwilligung der beantragten Unterstützung von 200 \mathfrak{A} in der Weise beschließen können, daß der Stadt-Magistrat ersucht würde, jene Summe nach Bedarf auszahlen zu lassen, wenn die Commission, welche die gesammelten Gelder noch im Verwahrhabe, angezeigt haben werde, daß über eben diese Gelder bereits verfügt sei. Jene Personen, welche im vergangenen Winter die Sammlung freiwilliger Beiträge für die Speiseanstalt veranstaltet, hätten für sich das Vertrauen der Geber in Anspruch genommen und auch durch die Zustellung von Gaben erhalten, daß sie die gesammelten Gelder im Interesse derjenigen Personen, für welche dieselben gegeben seien, so verwenden würden, wie es der Absicht der Geber am Besten entsprechen möchte. Bei dem solchergestalt begründeten Vertrauen dürfe es genügen, wenn nur die Commission von der geschehenen Verwendung der Gelder dem Stadt-Magistrate Anzeige machte, um zur Zahlung der zu verwilligenden Unterstützung Veranlassung zu geben.

Herr Aronheim bemerkt schließlich, daß hier eine Verwechslung der letztgedachten Commission mit dem Vorstande der Speiseanstalt stattfinden werde, dem letztern seien die gesammelten Gelder von jener Commission bis jetzt nicht überwiesen und diese Commission werde das ihr geschenkte Vertrauen dadurch am besten rechtfertigen, wenn sie die in ihrem Verwahrhabe noch befindlichen Gelder möglichst rasch dem Vorstande der Speiseanstalt zur Verfügung stelle.

Nach Schluß der Debatte bringt der Herr Vorsitzende den unbedingten Antrag des Herrn Häusler:

daß der hiesigen Speiseanstalt für Bedürftige auch für den bevorstehenden Winter eine außerordentliche Unterstützung von 200 \mathfrak{A} aus der Stadt-Casse bewilligt werde,

zur Abstimmung und wird, nachdem dieser Antrag abgelehnt worden, von der Versammlung durch Stimmenmehrheit beschlossen:

daß der gedachten Speiseanstalt unter der Voraussetzung, daß die zur Unterstützung derselben im vergangenen Winter gesammelten Gelder erschöpft

sein würden, auch für den bevorstehenden Winter noch eine außerordentliche Unterstützung bis zu 200 \mathfrak{A} aus der Stadt-Casse gewährt werde. Hiernächst ertheilt die Versammlung durch Beschluß: die Zustimmung zu den sämtlichen vom Stadt-Magistrate mitgetheilten Etats im Betreff des Stadthaushalts im Jahre 1855, und erklärt sich ebenso auch mit der fernern Proposition des Stadt-Magistrats einverstanden: daß das Deficit der Stadt-Casse im Betrage von 42,000 \mathfrak{A} durch eine nach den bisher befolgten Grundsätzen auszuschreibende Communalsteuer gedeckt werde.

Die hiermit geschlossene Berathung über den Stadthaushalts-Etat giebt dem Herrn Helfft, als Mitglied der Finanz-Commission, Veranlassung zu der Erklärung, daß dem Stadthaushalts-Etat die Anerkennung nicht zu verlagen sein werde, daß bei der Feststellung der Einnahmen und Ausgaben das Interesse der hiesigen Stadt, Ehre und Anstand möglichst berücksichtigt und gewahrt, insbesondere aber hinsichtlich der Ausgaben jede thünliche Ersparung zu erreichen gesucht und jede Verwendung in Recht und Billigkeit begründet sei. Herr Helfft knüpft daran den Wunsch und die Hoffnung, daß eine solche Anerkennung auch bei dem Publikum, welchem ja die Einsicht sowohl des Stadtcassen-Etats, als der Stadtcassen-Rechnung gesetzlich möglich gemacht sei, immer mehr Eingang finden und bewirken möge, daß dasselbe seinen Pflichten sich nicht entziehe und ein Jeder nach seinen Kräften gewissenhaft zu dem allgemeinen Kostenaufwande beitrage, ohne welchen nun einmal ein Gemeinwesen nicht bestehen könne. So wünschenswerth es sein müsse, wenn bei wirklich zu hoher Schätzung des Einkommens reklamirt werde, um namentlich Unbemittelte nicht unverhältnißmäßig zu belasten, so verkehrend müßten unbegründete, — oft gegen die eigene Ueberzeugung des Reclamanten, nur um Geld zu ersparen, erhobene — Reclamationen erscheinen. Leider hätten mehre Beispiele gelehrt, daß Steuerpflichtige in ihren Ausgaben über ihre Vermögens- und Einkommen-Verhältnisse nicht wahr und aufrichtig gewesen seien, indem es sich bei mehren Todesfällen herausgestellt habe, daß die Nachlassenschaft viel bedeutender gewesen sei, als das Vermögen von dem Lebenden angegeben worden. Oft möchte allerdings auch die Veranlassung zu Reclamationen gegen eine Veranlagung zu der Communalsteuer darin gefunden werden können, daß den Steuerpflichtigen die Grundsätze, nach welchen die Veranlagung geschehe, nicht genügend bekannt seien und derselbe sich selbst nicht klar genug bewußt sei, welches Vermögen oder Einkommen jener Steuer unterliege: — daß nicht bloß die Nutzungen von eigenen oder fremden Capitalien, seien dieselben hier oder auswärts angelegt, Renten, Gehalte, Pensionen, mögen solche bezogen werden, woher sie wollen, ferner die Nutzungen von Grundstücken und Gerechtigkeiten, einerlei, wo dieselben liegen oder begründet seien, sondern auch das Einkommen von Beschäftigungen in Kunst oder Gewerbe, gleichwie der Nutzungswertb eines selbst cultivirten Grundstücks oder der eigenen Wohnung und dergleichen mehr bei der Veranlagung zur Communalsteuer in Anrechnung gebracht werden müssen. Wenn auf der einen Seite es keinem Steuerpflichtigen verlagst sei und verdacht werden könne, nach gewissenhafter eigener Schätzung die Nachweisung einer zu hoch gegriffenen Veranlagung zu liefern und dadurch eine Ermäßigung des Steuerbetrags zu bewirken, so gebiete es auf der andern Seite Ehre und Pflicht, aus eigenem, freiem Antriebe die Erhöhung einer etwa zu niedrigen Veranlagung zu be-

antragen, um sich nicht auf Kosten Anderer in einer für diese mitunter sehr fühlbaren Weise den allgemeinen Lasten zu entziehen und sich selbst dadurch zum Nachtheile dieser Andern mehr oder minder zu bereichern! Es müsse bei dieser Gelegenheit freudig und dankbar anerkannt werden, daß solche höhere Selbstschätzungen schon mehrfach stattgefunden haben!

II. Inhalts eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 7. d. M. ist am 1. d. M. der Termin zur Verdingung der Straßen-Reinigung namentlich der Abfuhr des Straßen- und Hausunraths abgehalten und haben sich an demselben nur einige wenige Personen wirklich betheiligt. Von den Erschienenen ist hauptsächlich an den Contracts-Bestimmungen in den §§. 2 Nr. 3, 4. 8 und 10, nach welchen die Unternehmer der Straßen-Reinigung auch zum Nachfegen der Gassen und andern damit in Verbindung gebrachten Handlungen verpflichtet sein sollen, Anstand genommen. Unter solchen Umständen und wegen der in dem Termine gestellten hohen Forderungen für die Uebernahme der Straßen-Reinigung hat sich der Stadt-Magistrat veranlaßt gesehen, wiederholt in Erwägung zu ziehen, ob die Beibehaltung und Durchführung jener Contracts-Bedingungen erprießlich sein und mit einer höhern Ausgabe aus der Stadtcasse für die Straßen-Reinigung in einem annehmbaren Verhältnisse stehen werde. Nach weitem Erkundigungen und Ermittlungen hält es der Stadtmagistrat für angemessen, daß die Straßenreinigung in einem anderweiten Termine unter Weglassung der auf das Nachfegen der Gassen sich beziehenden Bedingungen ausgetoten werde.

Ueber diese Angelegenheit macht der Herr Vorsitzende Namens der Statutencom-mission der Versammlung Vortrag:

In dem Termine am 1. d. M. haben überhaupt nur drei Personen unter Abgabe ihrer Forderungen zur Uebernahme der Straßenreinigung sich bereit erklärt: für dieselbe durch die ganze Stadt sind von jenen drei Personen 1595 fl , 1500 fl , 1495 fl gefordert; bei einer Theilung der Stadt in 2 Theile haben für den Wilhelms-, Hohe- und Petritthor-District dieselben drei Personen ihre Forderungen auf 890 fl , 880 fl , 875 fl gestellt und hat für den Wendens-, Stein- und Augustthor-District nur eine jener drei Personen eine Forderung von 500 fl gemacht. Bis zum Jahre 1834 ist für die durch einen Unternehmer in der ganzen Stadt übernommene Straßenreinigung eine Verdingssumme von jährlich 1600 fl in Conventions-Münze, seitdem bis zum Jahre 1849 ebenfalls an einen Unternehmer für die ganze Stadt eine Verdingssumme von jährlich 1150 fl Courant gezahlt und zur Zeit kostet die Straßenreinigung bei einer Theilung der Stadt in 2 Theile eine jährliche Verdingungssumme von 450 fl und 400 fl . Abgesehen von den drei Personen, welche sich durch Stellung von Forderungen an jenem Termine wirklich betheiligt haben, ist von andern Personen, die wohl zur Uebernahme der Straßenreinigung unter andern Bedingungen geneigt sein würden, die Meinung ausgesprochen, daß das Nachfegen der Gassen durch den Unternehmer, welches, obwohl es demselben contractlich zur Pflicht gemacht worden, doch nie geschehen sei, sich gar nicht durchführen lasse. Deshalb wollen denn auch diese Personen von der terminlichen Verdingung sich zurückgehalten haben. Der Kostenaufwand für das gehörige Nachfegen der Gassen ist von demselben auf mindestens 375 fl jährlich veranschlagt und es ist dabei noch in Betracht gezogen, daß daraus und aus der weitem Verpflichtung, die Hausbesitzer zum ordnungsmäßigen Vorfegen der Gassen an-

zuhalten und dieselben eventuell zu denunciren, mancherlei unangenehme Berührungen mit dem Publikum und sonstige Umständlichkeiten hervorgehen würden.

Der Herr Vorsitzende nimmt bei dieser Gelegenheit auf die früheren Verhandlungen über eine neue Straßenpolizei-Ordnung Bezug. Die Berathung des Abschnitts derselben, welcher in den §§. 21 — 40 über die Säuberung und Reinerhaltung der Straßen handelt, ist ausgesetzt worden, weil in nähere Erwägung gezogen werden soll, ob nicht nicht jene Säuberung und Reinerhaltung der Straßen auf andere Weise, als in dem Entwürfe der Straßenpolizei-Ordnung vorgeschlagen, insbesondere ohne Privatmitwirkung des Publikums durch Personen, welche auf öffentliche Kosten gehalten würden, bewirkt werden könnte. Die desfalligen Erwägungen haben aber, wie schon in der Sitzung am 12. d. Mts. mitgetheilt ist, zu einem bestimmten Resultate bisher nicht geführt und es sind weitere desfallige Prüfungen und Versuche für jetzt aufgegeben.

Es würde daher, nach Ansicht der Commission, gegenwärtig an der Zeit sein und auch nichts Anderes übrig bleiben, als über den gedachten Abschnitt der Straßenpolizeiordnung unter Zugrundelegung des Entwurfs in weitere Berathung zu treten und jene Ordnung auch rücksichtlich der auf die Verdingung der Straßenreinigung bezüglichen Bestimmungen zum Abschluß zu bringen.

Aber auch ohne die Straßenpolizei-Ordnung zunächst ihre vollständige Erledigung finden zu lassen, glaubt die Commission, da nach Lage der Sache die bisherige Verpflichtung der hiesigen Einwohner zum Reinigen des vor ihren Häusern befindlichen Straßenraums, insbesondere auch der Gassen nicht könne aufgehoben werden, wegen der Verdingung der Straßenreinigung sofort folgenden Antrag stellen zu dürfen:

daß die Verpflichtung zum Nachfegen der Gassen (§. 2 Nr. 3 des jetzt bestehenden Contracts) und die weiter daran geknüpften Verbindlichkeiten (in den §§. 4, 8, 10 daselbst) bei einem anderweiten öffentlichen Ausgebote der Straßenreinigung auf Mindestforderung aus den Licitations-Bedingungen hinweggelassen werden; daß dagegen — unter Beibehaltung der bisherigen in die neue Straßenpolizei-Ordnung aufzunehmenden Verpflichtung der hiesigen Einwohner zum Reinigen der Gassen — der Stadt-Magistrat ersucht werde, dafür Vorsorge zu treffen, daß vom Anbeginn des neuen über die Straßenreinigung abzuschließenden Contracts das Nachfegen der Gassen vor der zur Abfuhr des Unraths u. s. w. festgesetzten Zeit versuchsweise auf Gemeindefosten, und zwar zunächst gegen Tagelohn besorgt werde, — und späterhin über definitive desfallige Einrichtungen mit der Stadtverordneten-Versammlung in Verhandlung zu treten.

Zur Motivirung dieses Antrages wird weiter ausgeführt, daß in Erwägung der vielseitig erhobenen Bedenken gegen die angezogenen Contracts-Bestimmungen und in Anerkennung der Schwierigkeiten, welche mit einer strengen Durchführung und Erfüllung jener contractlichen Verbindlichkeiten verbunden sein würden, es angemessen und rathsam erscheine, die Verpflichtung der Unternehmer der Straßenreinigung zum Nachfegen der Gassen ic. fallen zu lassen. An Stelle dieser Verpflichtung würde aber eine andere Einrichtung, wenn auch erst versuchsweise, zu treffen sein, da nicht verkannt werden könne, daß das Reinigen der Gassen nur alsdann einen guten Erfolg verspreche, wenn dasselbe in einer gewissen Ordnung ausgeübt werde, so daß namentlich die Einführung von Schmutz und Unrath bei der Reinigung des höher gelegenen Stra-

fenraums in die niedriger gelegenen, oft schon früher gereinigte Gasse vermieden würde. Durch die alleinige Verpflichtung der einzelnen Hausbewohner zur Reinigung der Gassen lasse sich aber eine solche Ordnung nicht erreichen und nicht durchsetzen, vor-
 ausichtlich jedoch durch Annahme von Personen, welche zum Nachfegen der Gassen in dem ganzen Straßenzuge vor der Abfuhr des Straßenunraths angewiesen würden. Die dadurch entstehenden und auf die Stadtkasse zu übernehmenden Kosten würden nicht so erheblich sein, und wenn sich eine derartige oder eine andere durch einen solchen Versuch an die Hand gegebene bessere Einrichtung, über welche demnächst die Mittheilung des Stadt-Magistrats zu erwarten sei, bewähre, so würden jene Kosten gut angewandt erscheinen.

Nach dieser Darlegung stellt der Herr Vorsitzende der Versammlung anheim, ob zunächst die Verhandlungen über die Straßenpolizei-Ordnung fortgesetzt und zu Ende geführt werden sollen, und erklärt eventuell die Berathung über den obigen Commissions-Antrag für eröffnet.

Auf diesen Antrag weiter eingehend, äußert sich Herr Nies damit einverstanden, daß die Verpflichtung der Unternehmer der Straßenreinigung zum Nachfegen der Gassen aus den Contractsbedingungen entfernt werde, da sich diese Verpflichtung nicht wohl mit dem Abfahren des Straßenunraths vereinigen lasse, verspricht sich übrigens von der vorgeschlagenen neuen Einrichtung, die Gassen durch Personen, welche aus öffentlichen Mitteln gelohnt würden, nachfegen zu lassen, kein günstiges Resultat, ist vielmehr, um der Polizei klare Maße darüber zu geben, wen dieselbe für das Reinigen der Gassen verantwortlich zu machen habe, der Meinung, daß das Reinigen der Gassen entweder vollständig auf öffentliche Kosten angenommenen Personen übertragen werden, oder aber, da hierüber zur Zeit ein Vorschlag nicht vorliege, allein den betreffenden hiesigen Einwohnern überlassen bleiben müsse, und beantragt daher:

die Versammlung möge dem Antrage der Commission insoweit, als das bloße Nachfegen der Gassen auf Gemeindefkosten durch gelohnte Personen geschehen solle, die Zustimmung versagen.

Ohne weitere Debatte wird indessen durch Beschluß der Versammlung der obige Commissions-Antrag in seinem ganzen Umfange angenommen und damit der Antrag des Herrn Nies abgelehnt.

Endlich spricht sich Herr Nies in Betreff der Verdingung der Straßenreinigung noch dahin aus, daß es zweckmäßiger und vortheilhafter sein werde, für dieselbe nicht einen, sondern zwei Unternehmer zu suchen und auszuwählen, weil das ungetheilte Unternehmen ein zu bedeutendes Anlage-Capital erfordere und eine Theilung desselben eine größere Concurrenz bei der Verdingung ergeben werde.

Auf diese Andeutungen entgegnet der Herr Vorsitzende, daß dem Stadt-Magistrate in Gemäßheit des Beschlusses der Versammlung in der Sitzung am 12. v. M. anheimgegeben sei, die Verdingung der Straßenreinigung in doppelter Weise, als ein Unternehmen durch die ganze, ungetheilte Stadt und als zwei Unternehmungen nach einer Theilung der Stadt in zwei Hälften, zu versuchen, und nummehr zu gewärtigen sei, welche Resultate die Verdingung in der einen oder andern Art liefere und für welche Art der Verdingung der Stadt-Magistrat demnächst sich aussprechen werde.

III. Die weitere Berathung der Straßenpolizei-Ordnung hinsichtlich des noch rückständigen Abschnitts über die Säuberung und Reinerhaltung der Straßen wird auf Vorschlag des Herrn Südel, da die vorgerückte Tageszeit eine Erledigung des ganzen

umfangreichen Abschnitts nicht möglich machen werde, auch für heute von der Versammlung ausgesetzt.

IV. Auf das diesseitige in Gemäßheit eines Beschlusses der Versammlung in der Sitzung am 16. v. M. an den Stadt-Magistrat ergangenen Schreiben, die Anstellung öffentlicher Nachtwächter vor den Thoren oder doch die Gewährung eines Zuschusses zu den Löhnen der dort angenommenen Privatsnachtswächter aus der Stadtcasse betreffend, hat sich der Stadt-Magistrat in einem Schreiben vom 18. d. M. dahin geäußert, daß die Anstellung öffentlicher Nachtwächter vor den Thoren der hiesigen Stadt durch die Umstände nicht geboten und wegen der damit verbundenen großen Kosten nicht zulässig erscheine, ein Zuschuß aus der Stadtcasse zu den Löhnen der dort angenommenen Privatsnachtswächter aber allenfalls gewährt werden dürfe.

Der Herr Vorsitzende giebt, nach Angabe des Inhalts dieses Schreibens, der Versammlung anheim, ob jene Angelegenheit einer Commission zur weiteren Prüfung und demnächstigen Berichtserstattung überwiesen werden solle.

Die Herren Lüdcke und Aronheim sprechen sich für eine Vorberathung jener Angelegenheit durch eine Commission aus, während Herr Lissebon eine solche für nicht erforderlich hält, weil wenigstens die Anstellung von Nachtwächtern vor den Thoren eine über das nothwendige Bedürfniß hinausgehende Maßregel sei.

Einer Entscheidung der Versammlung gemäß wird indessen die Sache von dem Herrn Vorsitzenden der Statuten-Commission überwiesen.

Schließlich fragt Herr Fabricius den Herrn Vorsitzenden nach dem Stande der Angelegenheit wegen Regelung des Handels mit Dorf und Holz in hiesiger Stadt, verbunden mit der Bitte um baldige definitive Feststellung der desfalligen Bestimmungen.

Der Herr Vorsitzende erwiedert hierauf, daß der Statuten-Commission ein auf jenen Handel bezüglicher Statut-Entwurf des Stadt-Magistrats vorliege, dieselbe aber wegen anderer Vorlagen über jenen Entwurf noch nicht habe in Berathung treten können, mit Nächstem jedoch die Sache zur Berathung in der Versammlung vorbereiten werde.

Unter Vorbehalt der Verlesung dieses Protocolls für die nächste Sitzung wird die heutige von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 14. December 1854.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Steinmeyer, Uhde, Wiemeg, Denecke, Köpcke, G. K. Loß und Jüdel wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Eine Entschuldigung für den abwesenden Herrn Räche liegt nicht vor.

Das Protocoll über die Sitzung am 23. v. M. wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung mit einer von dem Herrn Fabricius gewünschten und sofort eingetragenen Modification genehmigt.

I. Nach dem Berichte des Herrn Lissebon, Namens der Baudeputation, hat der Vorsitzende der Altwieker-Gemeinde-Deputation bei Herzogl. Polizei-Direction vorge-
tragen, daß vier näher bezeichnete »Privatwege« der Altwieker-Weichsild-Gemeinde häufig von Personen benutzt würden, welche Grundbesitz von den vertheilten Ländereien nicht erhalten hätten, indem solche Personen auf jenen Wegen zu reiten und zu fahren pflegten, und, um dieser Ungebühr Einhalt zu thun, gebeten, an jenen Wegen Warnungstafeln aufstellen zu dürfen, welche ein Verbot der Benutzung derselben durch Nicht-Interessenten bei einer Strafe von 16 ggr. enthalten sollten. Es ist dabei noch angeführt, daß jene Wege sämtlich aus der Casse der Weichsilds-Gemeinde erhalten würden und auch von dem Pächter der Domaine St. Leonhard nicht benutzt werden dürften. Auf entsprechende Anfrage Seitens der Herzogl. Polizei-Direction bei Herzogl. Landes-Deconomie-Commission sind von der letztern jene Wege als solche bezeichnet, welche als Zugangswege zu den daran belegenen Abfindungsplänen der Altwieker-Interessenten und zu deren ausschließlichem Gebrauche angelegt seien. Gestützt auf diese Mittheilung haben Herzogl. Polizei-Direction und Inhalts eines Schreibens vom 28. October d. J. auch der Stadt-Magistrat das beantragte Verbot der Benutzung jener Wege durch Nicht-Interessenten für unbedenklich gehalten und giebt der letztere der Versammlung anheim:

auch die diesseitige Zustimmung zu einem solchen Verbote zu ertheilen.

Die Baudeputation äußert sich, nachdem sie an Ort und Stelle von der Lage und der Bestimmung der hier in Rede stehenden Wege Kenntniß genommen hat, durch Herrn Lissebon über diese Angelegenheit folgendermaßen:

Das geltende Wegestatut vom 20. Novbr. 1851 beziehe sich nur auf zweierlei Arten von Wegen, auf Communalwege und auf Interessentenwege: die Instandsetzung und Unterhaltung der Letztern sei nach §. 4 des Statuts Sache der betreffenden Verwaltungs-Deputation und würden die erforderlichen Kosten von der gesammten Interessentenschaft einer jeden Feldmark getragen. Die von der Altwieker-Gemeinde bezeichneten Wege, in Bezug auf welche das beantragte Verbot erlassen werden solle und welche nach dem eigenen Anführen des Vorsitzenden jener Gemeinde aus der Cassé der Weichbilds-Gemeinde erhalten würden, seien nach dem Inhalte des Statuts keine »Privatwege« und ständen daher nicht bloß den Personen, welche Grundbesitz von den vertheilten Ländereien bekommen hätten zur Benutzung frei, sondern dürften von allen Interessenten, welche zur Erhaltung jener Wege Beiträge leisteten, benutzt werden. Zwei von den Wegen führten allerdings nur zu den an denselben belegenen Abfindungsplänen, seien auch durch Gräben abgeschlossen und so schmal, daß auf denselben mit einem Wagen nicht umgewendet werden könnte, weshalb der Gemeinde nur anzurathen sei, durch Ueberbrückung der Gräben eine weitere Communication möglich zu machen, um Beschädigungen des anliegenden Landes und der Gräben zu verhüten. Der dritte Weg sei von größerer Bedeutung und diene einer weitem Communication für die innerhalb der Feldmark belegenen Grundstücke; der vierte Weg endlich werde hauptsächlich nur von den Arbeitern mit benutzt, welche von Mascherode her nach hiesiger Stadt kämen. Alle diese Wege würden nur mit leichtem Fuhrwerk befahren und würden durch eine solche Benutzung nicht mehr leiden, als dieselben vertragen könnten und müßten. Sollten aber die Wege in der Art, wie die Altwieker-Gemeinde beantragt habe, der Benutzung entzogen werden, so würde dadurch die Communication innerhalb der Feldmark auf eine nicht zu rechtfertigende Weise gehemmt. Freilich seien an einigen jener Wege in früherer Zeit Warnungstafeln aufgestellt, durch welche ein Verbot der Benutzung durch andere Personen, als durch die Besitzer der anliegenden Grundstücke, ausgedrückt sei; allein die neuere durch das Wegestatut bestimmte Eigenschaft solcher Wege als »Interessentenwege« mache die Ausschließung sonstiger Feldmarks-Interessenten nicht mehr zulässig.

Die Baudeputation glaubt hiernach der Versammlung empfehlen zu müssen: nicht bloß die Zustimmung zu dem von der Altwieker-Gemeinde beantragten Verbote zu versagen, sondern auch den Stadt-Magistrat zu ersuchen, die Hinwegnahme der an den Interessentenwegen aus früherer Zeit noch vorhandenen Warnungstafeln zu veranlassen.

Herr Graß, als Mitglied der Baudeputation, hält eine diesem Vorschlage entsprechende Beschlußnahme Seitens der Versammlung für um so angemessener, als es doch in der That zu weit gehe, wenn solche Wege nur für die Besitzer der anliegenden Grundstücke geöffnet, für alle sonstige Personen aber geschlossen sein sollten, und erblickt in einem solchen Streben einen durchaus nicht zu unterstützenden Particularismus.

Herr Häusler erklärt sich mit dem Antrage der Baudeputation ebenfalls einverstanden, da nach §. 6 des Statuts, auf welchen die Altwieker Gemeinde ihren Antrag gegründet haben werde, zwar gestattet sei, einen Weg, welcher nicht zu der Classe der Privatwege gehöre, als entbehrlich überhaupt aufzuheben, für eine Beschrän-

fung der Benutzung vorhandener öffentlicher Wege aber in dem Statute keine Anhaltspunkte gegeben seien, und daher solche Wege auch für ein größeres Publicum geöffnet sein müßten.

Herr Nieß deutet darauf hin, daß das von der Altwieker Gemeinde beantragte Verbot vielleicht nur gegen die Benutzung der Interessentenwege durch auswärtige Gemeinden gerichtet sein solle, und findet es nicht unbillig, wenn solches geschehe oder aber die auswärtigen Gemeinden zu einem verhältnißmäßigen Beitrage zu den Kosten der Wegeverbesserung herangezogen würden.

Der Herr Vorsitzende theilt die ausgesprochenen Bedenken gegen die von der Altwieker Gemeinde beabsichtigte Maßregel, zumal sich nicht immer gleich untersuchen und entscheiden lasse, ob Jemandem die Benutzung der Wege, zu deren Herstellung und Erhaltung von so vielen Personen Beiträge geleistet würden, zustehe oder nicht. Solche Verhältnisse aber, deren Herr Nieß erwähnt habe, lägen hier nicht vor, da mit gewerblichem Fuhrwerke aus anderen Ortschaften die Wege nicht befahren würden, und für ein Verbot der Benutzung derselben durch Spazieren-Reitende oder Fahrende seien genügende Bedingungen gewiß nicht vorhanden.

Herr Lissebon macht noch gegen Herrn Nieß geltend, daß auch von hier aus Wege in andere Ortschaften, welche zunächst nur für den Verkehr innerhalb der Ortschaften bestimmt seien, zum Spazieren-Reiten oder Fahren benutzt würden, ohne daß eine Einsprache dagegen erhoben werden könnte.

Herr Grund, als Mitglied der Altwieker Feldmarks-Interessentschaft, giebt anheim, für heute diese Angelegenheit beruhen zu lassen, da das beantragte Verbot wahrscheinlich eine andere dringendere Veranlassung habe, welche näher zu erkunden er sich vorbehalten möchte. Vielleicht sei nur beabsichtigt, jene Interessentenwege für schwer beladenes Fuhrwerk zu verbieten, etwa weil z. B. der Besitzer der Domaine St. Leonhard die Wege zu vielen und schweren Düngereinfuhren benutzt hätte. In Bezug auf solches Fuhrwerk möchte das Verbot wohl gerechtfertigt erscheinen, wenn auch allerdings nicht gegen Personen, welche die Wege nur zum Reiten oder zu Lustfahrten benützen würden. Da aber auch vom Stadt-Magistrate und von Herzoglicher Polizeidirection das beantragte Verbot für statthaft gehalten wäre, so sei es wohl rathsam und angemessen, vor einer definitiven Beschlußnahme über die vorwaltenden besondern Gründe weitere Erkundigungen einzuziehen.

Herr Lissebon bemerkt auf die so eben geschehene Erwähnung der Domaine St. Leonhard, daß gerade diese, weil dieselbe zu der Erhaltung und Herstellung der Wege auf der ganzen Feldmark einen verhältnißmäßigen Beitrag zahle, von der Benutzung der Wege auf der Feldmark nach Recht und Billigkeit nirgend ausgeschlossen werden dürfe.

Die Herren Kronheim und Nieß stimmen im Allgemeinen mit der Baudeputation überein, erklären sich aber doch mit Herrn Grund für die Aussetzung der weiteren Verhandlungen und der Beschlußnahme, da entweder die Altwieker Gemeinde sich veranlaßt finden könnte, ihren Antrag auf die Erlassung eines solchen Verbots zurückzunehmen, oder aber nähere Momente an die Hand zu geben im Stande wäre, nach welchen auch in dieser Versammlung eine andere Beurtheilung dieser Sache hervorgehoben werden würde.

Die Herren Graß, Lissebon und Rischbieter, von denen der letztere früher selbst Mitglied einer Verwaltungs-Deputation, unter Hinweisung insbesondere auf den

von dem Publicum vielfach zu Spazierfahrten benutzten Weg auf der Feldmark der Neupettrithors-Gemeinde vom weißen Kofse nach Lammie zu mit der Abzweigung nach dem v. Pawelschen Holze gegen das von der Altemwieker Gemeinde beantragte Verbot sich ausspricht, halten nach Lage der Sache und nach den stattgehabten Verhandlungen eine Aussetzung der Beschlußnahme nicht für erforderlich.

Von der Versammlung wird hierauf — nach Ablehnung des Antrages des Herrn Grund gegen sechs Stimmen beschlossen:

daß das von der Altemwieker Gemeinde beantragte Verbot der Benutzung der bezeichneten vier Wege durch andere Personen, als die Besitzer der anliegenden Grundstücke, nicht genügend begründet sei und daher nicht für zulässig gehalten werden könne.

II. Namens der Finanz-Commission macht Herr Helfft der Versammlung Vortrag über den Inhalt eines Schreibens vom 29. v. Mts., durch welches der Stadt-Magistrat im Einverständnisse mit der Pflgehaus-Verwaltungs-Deputation

die Bewilligung eines außerordentlichen Zuschusses von 1000 fl für das hiesige Pflgehaus beantragt.

In dem Stadthaushalts-Etat für das laufende Jahr ist die voraussichtliche Jahresausgabe des hiesigen Pflgehauses auf 8750 fl angenommen. Seit dem 1. Septbr. v. J., um welche Zeit der Etatsansatz bestimmt worden, bis gegen Ende des vergangenen Monats hat sich indessen die Zahl der Pflglinge, der Erwachsenen von 152 auf 181 und der Kinder von 122 auf 138, vermehrt und sind dadurch bei den hohen Preisen der Lebensmittel die Unterhaltungskosten insoweit gesteigert, daß der etatmäßige Ansatz zur Befriedigung der Bedürfnisse nicht ganz ausreichen wird, sondern eine Erhöhung um etwa 1000 fl nothwendig macht, zumal auch die im Laufe dieses Jahres beschlossene und ausgeführte Brunnenanlage einen Kostenaufwand von 400 fl erfordert hat. Bei Beantragung des obigen Zuschusses läßt der Stadt-Magistrat dem Inspector Bette die Anerkennung zu Theil werden, daß derselbe mit großer Sparsamkeit und Umsicht bei der Verwaltung des Pflgehauses verfare.

In Uebereinstimmung mit der Finanz-Commission, Seitens welcher erläuternd bemerkt wird, daß der Kostenaufwand für die Brunnenanlage mit 400 fl , ohne in dem diesjährigen Etat mit berücksichtigt zu sein, von der etatmäßigen Summe mit bestritten worden, spricht die Versammlung durch Beschluß

die Bewilligung eines außerordentlichen Zuschusses von 1000 fl für das Pflgehaus aus.

III. Die vorliegenden Gesuche mehrerer Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt, vorberathen von der betreffenden Commission, werden von den einzelnen Commissions-Mitgliedern in nicht öffentlicher Sitzung der Versammlung zum Vortrage gebracht.

Nach Beendigung dieser Verhandlungen wird die heutige Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls für die nächste Sitzung durch den Herrn Vorsitzen den Desterreich geschlossen.